

Oliver Marc Hartwich

England

Nachruf auf ein
großartiges Land

Inhalt

„This sceptred isle“	3
Die Krise von Westminster.....	18
Wirtschaften nach Plan	49
Von Made in England zur Bullshit-Ökonomie	90
Enoch Powells Fluch	124
„There'll always be an England“	145

„This sceptred isle“

Von dem ungarisch-britischen Journalisten György „George“ Mikes stammt die zunächst etwas befremdlich wirkende Einsicht, dass immer dann, wenn von England die Rede ist, manchmal Großbritannien gemeint ist, manchmal das Vereinigte Königreich und manchmal auch die britischen Inseln – niemals jedoch England. Mikes notierte dies in einer Fußnote seines 1946 erschienen humoristischen Ratgebers *„How to be an alien“*, in dem er die Sicht eines Ausländers, also seine Sicht, auf England beschrieb.

Über sechzig Jahre später hat sich an der Wahrheit von Mikes' Beobachtung nichts geändert. England, das ist ein Land, das sich zwar prinzipiell geographisch definieren lässt als jener Teil von Großbritannien, der südlich von Schottland und östlich von Wales liegt. In der Wahrnehmung Englands jenseits der Straße von Dover verschwimmen diese Grenzen freilich oft. Dort wird das Britische allzu häufig und allzu leichtfertig mit dem Englischen verwechselt, als ob die größte britische Insel tatsächlich nicht die Heimat dreier Nationen – England, Schottland und Wales – sei.

Man mag dies für entschuldbar halten, ist doch England eindeutig der dominierende Teil Großbritanniens und, wenn man noch Nordirland in die Betrachtung einbezieht, des Vereinigten Königreichs. In England, speziell in London, laufen die

politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fäden zusammen. England ist auch der mit Abstand bevölkerungsreichste Teil des Vereinigten Königreichs; fünf von sechs Briten leben dort.

Aber obwohl England innerhalb des Königreichs eine so starke Position hat, muss es heute doch in gewisser Weise mit einem Minderwertigkeitskomplex kämpfen. Schotten mögen darunter leiden, wenn sie im Ausland einmal wieder fälschlicherweise für Engländer gehalten werden. Aber zumindest wissen die Schotten, wer sie wirklich sind und was Schottisch-Sein bedeutet. Im Zweifelsfall eben Haggis, Dudelsäcke, Whisky und der Wunsch nach Unabhängigkeit. Für einen Engländer wäre die Frage nach der eigenen Identität hingegen deutlich schwieriger zu beantworten. Denn was heißt das schon noch: Englisch-Sein? Wofür steht England jenseits seiner geographischen Lage als Teil einer kleinen Insel im Nordatlantik?

Wahrscheinlich wären diese Fragen vor einigen Jahrhunderten, aber auch noch vor einigen Jahrzehnten, leichter zu beantworten gewesen. Von einer Identitätskrise war England zu Shakespeares Zeiten jedenfalls weit entfernt, als der Dichter den Herzog von Lancaster im zweiten Akt von Richard II. sagen ließ:

This royal throne of kings, this sceptred isle
This earth of majesty, this seat of Mars,
This other Eden, demi-paradise,
This fortress built by Nature for herself
Against infection and the hand of war,
This happy breed of men, this little world,
This precious stone set in the silver sea,
Which serves it in the office of a wall
Or as a moat defensive to a house,

Against the envy of less happier lands,—
This blessed plot, this earth, this realm, this England.

In diesen Zeilen kommen gleich mehrere Eigenschaften zum Ausdruck, die frühere Generationen von Engländern mit ihrem Land gedanklich in Verbindung brachten: Eine vom Rest der Welt durch glückliche Fügung abgeschnittene Insel – eine Festung, wie Shakespeare sie nennt – die mit dem unruhigen Rest Europas kaum etwas zu tun hat und noch weniger zu tun haben will. Eine kleine Welt in sich, von glücklichen Menschen bewohnt, die sich des Neids anderer Völker auf ihr quasi-paradiesisches England sicher sein durften.

Der Maler und Dichter William Blake verkürzte dieses England-Selbstbild in seinem berühmten Gedicht „Jerusalem“ auf die Formel vom „Green and Pleasant Land“. Wenn man englische Dörfer besucht, etwa in den zentralenglischen Cotswolds, dann weiß man, was damit gemeint ist. Dort scheint die Zeit irgendwo zwischen Shakespeare und Blake stehen geblieben zu sein. Grün und angenehm ist es dort in der Tat, ja geradezu idyllisch, mit reetgedeckten Kalksteinhäusern, urigen Pubs und jahrhundertealten Kirchen. Wenn es ein anderes Eden gibt, wie bei Shakespeare angedeutet, dann liegt es ohne jeden Zweifel in England.

Die Engländer früherer Zeiten hatten aber noch mehr Gründe, stolz auf sich und ihre Nation zu sein. In seiner langen Geschichte war England dem europäischen Festland oft genug voraus: kulturell, politisch, wissenschaftlich und nicht zuletzt militärisch. Nach der normannischen Eroberung im Jahr 1066 hatte sich in England ein Staatswesen entwickelt, in dem die Bürger nach und nach immer mehr Freiheitsrechte gegen die Krone erstritten. Ein fortgeschrittenes Rechtssystem, das

Common Law, war die eine Folge dieses bürgerlichen Freiheitsdrangs, die andere war die Geburt des modernen Parlamentarismus. All dies entstand zu einer Zeit, als die Fürsten und Könige auf dem Kontinent die Gesellschaft noch als ihr Eigentum betrachteten. Derartige absolutistische Anwandlungen kosteten den englischen König Charles I. letztlich den Kopf, mehr als ein Jahrhundert vor der französischen Revolution.

Die moderne parlamentarische Demokratie wäre ohne die englische Verfassungsgeschichte mit ihren Meilensteinen der Magna Carta (1215), der Petition of Right (1628) und der Bill of Rights (1689) nicht denkbar. In England vollzog sich der Wandel von der noch mittelalterlich geprägten Gesellschaft zur Gesellschaft der Neuzeit lange vor dem europäischen Festland und dem Rest der Welt. Man war seiner Zeit weit voraus und wusste es.

Auch wirtschaftlich und technologisch hatte England lange die Vorreiterrolle inne. Leibeigenschaft und Zünfte waren Jahrhunderte etwa vor der preußischen Bauernbefreiung aufgehoben. Außerdem waren die englischen Steuern niedrig, und ein modernes Bankwesen hatte sich entwickelt, das die Wirtschaft mit Kapital versorgte. Es ist daher kein Zufall, dass die Erfindung der Dampfmaschine, des elektrischen Webstuhls, der Eisenbahn und damit insgesamt die Industrielle Revolution in England ihren Ausgang nahmen. Die englische Gesellschaft war von ihrem Selbstverständnis her aufgeschlossen für technische und wirtschaftliche Neuerungen, und so konnte sich die industrielle Produktion Englands mit einer Geschwindigkeit entwickeln, hinter der Kontinentaleuropa lange Zeit weit zurückblieb.

Auch die Städte Englands wuchsen deutlich schneller als die Städte auf dem Kontinent. Bis ins frühe 17. Jahrhundert war

England wie eigentlich alle anderen Nationen mit Ausnahme der Niederlande ein sehr landwirtschaftlich geprägtes Land. Doch dies änderte sich innerhalb der nächsten drei Jahrhunderte dramatisch – und deutlich schneller als irgendwo sonst auf der Welt. London war seit dem Jahr 1800 Millionenstadt, und gegen Ende des 19. Jahrhunderts lebten über drei Viertel der Engländer in Städten.

England war der Maßstab für Produktivität und Fortschritt, an dem sich der Rest der Welt zu messen hatte. „Made in England“ stand für Qualität und neueste Technologie. Es war die Zeit von Ingenieuren wie Isambard Kingdom Brunel, der die Great Western-Eisenbahnlinie baute, welche dank ihrer spektakulären Viadukte, Bahnhöfen und Untertunnelungen noch heute als technische Meisterleistung gilt. Das England dieser Zeit vereinte Unternehmergeist, technisches Wissen und einen nahezu unerschütterlichen Fortschrittsglauben.

Die Lebensqualität im England des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war vergleichsweise gut. Vergleichsweise deshalb, weil man dabei den entsprechenden Maßstab nicht aus den Augen verlieren darf. Es wäre unangemessen, etwa die damaligen mit den heutigen Lebensverhältnissen zu vergleichen. Aber für die damalige Zeit – und in der Gegenüberstellung mit ihren kontinentaleuropäischen Nachbarn – hatten die Engländer es zu einem bemerkenswerten Wohlstand gebracht, der sich in unterschiedlichster Weise manifestierte.

Zum Beispiel im Bildungswesen. Die Schulpflicht wurde in England zwar erst 1880 eingeführt, und die ersten staatlichen, gebührenfreien Schulen eröffneten im Jahr 1891. Aber bereits lange vorher waren die Engländer ein vergleichsweise gut gebildetes Volk. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich ein

Privatschulwesen herausgebildet, welches dafür sorgte, dass praktisch alle Kinder eine grundlegende Schulausbildung erhielten. Ein Teil der Schulen wurde von der Kirche betrieben, ein anderer finanzierte sich durch Schulgebühren, die von den Eltern bezahlt wurden. Schon in den späten 1830er Jahren ergaben Untersuchungen, dass selbst die Mehrheit der Arbeiterschaft lesen und schreiben konnte. Die weite Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften aus dieser Zeit, die sich speziell an die Arbeiterklasse wandten, sind ein Ausweis dafür.

Auch in ihrem Gesundheitswesen waren die Engländer ihrer Zeit und ihren Nachbarn weit voraus. Im 18. Jahrhundert begann in England die Zeit der großen Krankenhäuser. Sie wurden allerdings weder vom Staat noch von der Kirche betrieben, sondern von wohlhabenden Bürgern. Philanthropie war weit verbreitet, und unter den Wohltätern befanden sich reiche Geschäftsleute ebenso wie berühmte Künstler und Musiker wie etwa Georg Friedrich Händel. Im 19. Jahrhundert schließlich erlebte England geradezu einen Boom an neuen Hospitälern, die oft von Privatpersonen gegründet und betrieben wurden. Viele von ihnen genossen Weltruf, und trotzdem konnten sich gewöhnliche Engländer eine Gesundheitsversorgung leisten, indem sie sich zum Beispiel in „friendly societies“ organisierten, deren Mitglieder sich in den Härtefällen des Lebens wechselseitig unterstützten. Es war eine Art privat organisierter Sozialversicherung, der am Ende des 19. Jahrhunderts mehrere Millionen Engländer angehörten.

Die wirtschaftliche Entwicklung Englands des 19. Jahrhunderts gehört zweifellos zu den beeindruckendsten Wachstumsprozessen, die die Welt je gesehen hat. Noch zu Beginn des Jahrhunderts war England nach über zwei Jahrzehnten der Kriege gegen Napoleons Frankreich ein

erschöpftes, ausgelaugtes Land. Die Staatsverschuldung und die Steuerlast hatten infolge der Militärausgaben für die damalige Zeit schwindelerregende Höhen erreicht. Hinzu kamen Hunderte von Zöllen, mit denen einerseits Einnahmen erzielt und andererseits englische Hersteller geschützt werden sollten. All dies hatte zur Folge, dass sich gewöhnliche Engländer damals kaum noch die Dinge des täglichen Bedarfs leisten konnten. Tee, Zucker oder Butter waren zu Luxusgütern geworden. Zehntausende von Schmugglern versorgten die Bevölkerung mit Waren, die in England entweder verboten oder schlichtweg unerschwinglich waren. Im südenglischen Hastings kann man heute noch in den Schmugglerhöhlen erahnen, wie gut organisiert der Schwarzmarkt gewesen war.

Doch innerhalb weniger Jahre hatte sich England von diesen Belastungen nicht nur erholt, sondern zur wirtschaftlich führenden Nation der Welt entwickelt. Man kann dies an einigen wenigen Kennzahlen ablesen. Anfang des 19. Jahrhunderts betrug das britische Sozialprodukt etwa 230 Millionen Pfund Sterling. Einhundert Jahre später waren es über 1,6 Milliarden Pfund, und dies – auch das sei bemerkt – bei stabilen, ja sogar leicht rückläufigen Verbraucherpreisen. Während sich die englische Bevölkerung im 19. Jahrhundert von 8 Millionen auf 30 Millionen steigerte, wuchs die Wirtschaftsleistung mehr als doppelt so schnell und ermöglichte größeren Bevölkerungskreisen einen wachsenden Wohlstand. Ermöglicht wurde dies durch eine von den Lehren des (schottischen) Philosophen Adam Smith inspirierte liberale Wirtschaftspolitik, die sich vor allem durch niedrige Steuern und freien Handel auszeichnete. Folglich fiel der Staatsanteil an der britischen Wirtschaftsleistung von 22 auf 11,8 Prozent innerhalb des 19. Jahrhunderts. Wenn es jemals eine Volks-

wirtschaft gegeben hat, in der weitgehendes Laissez-faire praktiziert wurde, dann war es die englische dieser Zeit.

Nicht nur politisch, technologisch und wirtschaftlich war England die führende Nation der Welt, sondern erst recht auch militärisch. Seit 1066 hatte das Land allen Invasionsversuchen erfolgreich getrotzt. Es hatte die spanische Armada ebenso besiegt wie Napoleon; Kolonien in Amerika, Afrika, Asien und Australien waren erobert und unterworfen worden. Auf dem Höhepunkt seiner kolonialen Expansion wurde von London aus ein Empire geführt, in dem die Sonne niemals unterging. Ein Viertel der Landfläche der Erde gehörte dazu, und die Weltmeere kontrollierte die Royal Navy. „*Britannia rules the waves*“, heißt es in der inoffiziellen Nationalhymne, und Britannia, das war in erster Linie England, nicht Wales oder Schottland.

Der Ökonom John Maynard Keynes fasste die zentrale Stellung Englands in der globalisierten Wirtschaft des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts treffend zusammen, als er darüber unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg schrieb: „Der Einwohner Londons konnte per Telefon, während er im Bett noch seinen Morgentee trank, all die verschiedenen Waren des ganzen Planeten bestellen, und zwar genau in der Menge, die er wünschte. Und er konnte erwarten, dass sie ihm bis an die Haustür geliefert würden. ... Aber das Wichtigste war, dass er diesen Zustand für vollkommen normal, sicher und dauerhaft hielt, außer, dass er sich höchstens noch weitere Verbesserungen hätte vorstellen können.“

Für einen langen Moment der Geschichte war England der Nabel der Welt und London die Schaltzentrale der Weltpolitik und des Welthandels. Wenn man heute Whitehall, das Zentrum der britischen Regierung, besucht, dann kann man das damalige

Selbstverständnis der Engländer noch erkennen. Massive Bauten zeugen vom Anspruch seiner Erbauer. Hier sollte kein kleines Inselvolk regiert werden, hier wurde Weltgeschichte geschrieben.

England, das war mindestens bis zum Ersten Weltkrieg der Inbegriff der modernen Welt. Es war das Land, das sich zuerst industrialisiert hatte; das Land der ersten Eisen- und U-Bahnen, das Land von Kriegsschiffen gigantischer Feuerkraft (Dreadnought). England war das Wirtschaftswunderland der Vorkriegszeit, der Superstar der ersten wirklichen Weltwirtschaft. Aber es war mehr als das.

England hatte sich in der Zeit seines grandiosen Aufstiegs auch zu einem Land entwickelt, das von einer gesellschaftlichen Grundhaltung geprägt war, die sich in mancherlei Hinsicht vom Kontinent deutlich unterschied. Es war unter den europäischen Ländern wahrscheinlich eines der liberalsten, wenn nicht das liberalste. Die Ordnung der englischen Gesellschaft beruhte folglich nicht auf staatlichen Vorschriften, nicht auf bürokratischer Regelung, sondern zu einem Gutteil auf dem, was sich ins Deutsche nur unzureichend als „gesunder Menschenverstand“ übersetzen lässt. Die Engländer nannten es „common sense“. Es ist das ungeschriebene Vertrauen in die Vernunft des Einzelnen, das man für weit verbreitet hielt. Gleichzeitig machte es diese Annahme für die Regierung unnötig, in das Leben der Bürger im Detail einzugreifen. Man hatte schließlich auch wichtigeres zu tun. Statt sich um die Belange von Anglesey und Ipswich zu kümmern, verwaltete man lieber Australien und Indien. Für die englischen Städte war dies die Zeit, in der sie von der Zentralregierung in London weitgehend unabhängig ihre eigenen Angelegenheiten regeln konnten. Man war stolz auf seine kommunale Eigenständigkeit,

was sich in prächtigen Rathäusern der damaligen Zeit ausdrückt. Manchester „Town Hall“ etwa wirkt fast wie eine kleine Kopie der Londoner Houses of Parliament.

All dies war England, „good old England“. Es war das Land, das sich selbst immer noch als das „green and pleasant land“ sah, obwohl es wie kein anderes industrialisiert und verstädert war. Es war das Land, das sich die Welt unterworfen hatte, aber zur Regelung seiner Angelegenheiten zu Hause eigentlich keine Regierung brauchte. Aber es war vor allem ein Land, das sich sicher sein konnte, etwas Besonderes zu sein, ein Vorreiter in vielerlei Hinsicht. Die Engländer waren dort, wo andere erst hinwollten, sie hatten ihren Platz an der Sonne längst gefunden. Für Selbstzweifel gab es keinen Anlass, und wenn sich überhaupt etwas an der Lage Englands ändern konnte, dann höchstens zum Besseren. „Als Engländer geboren zu sein“, so drückte es Cecil Rhodes einmal aus, „bedeute den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen zu haben“. Vom britischen Premierminister Lord Palmerston (1784-1865) wird die Anekdote überliefert, ein französischer Staatsmann habe einmal versucht, sich bei ihm mit der Bemerkung einzuschmeicheln, wenn er nicht Franzose wäre, würde er sich wünschen, Engländer zu sein. Die kühle Antwort Palmerstons darauf war: „Und wenn ich nicht Engländer wäre, dann würde ich Engländer sein wollen.“

Fortschritt, Macht und Wohlstand war man gewohnt, und konnte es ein besseres Land auf dieser Erde geben als England?

Die Vertreibung aus dem Paradies

Aus der Beschreibung der Stimmung in England vor dem Ersten Weltkrieg, wie wir sie bei John Maynard Keynes finden,

lässt sich ein gewaltiger Optimismus herauslesen. Es ging den Engländern gut, und Veränderungen waren nur in Form von Verbesserungen denkbar.

Als Tony Blair ein knappes Jahrhundert später in den Wahlkampf zog, da wurde bei seinen Auftritten ein Popsong gespielt, dessen Titel sich vordergründig ganz ähnlich anhörte: „Things can only get better“ (ironischerweise ließ Blair dasselbe Lied noch einmal spielen, als er sich zehn Jahre später gedemütigt aus dem Amt verabschieden musste). Aber dieses „Es kann nur besser werden“ hat heute einen ganz anderen Klang als zu Keynes' Zeiten. Die Engländer mögen materiell viel wohlhabender sein als ihre Vorfahren, aber der Optimismus, das Selbstbewusstsein, ja die klare Vorstellung von der eigenen Identität sind verfliegen. Wenn man das 19. Jahrhundert mit einiger Berechtigung das englische Jahrhundert nennen könnte, so war das 20. Jahrhundert für die Engländer alles in allem ein *centennium horribilis*. Es markierte den Abstieg des Superstars der Industrialisierung und der Weltpolitik, von dem am Ende nur noch eine kleine, verregnete Insel im Nordatlantik übrig geblieben ist, die mit dem alten England nicht mehr viel gemein hat.

Die Engländer sind sich dessen bewusst. Sie merken, wie sich ihr Land immer mehr verändert, wie es seine identitätsstiftende Mitte zu verlieren droht. Wenn es eines Beweises dafür bedürfte, dann genügte ein Gang in eine beliebige englische Buchhandlung. Buchhandlungen sind oft die Seismographen des Zeitgeists, denn sie führen uns in ihrer Auswahl der präsentierten Titel vor Augen, was die Menschen am Ende des Tages beschäftigt und was sie besorgt.

Ein aktueller Bestseller in englischen Buchhandlungen trägt den Titel „*Fantasy Island*“, eine von zwei Journalisten des

linksliberalen *Guardian* verfasste Abrechnung mit der jüngsten britischen Geschichte, an deren Ende die folgende Einschätzung steht: „Wir fantasieren uns herbei, dass wir in der Lage sind, dauerhaft auf Pump zu leben, hochdotierte Jobs zu bekommen, für die wir nicht qualifiziert sind, militärische Macht auszuüben, die wir nicht mehr haben, und glauben doch gleichzeitig, dass wir wirtschaftlich und politisch dem Rest der Welt voraus sind: Wir leben im Wolkenkuckucksheim.“

Noch weiter geht der frühere Unterhausabgeordnete George Walden in seinem Buch „*Time to emigrate?*“. Darin präsentiert er seinen Lesern einen Brief an einen (fiktiven) Sohn, der sich mit dem Gedanken trägt, England zu verlassen und anderswo einen Neuanfang zu machen. Er geht die Liste Punkt für Punkt durch, die ihn zur Auswanderung veranlassen könnten. Die Verwahrlosung mancher Stadtteile, die hohen Hauspreise, die sich junge Familien nicht mehr leisten können, den Niedergang von Schulen – und gibt seinem Sohn die kaum verhüllte Empfehlung, seine Sachen zu packen. Dass Waldens Buch ein großer kommerzieller Erfolg würde, war im Übrigen abzusehen, denn es wendet sich an eine immer größer werdende Zielgruppe. Die Auswanderung junger Engländer hat in den letzten Jahren Rekordstände erreicht.

Die allgemeine Unsicherheit über die englische Identität greift auch der BBC-Journalist Jeremy Paxman auf, der sich in „*The English*“ an ein Portrait seiner Nation gewagt hat. Bezeichnenderweise beginnt es mit einem Kapitel über „The land of lost content“, das „Land der verlorenen Zufriedenheit“.

So dominierend ist die englische Krisenliteratur in den Bücherregalen von *Waterstone's*, *Foyles* und *Books etc.* geworden, dass es inzwischen schon eine Gegenbewegung gibt, die in Gestalt eines kleinen Büchleins mit dem schönen Titel

„*This little Britain – How one small country built the modern world*“ daherkommt. Aber auch dieses patriotischen Stolz ausstrahlende Werk kommt nicht um folgende Einleitung herum: „Wer sind wir? Für uns Briten ist das eine merkwürdig schwierige Frage. Obwohl unsere nationale Selbsteinschätzung gewöhnlich mit einigen positiven Eigenschaften aufwarten kann (wir sind erfinderisch und tolerant – und zumindest sind wir keine Franzosen), gibt es einen ganzen Katalog von negativen Eigenschaften. Unsere Gesellschaft ist fragmentiert, verkommen und unverantwortlich. Unsere Kinder sind Schläger, unsere Arbeiter schlecht ausgebildet, unsere Manager gierig und inkompetent. Wir hassen unser Wetter. Unser öffentlicher Dienst ist abgrundtief schlecht. Unsere Gesellschaft ist unanständig und unfreundlich. Wir trinken zu viel und auf die falsche Art und Weise. Unsere Hauspreise sind verrückt, unsere Politiker schäbig, unsere Straßen verstopft, unsere Fußballnationalmannschaft eine Katastrophe.“ Der Autor gibt sich nicht einmal die Mühe, diese Selbstanklage zu relativieren, sondern beschränkt sich im Rest des Buches darauf, an die positiven Leistungen und Verdienste seines Landes zu erinnern. Nur leider liegen diese allesamt in der fernen Vergangenheit, und es sind eben jene Dinge, die England und Großbritannien einmal groß und mächtig werden ließen: Technik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft. Umso schmerzlicher, dass das England heute so weit von seinem alten Glanz entfernt ist.

Dem ausländischen Beobachter – und dieses Buch ist von einem solchen geschrieben – stellt sich das heutige England als ein ganz und gar merkwürdiges Land dar. Es ist hin und her gerissen zwischen der Erinnerung an eine glorreiche Vergangenheit und der Realität einer weniger attraktiven Gegenwart. Es gibt sich dem Schwelgen in Vorstellungen von

Bedeutung, Tradition und Einfluss hin, und weiß doch, dass dies zu einem gewissen Grad nur eine gut gepflegte Illusion ist. Dieses Land würde sich so gerne dem Rest der Welt überlegen fühlen, wie es tatsächlich einmal überlegen war. Aber das ist zu lange her. Spätestens bei dem Versuch, britisch einzukaufen, wird deutlich, dass dieses Land der Welt nicht mehr viel zu bieten hat. Unterhaltungselektronik kommt entweder aus Amerika oder Japan, und wer etwas auf sich hält, fährt ein deutsches Auto. Zur Urlaubszeit kämen die meisten Engländer nie auf die Idee, dass man die schönsten Tage des Jahres auch im eigenen Land verbringen könnte.

England heute ist ein widersprüchliches, zerrissenes Land, ein Land, das eine Reihe von „dirty little secrets“ verbirgt, wie es der langjährige London-Korrespondent einer großen deutschen Tageszeitung einmal formulierte. So wie in Whitehall immer noch die prächtigen Regierungsbauten imperiale Größe vortäuschen, wo doch nur ein kleines Land verwaltet wird, so lassen sich Besucher von England über den wirklichen Zustand des Landes von ihrer Vorstellung des „good old England“ hinwegtäuschen. Denn das „good old England“ gibt es nicht mehr. Es ist im Laufe des 20. Jahrhunderts, und vom Rest der Welt beinahe unbemerkt, untergegangen. An seine Stelle ist ein neues Land getreten, das mit dem alten England vielleicht noch den Namen, die Staatsform und die Sprache gemein hat – und selbst bei letzterem gilt dies nur eingeschränkt. Das alte England jedoch lebt nur noch in Geschichtsbüchern und kontinentaleuropäischen Vorurteilen, oder, um es etwas weniger vornehm mit den Worten einer Kolumnistin der *Sunday Times* auszudrücken: „The country is fucked up beyond recognition“.

Die Leser der *Times* sehen das übrigens ganz ähnlich. Nachdem aus dem Umfeld des Premierministers zu hören war,

dass dieser für sein Land einen Slogan oder ein Motto suche, bat die Zeitung auf ihrer Webseite um Vorschläge. Sie fielen allesamt wenig schmeichelhaft aus. Wie also fassten die Leser das Lebensgefühl auf der Insel zusammen? Eine Auswahl:

“Pride comes before a fall“

“We strive for valiant defeat“

“Past my sell by date“

“We apologise for the inconvenience“

“Well, we screwed this up“

“Government thinks it knows best“

“Third World nation, First World prices“

“World’s largest industrial heritage park“

“Someone get me outta here!“

Was ist in den letzten Jahrzehnten passiert, das diesen Umschwung von einem vor Kraft und Zuversicht strotzenden Land zu einem Volk in der Identitätskrise erklären könnte? Und was für ein Land ist dieses England heute eigentlich?

Die folgenden Kapitel sollen mögliche Antworten auf diese Fragen finden. Dabei wird keine politologische, ökonomische oder historische Analyse versucht, denn dies ist keine akademische Abhandlung. Es ist nur das Essay eines Anglophilen, der sich darüber wundert, in welchem Zustand sich dieses einst großartige Land heute präsentiert. Es ist der Nachruf auf die Idee von einem besseren England.

Die Krise von Westminster

Die Demokratie ist keine britische Erfindung, sondern – wie der Name schon sagt – eine griechische. Den Verbund von Volk (*demos*) und Herrschaft (*kratos*) gab es in Athen schon zu Zeiten, als das heutige Westminster noch eine Auenlandschaft war. Und dennoch ist man in England davon überzeugt, dass die Welt die moderne Form der parlamentarischen Demokratie vor allem den Engländern zu verdanken hat. Sie sei der wichtigste Beitrag des Inselvolkes zur politischen Kultur der Neuzeit schlechthin. Kein anderes Land könne heute auf eine so lange und so reiche Tradition des Parlamentarismus zurückblicken, heißt es. Und in keinem anderen Land seien den Herrschenden von den Beherrschten so früh Zugeständnisse abgerungen und Mitbestimmungsrechte abgetrotzt worden. Überhaupt sei die Entwicklung des Gedankens einer gewaltenteilenden Demokratie vor allem dem glänzenden Vorbild Englands geschuldet, zu dem der europäische Kontinent lange nur bewundernd aufschauen konnte, vom Rest der Welt ganz zu schweigen.

An dieser Schilderung ist vieles wahr, auch wenn England vielleicht nicht ganz so einzigartig in seiner frühen Verfassungsgeschichte ist, wie man vielleicht glauben könnte. Aber es ist nicht zu bestreiten, dass England in der Tat auf eine lange und weitgehend ungebrochene staatliche Tradition zurückblicken kann, in der sich Demokratie und Parlamentarismus parallel entwickelten. Oft wird der Grundstein dafür in der

Magna Carta gesehen, in der sich im Jahr 1215 König John Ohneland unter anderem dazu verpflichten musste, keinerlei Steuern mehr ohne die Zustimmung eines königlichen Rates zu erheben, aus welchem sich mit der Zeit das Parlament entwickelte.

Doch die Mitbestimmung der Regierten ist in England noch weiter zurückzuverfolgen als bis zur Magna Carta. Sie reicht sogar weiter zurück als die normannische Eroberung im Jahr 1066. Bereits im 7. Jahrhundert verabschiedete der König von Wessex Gesetze, aus denen hervorgeht, dass sie nach Beratungen mit den Bischöfen und Vertretern des Volkes zustande gekommen waren. Ein konsultatives Element ist bereits darin zu erkennen – wenn man so will, war dies das Embryonalstadium der englischen Demokratie.

Wenn man sich mit der Geschichte Englands beschäftigt, dann zieht sich durch sie wie ein roter Faden der Gedanke, dass die Herrschenden sich vom Volk (oder zumindest Teilen des Volkes) beraten lassen und diesen Rat nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern ihn auch oft genug befolgen müssen. Aber auch wenn uns dies heute vielleicht wie eine urenglische Auffassung erscheint, so sollte man doch nicht übersehen, dass sich auch im übrigen Europa ähnliche Strukturen bildeten, und zwar zur selben Zeit wie England. Auch im deutschen Lehenswesen war es zum Beispiel üblich, dass die Lehensherren vom Votum und der Unterstützung ihrer Lehensnehmer abhängig waren. Ebenfalls gelang es den Bürgern in Städten wie Bremen, Regensburg oder Basel, sich von der Macht ihrer weltlichen und geistlichen Landesherrn zu lösen und sich quasi genossenschaftlich zu organisieren. Der Freiheitsdrang eines entstehenden und aufstrebenden Bürgertums, vor allem in den Städten, ist damit keine auf England beschränkte Entwicklung.

Aber im Gegensatz zur englischen Magna Carta, die heute als ein Meilenstein der Demokratiegeschichte angesehen wird, sind ähnliche mittelalterliche Verträge auf dem Kontinent heute nur noch einem kleinen Kreis von Historikern geläufig. Die Magna Carta ist jedoch quasi zu einer Ikone der Weltverfassungsgeschichte geworden. Auf einer Auktion wurden vor einiger für eine der wenigen noch erhaltenen Abschriften über 20 Millionen Dollar erzielt.

Erklären lässt sich dies wohl am besten damit, dass die heutigen kontinentaleuropäischen Nationalstaaten im Vergleich zu England noch recht jung sind, während sich Englands Verfassungsgeschichte über mittlerweile fast ein Jahrtausend erstreckt. Es ist diesem Umstand geschuldet, dass etwa die Magna Carta so mit der Zeit zu einem Grundpfeiler der englischen Verfassung werden konnte, was so wahrscheinlich gar nicht zu erwarten war, als sie König John Ohneland von seinen Untertanen abgerungen wurde.

Vielleicht wäre die Magna Carta sogar längst in Vergessenheit geraten, wenn es dem König damals gelungen wäre, sie zu widerrufen. Von seinem Eid auf die Urkunde hatte er sich bereits durch den Papst entbinden lassen, als er kurz darauf starb. So blieb die Magna Carta in Kraft und wurde zum Fundament der englischen Verfassung – einer Verfassung, die aus geschriebenen und ungeschriebenen Elementen besteht. In der Folgezeit konnte damit ein Parlament entstehen, das zunächst noch unregelmäßig zusammenkam, aber innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem mächtigen Gegengewicht zur Krone wurde.

Auch die Herausbildung von Vertretungen des niederen Adels, des Klerus und der Städte war im Prinzip nichts, was es auf dem Kontinent nicht auch in anderer Form gegeben hätte.

Konflikte zwischen Königen und ihren Untertanen gab es auch dort, und parlamentähnliche Strukturen halfen dabei, diese Konflikte zu lösen. Aber das englische Parlament gewann schnell eine Eigendynamik und ein Selbstbewusstsein, dass es von anderen Kammern auf dem Kontinent deutlich unterschied. Die moderne Gesetzgebung ist etwa eine britische Erfindung. Das „Statute Law“ wurde von Edward I. im 13. Jahrhundert eingeführt und bedeutete, dass neue Gesetze schriftlich festgehalten wurden und zu ihrer Gültigkeit – dies war die entscheidende Neuerung – von den Vertretern der Untertanen bestätigt werden mussten. Gerade bei der Erhebung von Steuern ging bald nichts mehr ohne das englische Parlament. Selbst der König war nicht mehr vor ihm sicher, wie Edward II. im Jahr 1327 erfahren musste. Er wurde vom House of Commons abgesetzt.

Insofern kann man sagen, dass die Ursprünge der englischen Demokratie durchaus Parallelen auf dem Kontinent haben, dass aber der Parlamentarismus auf der Insel viel schneller und konsequenter Fuß fassen konnte. Durch die Entwicklung der folgenden Jahrhunderte wurde dies eindrücklich bestätigt. König Charles I. ließ das Parlament zwar gleich mehrfach auflösen, konnte sich dann aber doch nicht auf Dauer dagegen durchsetzen. Im Gegenteil. Eine Reihe von Steuererhöhung wurde ihm nur bewilligt, indem er 1628 dem Parlament die Petition of Right gewährte, mit der die Stellung der Krone gegenüber Parlament und dem Volk geschwächt wurde. Dass sich der König daran nach einiger Zeit nicht mehr gebunden fühlte, endete im Bürgerkrieg und für Charles I. tödlich. Auch danach nutzten englische Parlamente immer wieder die Schwächen der Krone aus, um sich weitere Rechte zu erstreiten, so den Habeas Corpus Act von 1679 und die berühmte Bill of

Rights von 1689. Was sich auf diese Art und Weise nach und nach, gleichsam evolutionär, bildete, war das Konzept der konstitutionellen Monarchie und damit einhergehend die Idee der parlamentarischen Demokratie. Beide können in dieser Hinsicht als „made in England“ angesehen werden.

Die englische Demokratie steht somit auf einer langen, bewegten und durchaus stolzen Tradition. Das Parlament von Westminster gilt unter Politologen als die Mutter der Parlamente, und wenn man heute durch den Palast von Westminster geht, in dem Unter- und Oberhaus ihren Sitz haben, dann ist der Atem der Geschichte an jeder Ecke zu spüren. Dabei ist der Palast für englische Verfassungsverhältnisse noch sehr jung, denn nachdem ein Feuer große Teile des ursprünglichen Parlamentskomplexes zerstört hatte, wurden die heute zu bewundernden Houses of Parliament erst Mitte des 19. Jahrhunderts fertiggestellt.

Es sind sowohl die Äußerlichkeiten als auch die Institutionen, an denen sich das besondere Element der Westminster-Demokratie zeigt. Da ist der Dualismus zwischen dem Unterhaus, dem House of Commons, und dem Oberhaus, dem House of Lords. Da ist weiterhin die Förmlichkeit im Umgange der Parlamentarier untereinander, die sich am besten in der Ansprache in der dritten Person ausdrückt, im Oberhaus noch um einige sonst kaum noch gebräuchliche Höflichkeitsfloskeln ergänzt. Da ist die Art und Weise, wie der Gegensatz zwischen Krone und Parlament in Symbolen weiterlebt, etwa wenn die Königin einmal im Jahr das Regierungsprogramm im House of Lords vorträgt, die Commons sich aber traditionsgemäß zunächst weigern, dieser Rede beizuwohnen. Dem Parlamentsdiener, der die Abgeordneten zur Teilnahme im Oberhaus bittet, wird erst einmal die Tür vor der Nase zugeschlagen, ehe man

sich dann doch zur anderen Seite des Westminster-Palastes begibt.

Ginge es nur nach diesen Äußerlichkeiten, dann könnte man den Eindruck gewinnen, mit der englischen Demokratie sei alles in bester Ordnung. Man könnte glauben, dass hier nicht nur das älteste, sondern auch das selbstbewussteste Parlament der Welt tagte. Und handelt es sich nicht um ein Parlament, das seit über 700 Jahren besteht? Das sich alle seine Rechte gegenüber der Krone selbst ertrotzt hat? Das weltweit quasi als das Muster der Demokratie schlechthin angesehen wird? Ist dies nicht der Inbegriff der modernen, parlamentarischen Demokratie?

Der deutsche Politologe Peter Graf von Kielmansegg sprach von der Westminster-Demokratie gar als dem „Prototyp einer demokratischen Verfassungsordnung“. Prototyp trifft es sehr gut, denn damit ist ein Vorab-Exemplar gemeint, das danach in Serie produziert wird. Tatsächlich sind weltweit Parlamente nach dem Muster des britischen Parlaments entstanden, nämlich mit zwei Kammern und dem eingebauten Gegensatz zur Exekutive. Viele dieser Parlamente, nämlich jene des Commonwealth, sind sogar durch Gesetzesakte des britischen Parlaments erst geschaffen worden. Das englische Modell der parlamentarischen Demokratie hat sich somit selbst fortgepflanzt; die Westminster-Demokratie ist zum britischen Exporterfolg geworden. Die Westminster-Demokratie ist Vorbild, Prototyp und Mutter des Parlamentarismus weltweit.

Doch so sehr der Begriff Westminster rund um den Globus beinahe zu einem Synonym für Demokratie und Parlamentarismus geworden ist, so sehr hat dessen Ruf innerhalb des Vereinigten Königreichs in den letzten Jahren und Jahrzehnten einige Kratzer erlitten. Die Engländer sehen längst nicht mehr

das bewundernswerte Vorbild der Volksherrschaft verkörpert, wenn sie an ihr Parlament denken oder Fernsehberichte aus den Commons oder Lords sehen.

Die Kritik an der Demokratie und ihren Unvollkommenheiten ist natürlich nicht neu. Es war Winston Churchill, der zu bedenken gab, dass die Demokratie die schlechteste aller Regierungsformen sei, ausgenommen alle anderen. Aber speziell in der britischen parlamentarischen Demokratie sind einige Problemfelder zu erkennen, welche die Eignung zum Vorbild der Westminster-Demokratie heutiger Ausprägung infrage stellen. Die Ursachen dafür liegen jedoch sehr tief und sind nicht nur in der Tagespolitik zu finden.

Auf Deutschland bezogen stellte der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker einmal die Frage, ob das Land trotz seiner guten Verfassung in guter Verfassung sei. Für die englische und britische Demokratie müsste die Frage wohl eher lauten, ob sie nicht gerade wegen ihrer Verfassung in schlechter Verfassung ist.

Frage ohne Antwort: Die West Lothian Question

Eines jener Verfassungsprobleme, das sich in den vergangenen Jahrzehnten zugespitzt hat und aller Voraussicht nach weiter zuspitzen wird, ist das Verhältnis des britischen Parlaments gegenüber den Landesteilen. Das Parlament von Westminster ist nämlich genau genommen das Parlament des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, und das seit dem Jahr 1801. Damals vereinigte es die bis dahin getrennten Parlamente von Großbritannien und Irland infolge der Verschmelzung der Königreiche von Großbritannien und Irland. Zuvor waren im Jahr 1707 das englische und das

schottische Parlament vereinigt worden. Wales wiederum hatte seit 1535 Abgeordnete in das englische Parlament entsandt. Insofern ist das Parlament in der Form, in der es heute tagt, ein Amalgam mehrerer Parlamente.

Das wäre auch an und für sich nicht weiter problematisch, wenn nicht durch den Prozess der Devolution den britischen Landesteilen Schottland, Nordirland und Wales gesetzgeberische Kompetenzen übertragen worden wären. In Schottland gibt es damit wieder ein Scottish Parliament, in Wales die National Assembly for Wales und in Nordirland die Northern Ireland Assembly. Nur ausgerechnet für das größte Land des Vereinigten Königreichs, England, fehlt es an einer eigenen parlamentarischen Vertretung. Es gibt eben kein englisches Parlament, sondern nur ein britisches Parlament, das die englischen Angelegenheiten behandelt. Damit beginnen unzählige Komplikationen, Ungereimtheiten und Paradoxa.

Die Frage nach dem englischen Parlament wird auf der Insel für gewöhnlich als die West Lothian Question bezeichnet. West Lothian war bis zur Unterhauswahl von 1983 ein Wahlkreis in Schottland, der damals abgeschafft wurde, und daran kann man schon sehen, dass die mit diesem Wahlkreis zusammenhängende Frage schon einige Jahrzehnte alt ist. Beantwortet ist sie freilich bis heute nicht. Es ist bezeichnend, dass eines der drängendsten Probleme der britischen Politik den Namen eines Wahlkreises trägt, der seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr existiert. Die Obskurität der englischen Verfassungswirklichkeit setzt sich somit bis in die Begriffe fort, mit denen über sie gestritten wird.

Der Auslöser der West Lothian Question war eine Parlamentsdebatte im Jahr 1977, in der es um die Abtretung von Gesetzgebungskompetenzen des britischen Parlaments an die

Landesteile Schottland und Wales ging. Der damalige Labour-Abgeordnete für West Lothian stellte die Frage, wie lange wohl die Engländer eine Situation akzeptieren würden, in der Abgeordnete aus Schottland, Wales und Nordirland über englische Angelegenheiten entscheiden dürften, während sie selbst darüber in ihrer jeweiligen Heimat kein Votum hätten, weil diese an ein neues Parlament delegiert sind.

Die Frage klang damals recht theoretisch, denn noch war gar nicht abzusehen, wohin der Prozess der Devolution, also der Kompetenzabtretung an die Landesteile, in der Praxis führen würde. Außerdem wurde aus der Theorie damals auch schon deshalb keine Praxis, weil die Einführung der schottischen und walisischen Vertretungen in Volksabstimmungen zunächst scheiterte.

Aber die grundsätzliche Frage ist der britischen Politik erhalten geblieben. Mehr noch: Sie ist akuter denn je, denn mittlerweile gibt es tatsächlich Parlamente in den anderen Landesteilen, nämlich seit 1999 in Schottland, in Wales und in Nordirland seit 1998. Damit ist eingetreten, wovor Jahrzehnte zuvor nur vage gewarnt wurde.

Schottland hat im Zuge der Devolution die meisten Gesetzgebungskompetenzen erhalten und kann heute zum Beispiel auf den Feldern der Bildungs-, Gesundheits- und Innenpolitik seine eigenen Entscheidungen treffen, bei denen das britische Parlament kein Mitspracherecht mehr hat. Gleichzeitig sitzen im Parlament von Westminster jedoch schottische Abgeordnete, die sehr wohl über die englische Bildungs-, Gesundheits- und Innenpolitik abstimmen dürfen.

Das wäre vielleicht noch besser zu akzeptieren, wenn sich durch die zusätzlichen Stimmen aus Schottland, Wales und Nordirland nichts an den politischen Mehrheitsverhältnissen in

Westminster ändern würde, aber dies ist nicht der Fall. Tatsächlich sind gerade die Landesteile, denen eigene Kompetenzen übertragen wurden, parteipolitisch höchst einseitig im britischen Parlament vertreten. Nach der letzten Unterhauswahl im Jahr 2005 entsendet Schottland nach Westminster 59 Abgeordnete, von denen 41 der Labour-Partei angehören. Hinzu kommen 11 Liberaldemokraten, 6 schottische Nationalisten und gerade einmal ein Konservativer. Ähnlich einseitig zugunsten der Labour-Partei sieht es in Wales aus, während Nordirlands Parteienlandschaft sich gänzlich von jener Großbritanniens unterscheidet.

Das Ergebnis ist ein Parlament von Westminster, in dem Labour über eine komfortable Mehrheit der Sitze verfügt, und zwar auch dann, wenn es nur um englische Angelegenheiten geht. In England selbst jedoch wäre die Labour-Mehrheit deutlich knapper, denn dort haben die oppositionellen Tories die große Mehrzahl ihrer Wahlkreise gewonnen.

So führt die West Lothian Question ganz praktisch dazu, dass englische Fragen gegen die englischen Mehrheitsverhältnisse entschieden werden können. Da können in England Krankenhäuser geschlossen, neue Lehrpläne eingeführt und Studiengebühren erhoben werden, ohne dass dafür notwendigerweise eine Mehrheit der englischen Abgeordneten gestimmt hätte. In der britischen Verfassungswirklichkeit sind die Engländer somit nicht mehr Herr im eigenen Haus.

Da ist es nur eine kleine Ärgerlichkeit am Rande, dass nicht nur die politischen Mehrverhältnisse durch Schottland, Wales und Nordirland verzerrt werden, sondern bereits die Sitzverteilung im Parlament von Westminster zuungunsten Englands ausfällt. England stellt 83,7 Prozent der britischen Bevölkerung, aber nur 80,7 Prozent der Abgeordneten des britischen Parla-

ments. In Westminster wird also nicht nur über die Köpfe der Engländer hinweg entschieden, sondern die Engländer sind zudem auch noch unterrepräsentiert.

Alles in allem ist die demokratische Legitimität des Parlaments von Westminster damit zwar nicht grundsätzlich infrage gestellt, aber doch zumindest beeinträchtigt. Insbesondere gegenüber den Schotten, die in ihrem fortwährenden Streben nach Unabhängigkeit sich mehr eigene Spielräume erstritten haben, sind die Engländer ins Hintertreffen geraten. Zudem haben viele Engländer das Gefühl, dass Schottland ohnehin bei der Verteilung der öffentlichen Gelder bevorzugt wird, so dass es nördlich der Landesgrenze eine Reihe öffentlicher Leistungen kostenlos zu erhalten gibt, für die südlich der Grenze extra bezahlt werden muss.

All diese Verwicklungen wären eigentlich nur durch eine Maßnahme sauber und befriedigend aus der Welt zu schaffen, nämlich indem auch England sein eigenes Parlament bekäme und zudem die Steuerhoheit entsprechend auf die Landesteile verteilt würde. Solche Vorschläge sind in der Vergangenheit immer wieder einmal unterbreitet worden. Aber sie sind auch jedes Mal genauso schnell wieder verworfen worden, wenn auch in der Regel von der „politischen Klasse“, also den Führungen der größten Parteien. Befürchtet wird nämlich, dass ein englisches Parlament für englische Angelegenheiten das Ende des Vereinigten Königreiches bedeuten würde. Da England durch seine Größe so dominant wäre, würde es durch die Institution einer eigenen Volksvertretung die Union mit den anderen Landesteilen aufbrechen, lautet das Argument.

So traut sich niemand wirklich an die Beantwortung der West Lothian Question, denn keine der möglichen Antworten ist politisch akzeptabel: ein eigenes englisches Parlament, ein

englischer Unterausschuss des britischen Parlaments, die Rücknahme der Devolution, das Ende des Vereinigten Königreichs oder auch nur die Verringerung des schottischen Einflusses in Westminster durch eine Reduzierung der schottischen Abgeordneten. Keine dieser Möglichkeiten wäre mehrheitlich gewünscht und zugleich machbar. Doch solange die West Lothian Question ungelöst im Raum steht, gibt es, jedenfalls dem früheren Lord Chancellor Lord Irvine of Lairg zufolge, nur eine Möglichkeit, mit ihr umzugehen: Man stelle sie einfach nicht mehr.

Die Probleme infolge der Devolution sind nicht nur demokratietheoretisch ein Ärgernis, sondern auch rein praktisch eine fortwährende Demütigung der englischen Nation. Gerade jenes Land, das sich als erstes demokratische und parlamentarische Rechte erarbeitet hatte und das dafür als globales Vorbild gilt, erweist sich als unfähig, seinen eigenen Bürgern eine angemessene Vertretung innerhalb der britischen Union zu ermöglichen. Das frustriert die Engländer, führt zu kontinuierlichen Spannungen mit den übrigen Landesteilen und wird dem Selbstanspruch der englischen Demokratie in keiner Weise gerecht.

Wahlrecht und Wahlmüdigkeit

Doch ist dies beileibe nicht das einzige Krisensymptom der Westminster-Demokratie. Ein weiteres Problemfeld betrifft den schleichenden Verfall der Legitimation der Regierung. Vom Kontinent aus betrachtet, wird das Vereinigte Königreich oft um seine stabilen Regierungsverhältnisse beneidet. Aus der Perspektive eines deutschen Beobachters, der sich heute in einem unübersichtlichen Mehrparteiensystem mit unsicheren

Koalitionsoptionen wiederfindet, müssen die britischen Verhältnisse geradezu traumhaft klar wirken. In den letzten Jahrzehnten gab es auf der Insel keinerlei Notwendigkeit zu Koalitionen, sondern britische Regierungen verfügten jeweils über eindeutige Mehrheiten im Parlament von Westminster.

Für die Regierungstätigkeit bedeutet dies, dass parteiübergreifende Kompromisse unnötig sind und man immer sehr genau weiß, wer gerade regiert und wer Opposition ist. Eine deutsche Bundeskanzlerin mag laut Grundgesetz über die Richtlinienkompetenz verfügen; in der Tagespolitik ist ihre Macht jedoch durch die Koalitionspartner und Bundesrat eingeschränkt. Der britische Premierminister hingegen kann, einmal gewählt, sein Programm umsetzen, ohne viel Rücksicht nehmen zu müssen. Auf wen auch? Bei den klaren Parlamentsmehrheiten, über die in der Vergangenheit Margaret Thatcher, John Major, Tony Blair und nunmehr Gordon Brown verfügten, können sogar Dutzende Abgeordnete der eigenen Partei ihrer Regierung die Gefolgschaft verweigern, ohne dass dies deren Regierungsfähigkeit infrage stellen würde. Ferner gibt es keinen Bundesrat und kein Verfassungsgericht, die Einspruch anmelden könnten. Im internationalen Vergleich gibt es wahrscheinlich kaum eine Regierung, die im Inneren stärker wäre als die britische – Diktaturen einmal ausgenommen.

Aber die Medaille der eindeutigen und stabilen Regierungsverhältnisse hat eine bedauerliche Kehrseite, und dies ist das immer weiter klaffende Demokratiedefizit.

Das Vereinigte Königreich hat bekanntlich ein Wahlrecht, das nach dem „first past the post“-System funktioniert. Das heißt, pro Wahlkreis wird jeweils der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Dabei ist es unerheblich, ob er eine absolute Mehrheit oder nur eine relative Mehrheit auf sich

vereinigt, und alle für andere Kandidaten abgegebene Stimmen werden nicht weiter berücksichtigt. Ein solches Verfahren benachteiligt die kleineren Parteien, denn sie haben damit nur sehr geringe Chancen, Vertreter ins Parlament zu entsenden. So führt das „first past the post“ in der Tendenz häufig zu einem Zweiparteiensystem. In Großbritannien ist daraus mittlerweile eine Art Zweieinhalbparteiensystem geworden, denn neben den beiden Volksparteien Labour und Konservative haben sich die Liberaldemokraten in der Parteienlandschaft etabliert. Andere Parteien spielen demgegenüber so gut wie keine Rolle.

Neben der Benachteiligung der kleineren Parteien, muss jedoch auch festgestellt werden, dass das britische Mehrheitswahlrecht auch mit einem Wahlkreiszuschnitt einhergeht, der zurzeit vor allem eine Partei deutlich bevorzugt, nämlich die Labour-Partei. Die Wähler der Parteien sind nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern ballen sich jeweils in Hochburgen, was zur Folge hat, dass einzelne Stimmen je nach Standort ein unterschiedliches Gewicht haben.

Welche Effekte die Kombination aus Wahlrecht und Wahlkreiszuschnitt hat, konnte man bei der letzten Unterhauswahl 2005 erleben. Im gesamten Vereinigten Königreich erhielt Labour 35,2 Prozent der Stimmen, aber 55,0 Prozent der Parlamentssitze. Die Konservativen hingegen bekamen mit ihren 32,4 Prozent nur 30,6 Prozent der Mandate. Noch schlechter war nur die Situation für die Liberaldemokraten. Sie schafften einen Stimmenanteil von 22,0 Prozent, der ihnen allerdings gerade einmal 9,6 Prozent der Abgeordneten sicherte.

Man kann diese Zahlen auch anders ausdrücken: Für jeden liberaldemokratischen Abgeordneten brauchte es 96.540 Wähler, für jeden Konservativen immerhin noch 44.268

Wähler, während 26.908 Wähler auf einen Labour-Parlamentarier kommen.

Während im gesamten Königreich immerhin noch die stärkste Partei auch die meisten Mandate erhielt, stellte das Wahlrecht die politischen Verhältnisse in England gar völlig auf den Kopf. Ginge es nach den Stimmen, so müssten die Konservativen die stärkste Gruppe englischer Abgeordneter stellen. Ihre Partei erhielt nämlich englandweit 65.000 Stimmen mehr als die Labour-Partei. Tatsächlich jedoch gibt es im Parlament von Westminster 286 englische Labour-Abgeordnete und nur 194 Konservative. Der Wählerwille wurde damit nicht nur nicht klar reflektiert, sondern ist im Grunde sogar im Ergebnis in sein Gegenteil verkehrt worden.

Insbesondere für die oppositionellen Konservativen ist dieses System von Nachteil, denn sie wissen, dass sie selbst dann, wenn sie die meisten Stimmen erhielten, im Parlament nicht automatisch stark genug zum Regieren wären. Auf einigen Seiten im Internet kann man es sich ausrechnen lassen, ab welchen Stimmenverhältnissen die jeweiligen Parteien über regierungsfähige Mehrheiten verfügten. Der *Daily Telegraph* bietet zum Beispiel einen sogenannten „Swingometer“ an, der zu dem folgenden Ergebnis kommt: Erst ab einem Vorsprung der Konservativen vor der Labour-Partei von 11 Prozentpunkten (39 zu 28 Prozent) bei in etwa gleich starken Liberaldemokraten wie bei der letzten Unterhauswahl (22 Prozent) gäbe es eine hauchdünne parlamentarische Mehrheit für die Tories. Und selbst wenn die Konservativen einen Vorsprung von fünf Prozentpunkten gegenüber Labour hätten, so wäre die Labour-Fraktion im Unterhaus immer noch stärker als die Konservativen.

Das britische Wahlsystem führt somit heute zu einer Situation, in welcher der Wille der Bevölkerungsmehrheit für die Zusammensetzung des Parlaments kaum noch eine Rolle spielt. Im Grunde kommt es nur auf ein paar Wahlkreise an, in denen die Mehrheitsverhältnisse so knapp sind, so dass ein paar Tausend oder auch nur wenige Hundert Stimmen entscheiden, wer ins Parlament einzieht. So sagte es jedenfalls Premierminister Tony Blair vor seiner letzten Unterhauswahl 2005 voraus und behielt damit am Ende Recht. Diese paar Hundert oder paar Tausend Stimmen sicherten ihm schließlich eine dritte Amtszeit (auch wenn er sie nicht bis zum Ende als Regierungschef bestreiten durfte).

Für die konservative und liberaldemokratische Opposition sind das Wahlrecht und der Wahlkreiszuschnitt verständlicherweise ein Ärgernis, aber für die britische Demokratie ist es letzten Endes mehr als dies. Es ist langfristig betrachtet ihre wahrscheinlich größte Bedrohung. Die Wähler wissen nämlich sehr wohl, dass es bis auf wenige Wahlkreise auf ihre individuelle Stimme nicht mehr ankommt, weil sie auf das Endergebnis praktisch keinen Einfluss hat. Immer weniger von ihnen gehen daher überhaupt noch zu den Unterhauswahlen – ein Trend, der sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr verstärkt hat. Betrug die Wahlbeteiligung im Vereinigten Königreich bei der Unterhauswahl von 1950 noch 83,9 Prozent, so war sie bis zur letzten Wahl im Jahr 2005 auf gerade einmal 61,4 Prozent gefallen. Beinahe vier von zehn Wahlberechtigten zogen es somit vor, von ihrem demokratischen Grundrecht keinen Gebrauch zu machen. Es dürfte dafür eine Reihe von Motiven geben, zum Beispiel die allgemeine Unzufriedenheit mit den Parteien und der Politik, aber ein ganz wesentlicher

Grund ist die Gewissheit, dass es für den Ausgang weitgehend bedeutungslos ist zu wählen.

In der Konsequenz führte diese Wählerapathie dazu, dass die gegenwärtige britische Regierung, obwohl mit einer Parlamentsmehrheit von über 60 Mandaten ausgestattet, doch nur von kümmerlichen 21,6 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde. Anders ausgedrückt: Annähernd vier von fünf Wählern haben nicht für die amtierende Regierung gestimmt. Eine wirklich überzeugende Legitimation kann sie damit kaum für sich beanspruchen. Sie verfügt zwar über eine parlamentarische Mehrheit, aber *demos* und *kratos* sind in der englischen Demokratie nur noch begrifflich vereint. Zwischen dem Volk und seiner Regierung liegt der Abgrund des Wahlrechts, und dies trifft auf das Vereinigte Königreich insgesamt, aber auf England im Besonderen zu. Ist es schon problematisch genug, dass sich die Regierung nur auf ein gutes Fünftel der Bevölkerung stützen kann, so muss man fragen, wer ein Land schon noch als demokratisch bezeichnen würde, in dem sich reale Mehrheitsverhältnisse durch den Wahlkreiszuschnitt in ihr exaktes Gegenteil verkehren? Und nicht zu vergessen, in dem Gesetze von Abgeordneten gemacht werden, in deren eigenen Wahlkreisen sie keine Anwendung finden? Das Land, das für sich in Anspruch nimmt, die moderne Demokratie erfunden zu haben, hat im Grunde genommen aufgehört, sie in einer bedeutungsgerechten Art und Weise zu praktizieren.

Das überforderte Parlament

Ist es um die britische Demokratie bereits nicht zum Besten bestellt, so ist auch das Parlament in Westminster selbst längst

nicht mehr der Leuchtturm des Parlamentarismus, wofür es einmal bekannt und geschätzt war. Dies ist insofern überraschend, als doch gerade das „first past the post“-Prinzip dafür garantieren sollte, dass der einzelne Abgeordnete über eine gewisse persönliche Unabhängigkeit verfügt, da er sein Mandat eben einer Direktwahl verdankt. Dies unterscheidet die britischen Parlamentarier etwa von jener Hälfte ihrer Kollegen aus dem deutschen Bundestag, die nur über die Landeslisten ihrer Parteien zu ihrem Sitz gekommen und damit auf ihre Parteiorganisationen besonders angewiesen sind.

Der Theorie zufolge, dürfte es diese starken Abhängigkeiten im britischen System überhaupt nicht geben. Jeder der Unterhausabgeordneten ist ein kleiner Sieger, der für sich beanspruchen kann, vor allem aufgrund seines eigenen Wahlkampfes, seiner eigenen Persönlichkeit und seiner eigenen Ausstrahlung das Vertrauen der Wähler – seiner Wähler – gewonnen zu haben. Ein solcher Parlamentarier, so könnte man denken, müsse über eine ganz besondere Eigenständigkeit im parlamentarischen Betrieb verfügen. Solange er nur seinen Ortsverein überzeugt, ihn auch für die nächste Wahl wieder zu nominieren, könne ihm schließlich nichts passieren. Doch selbst bei Nichtnominierung könne er immer noch als unabhängiger Kandidat zur Wiederwahl antreten.

Doch ist dies eben nur die Theorie. In der Praxis ist festzustellen, dass sich auch im Vereinigten Königreich längst ein Politikertypus etabliert hat, der auf die Parteien dringend angewiesen ist. Es ist der Typus des Karrierepolitikers.

Noch vor einigen Jahrzehnten waren Karrierepolitiker in Großbritannien deutlich weniger verbreitet. Damals gab es noch Politiker, für die es ein Leben vor und nach der Politik gab. Die sich vor ihrer Wahl ins Unterhaus zum Beispiel einen Namen in

der Wissenschaft, in der Wirtschaft oder im Journalismus gemacht hatten. Die erfolgreiche Rechtsanwälte oder Ärzte waren, bevor sie die grünen Bänke des Unterhauses drückten. Die gerade deshalb sicher sein konnten, dass das Parlament für sie einen Ausgang hat, der sie nicht auf ein gesellschaftliches Abstellgleis führt, sondern zurück in den Beruf, in dem sie zuvor erfolgreich tätig waren. Einen Ausgang eben, keinen Notausgang.

Doch diese Zeiten neigen sich dem Ende zu. War früher für die meisten Politiker die Politik noch ein Teil des Lebens, so ist für den typischen Parlamentarier heute die Politik das Leben. Es ist ein Leben, das von dem Drang gekennzeichnet ist, möglichst früh ins Parlament einzuziehen, dort möglichst lange zu verbleiben, zwischendurch einige möglichst hohe Regierungsämter zu bekleiden, um die letzten Jahre des Politikerlebens auf den roten Kissen des House of Lords zu verbringen. Wenig verwunderlich ist es daher, dass die durchschnittliche Zugehörigkeit zum Parlament inzwischen um die zwei Jahrzehnte beträgt.

Solche Karriereentwürfe begegnen einem in Westminster zuhauf, und es ist erstaunlich, wie wenig sich die Lebensläufe dieser Politiker voneinander unterscheiden. Typischerweise beginnen sie mit dem kombinierten Studium der Politologie, Philosophie und Ökonomie in Oxford. Danach arbeitet man für einige Zeit entweder bei einem Abgeordneten, in einer parteinahen Denkfabrik oder als Parlamentskorrespondent einer Zeitung. Daran schließt sich eine Zeit als persönlicher Berater eines Ministers oder eine Stelle im Apparat seiner Partei an, während man sich gleichzeitig nach vakanten Wahlkreisen umsieht. Wo diese Wahlkreise liegen, ist zweitrangig. Eine persönliche, biographische Beziehung zu den Wählern, die man

vertritt, ist zwar erwünscht, aber kein Ausschlusskriterium. Im Zweifelsfall genügt es, in seinem Stammbaum einen angeheirateten Urgroßonkel zu finden, der einmal in der Gegend Urlaub gemacht hat. So bemüht man sich dann, sich selbst als den idealen, beinahe natürlichen Kandidaten für gerade diesen Wahlkreis zu präsentieren. Wenn es dort jedoch aus welchen Gründen auch immer nichts mit der Kandidatur wird oder – noch schlimmer – man als Kandidat bei der Unterhauswahl nicht gewählt wird, dann zieht man eben zum nächsten Wahlkreis weiter. Und selbstverständlich ist man auch für diesen der geborene Kandidat.

Besondere Verbundenheit zum Wahlkreis sollte man von diesen Abgeordneten zunächst einmal nicht erwarten. Sie ist etwas, das sich, wenn man Glück hat, nachträglich ergibt. Aber für die meisten Abgeordneten ist der Wahlkreis zunächst einmal ein Mittel zum Zweck. Die eigentliche Loyalität gilt der eigenen Karriere und damit der Partei. Und damit ist denn auch erklärt, warum die Abgeordneten trotz des „first past the post“-Systems kein bisschen unabhängiger sind als ihre Kollegen in Ländern mit einem Verhältniswahlrecht. Wer seine berufliche Zukunft innerhalb des politischen Systems sieht, der kann es sich nämlich schlichtweg nicht leisten, gegen seine Partei zu opponieren.

Es wird den Abgeordneten klar zu verstehen gegeben, welches Abstimmungsverhalten von ihnen erwartet wird, wenn sie etwas werden wollen. Vor jeder Sitzungswoche teilt die Fraktionsgeschäftsführung den Parlamentariern mit, welche Themen debattiert werden und bei welchen Debatten die Anwesenheit erforderlich ist. Die Dringlichkeit wird dabei, so ist die Tradition, durch Unterstreichen der Aufforderung zur Sitzungsteilnahme herausgestellt, die auch die Erwartung, mit

der Partei zu stimmen, beinhaltet. Dreimaliges Unterstreichen des Tagesordnungspunkts (der sogenannte „three line whip“) bedeutet dabei, dass es einen absoluten Fraktionszwang gibt. Wer es wagt, sich dem als Abgeordneter zu widersetzen, dessen parlamentarische Karriere ist damit fast schon beendet. Auf jeden Fall gilt dies für die Inhaber von Regierungs-, Partei- oder Fraktionsämtern, von denen nach einer Stimme gegen die Parteilinie der Rücktritt erwartet wird. So ist der freie, nur seinem Gewissen verantwortliche und den Wählern seines Wahlkreises Rechenschaft schuldige Abgeordnete nur noch eine Fiktion, die im Unterhaus nicht mehr anzutreffen ist. Tatsächlich bestimmen die Parteien das parlamentarische Geschehen.

Der einzelne Abgeordnete hätte aber auch schon rein praktisch kaum Möglichkeiten, Einfluss auf den Fortgang des Gesetzgebungsprozesses zu nehmen. Das hat mehrere Gründe. Da ist zum Beispiel die (wahre) Geschichte eines früheren Ministers aus den Kabinetten von Margaret Thatcher und John Major, der zu Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit mit Enthusiasmus und den besten Vorsätzen ins House of Commons eingezogen war. Er hatte sich vorgenommen, zumindest alle Gesetze zur Kenntnis zu nehmen, über die er in der Kammer abstimmen sollte und daher der Parlamentsverwaltung einen Dauerauftrag für die Belieferung mit den entsprechenden Drucksachen erteilt. Als sich aber bereits nach wenigen Wochen die Papierstapel in seinem kleinen Büro türmten, gab er es auf, bestellte die Drucksachen ab und entsorgte die Berge von Altpapier. Seit dieser Zeit sind mittlerweile über 20 Jahre vergangen. Der betroffene Abgeordnete sitzt aber immer noch im Unterhaus, und man kann sich daher sicher sein, dass er dazu übergegangen ist, routinemäßig – wie alle seine

Parlamentskollegen auch – über Dinge abzustimmen, von denen er in über 95 Prozent der Fälle nicht den geringsten Schimmer hat, was damit eigentlich bezweckt, geschweige denn bewirkt wird.

Da Abgeordnete praktisch keine Chance haben, den Wust an Gesetzgebung noch zu überblicken, wird ihnen auf ihren Pägern inzwischen nicht nur mitgeteilt, wann sie sich zur Abstimmung ins Parlament zu begeben haben, sondern ob sie mit „Aye“ oder „No“ votieren müssen. Wer schon einmal das Vergnügen hatte, sich an einem Sitzungstag mit Abgeordneten verschiedener Parteien zu einem Hintergrundgespräch beim Lunch oder Dinner zu treffen, kennt das Summen der Päger zwischen Vorspeise und Hauptgericht und den darauf folgenden panikartigen Aufbruch zu den Abstimmungen. Wenn sie davon zum Dessert zurückkehren, kann einem in der Regel keiner der anwesenden Parlamentarier erläutern, wofür oder wogegen er gerade gestimmt hatte. Wahrscheinlich könnte er nur versichern, mit seiner Partei gestimmt zu haben, und darauf kommt es schließlich vor allem anderen an.

Aber auch wenn die Parteien den Gang der parlamentarischen Geschäfte weitgehend bestimmen, so dominieren sie ihn doch nur zum Teil. Mit der Komplexität der Themen ist der Einfluss der Exekutive in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen. Dahinter steht ein Regierungsapparat, der alleine in London mehrere Zehntausend Personen beschäftigt. Schon dadurch hat die Regierung einen enormen Vorteil gegenüber dem Parlament allgemein und der Opposition im Besonderen. Das Parlament hingegen ist durch diesen Prozess nach und nach an den Rand gedrängt worden.

Am deutlichsten wird diese Machtlosigkeit des Unterhauses in einem Augenblick, der zu den Sternstunden eines jeden

Parlaments zählen sollte. Auf dem Kontinent hat es sich eingebürgert, vom Budgetrecht als dem Königsrecht des Parlaments zu sprechen. Gemeint ist damit, dass die Bewilligung von Steuern und Ausgaben die zentrale und wichtigste Funktion des Parlaments ist. Ohne den Haushaltsplan gäbe es schließlich weder staatliche Schulen noch Krankenhäuser, keine Universitäten und auch keine Armee. Es gäbe nicht einmal das Parlament selbst, geschweige denn einen Premierminister, wenn nicht zuvor öffentliche Gelder dafür bereitgestellt worden wären.

Das britische Parlament hatte, wie bereits erwähnt, historisch seinen Einfluss nicht zuletzt als Bewilligungsinstanz für die Steuerpläne der Krone gewonnen. Doch davon ist heute kaum noch etwas übriggeblieben. Das Budget erreicht die Unterhausabgeordneten heute wie ein Handstreich des Finanzministeriums. Wochen- und monatelang werden dort die einzelnen Haushaltspläne entworfen, Steuern geschätzt, neue Ausgabenpläne durchgerechnet und Steuererhöhungen diskutiert – all dies wohlgermerkt ohne dass das Parlament oder auch nur ein Ausschuss damit befasst worden wäre. Die Abgeordneten können somit nur versuchen zu erraten, was der Schatzkanzler wohl in seinem Budget verkünden wird. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen der Prozess der Haushaltsaufstellung weitgehend transparent ist, gleicht der britische Haushaltsprozess einer geheimen Staatsaktion. Man kann nicht wissen, was sich wohl in dem berühmten roten Aktenkoffer des Schatzkanzlers befindet, wenn dieser am Morgen der Haushaltsdebatte von 11 Downing Street zum Parlament fährt. Wenn er dann im House of Commons in einer langen Rede seinen Haushalt erläutert, dann wird das Parlament damit vor vollendete Tatsachen gestellt. Das geht soweit, dass

die Regierung in der Budgetrede Steuererhöhungen zum Beispiel für Alkohol und Mineralöl ankünden kann, die noch in derselben Nacht in Kraft treten. Ein effektives Mitspracherecht des Parlaments gibt es nicht. Finanzpolitisch hat es sich damit von der Regierung so gut wie entmachten lassen. Von einem Königsrecht des Parlaments wird im Zusammenhang mit dem Haushalt auf der Insel jedenfalls nicht gesprochen, im Gegenteil. Der Haushalt ist die Stunde der Exekutive.

Aber zumindest wird bei der Lesung des Haushalts noch deutlich, wie sehr sich die Bedeutung des Parlaments marginalisiert hat. Bei der Mehrzahl der exekutiven Handlungen finden die eigentlichen Entscheidungen im Parlament nicht einmal mehr Erwähnung. Das liegt daran, dass die Regierung eine Reihe von Aufgaben an sogenannte Quangos delegiert hat. Quangos, das steht für Quasi-Non-Governmental-Organisations, also Quasi-Nichtregierungsorganisationen. Der Name ist opak wie diese Organisationen selbst, denn es handelt sich sehr wohl um Regierungseinrichtungen, die allerdings über eine gewisse Autonomie verfügen. Aber selbstverständlich werden sie aus Steuermitteln finanziert, weshalb sie eigentlich auch durch den Steuerzahler, also das Parlament, kontrolliert werden sollten. Doch bei über 500 solcher Quangos ist das kaum effektiv möglich. Die Spanne reicht bei ihnen übrigens vom Britischen Kartoffelrat (British Potato Council) über den Berufungsrat für strafrechtliche Entschädigungszahlungen (Criminal Injuries Compensation Appeals Panel) bis zur Fußball-Lizenzierungsbehörde (Football Licensing Authority). Von den wenigsten dieser Quasi-Behörden dürfte der gewöhnliche Abgeordnete auch nur gehört haben, aber insgesamt verfügen diese Quangos über ein Jahresbudget von mehr als 170

Milliarden Pfund. Weder die Geschäftsführung noch die Ergebnisse der Einrichtungen werden jedoch durch das Parlament noch effektiv beaufsichtigt. Für die Regierung sind Quangos somit eine angenehme Möglichkeit, das Parlament als Kontrollinstanz auszuschalten und nach eigenem Gutdünken zu walten.

Die starke Stellung der Exekutive gegenüber dem Parlament wird schließlich auch noch an einer weiteren britischen Besonderheit deutlich, nämlich der Frage der Legislaturperioden. Sie können maximal fünf Jahre betragen, aber der Premierminister kann das Parlament ohne Angabe von Gründen nach Belieben vorher auflösen und Neuwahlen ausrufen. Ein Mitspracherecht des Parlaments gibt es nicht, so dass es in diesem Fall vollkommen von der Regierung abhängig ist. Diese hat damit die Möglichkeit, einen Wahltermin so auszusuchen, dass ihre Chancen auf einen Verbleib im Amt gewahrt bleiben.

Anachronismus und Reparaturbetrieb: das House of Lords

Wenn es im Vereinigten Königreich einen Ort gibt, an dem sich das Parlamentarische und Demokratische noch am besten erhalten haben, dann ist es einer, an dem man beides wahrscheinlich am wenigsten vermuten würde. Dieser Ort liegt ganz in der Nähe des House of Commons und ist mit ihm sogar durch einen direkten Gang verbunden.

Die Rede ist vom Oberhaus, dem House of Lords. Es gilt selbst auf der Insel als ein merkwürdiger Anachronismus, der so gar nicht in unsere heutige Zeit zu passen scheint. Das fängt damit an, dass im House of Lords eine Sprache gepflegt wird, die von einer solch vornehmen Zurückhaltung geprägt ist, dass

man sie vielleicht in einem feinen Debattierclub erwarten würde, aber nicht in einem Parlament. Dabei geht es in den Debatten inhaltlich durchaus zur Sache, auch wenn die Argumente wie mit Samthandschuhen angefasst und in Watte verpackt sind. Wenn die Lords einmal unterschiedlicher Meinung sind, dann kann sich dies etwa so anhören: „My Lords, I always try to make the noble Lord, Lord Bradshaw, happy and satisfy him with my responses, although I know that I do not always reach that point of perfection.“ Oder auch so: „My Lords, I thank my noble friend for that reply, which I am afraid was as predictable as it was disappointing.“

Im House of Lords wird miteinander diskutiert, ohne dass es persönlich oder gar verletzend würde. Auch die Parteipolitik spielt eine deutlich geringere Rolle als an jenem Ort, den die Lords nur „the other place“ nennen. Gemeint ist damit natürlich das Unterhaus. Es muss eine Weile brauchen, bis sich frühere Unterhausabgeordnete, die zu Lords ernannt wurden, an die neuen Umgangsformen gewöhnt haben. Aber sie dürfen sich darauf verlassen, dass ihnen dabei geholfen wird. Sollte einem Neu-Lord etwa die falsche Anrede „my honourable friend“ unterlaufen, darf er sich sicher sein, vom gesamten Haus sofort korrigiert zu werden. Denn so ehrenwert die Lords auch sind, die richtige Anrede lautet dort immer noch „my noble friend“. Wenn es sich bei dem „adeligen Freund“, also dem Fraktionskollegen, dann auch noch um einen Rechtsanwalt oder Richter handelt, dann ist ein „my noble and learned friend“ fällig. Ist er hingegen ein Angehöriger des Militärs, dann heißt es ganz korrekt „my noble and gallant friend“. Und wenn man über die Fraktionsgrenzen hinweg schlichtweg befreundet ist, was im House of Lords öfter vorkommt als bei den Commons,

dann ist gelegentlich auch ein „my old but not my noble friend“ zu vernehmen.

Stilvoll geht es im House of Lords zu, dieser im Prinzip ganz und gar undemokratischen Institution. Von allen anderen Ländern der Welt hat augenscheinlich nur noch der afrikanische Kleinstaat Lesotho eine zweite Kammer, die sich ebenfalls aus Mitgliedern zusammensetzt, die entweder ernannt sind oder ihren Sitz geerbt haben. In Lesotho sind dies die Stammeshäuptlinge; in Lesotho-on-Thames nennen sie sich Earls, Dukes und Viscounts. Aber das Prinzip ist dasselbe. Ins House of Lords kann man nämlich nicht gewählt werden; man gelangt dorthin nur als Bischof der anglikanischen Kirche, auf Vorschlag des Premierministers und nach Ernennung durch die Queen oder als Mitglied des erblichen Adels. Und doch ist da ein demokratischer Zauber.

Im Gegensatz zum Unterhaus, dessen demokratische Legitimation (alles, was dagegen spricht, zum Trotz) immer noch deutlich höher ist, kann das House of Lords für sich selbst keine andere Qualität beanspruchen als jene seiner Mitglieder. Aber diese ist eben auch sein größter Vorteil. Wer im Oberhaus sitzt, der kann in aller Regel auf eine lange Karriere zurückblicken. Dabei kann es sich um eine wissenschaftliche oder politische, kulturelle oder diplomatische, militärische oder juristische Laufbahn handeln, aber auf jeden Fall um ein Leben, in dem sich der Lord oder die Baroness Verdienste erworben und Erfahrungen gesammelt hat. Diese geballte Erfahrung und Kompetenz ist das Pfund, mit dem das Oberhaus wuchern kann. Was auch immer zur Debatte steht, die Chancen sind gut, dass die zwei, drei besten Experten zum Thema zu den Mitgliedern der Lords gehören. Geht es etwa um die nächste Rentenreform, dann wird man dort Manager von Pensionsfonds,

Gewerkschafter und frühere Sozialminister finden, die ihre geballte Sachkenntnis in das Gesetzgebungsverfahren einbringen. So gelingt es häufig, handwerkliche Fehler noch vor dem Inkrafttreten zu identifizieren und zu beseitigen. Das House of Lords ist so zu einem hocheffizienten Reparaturbetrieb geworden. Die mangelnde Legitimation steht dem nicht entgegen, denn es werden dabei keine politischen Richtungsentscheidungen getroffen.

Erstaunlich ist an diesem Verfahren vor allem zweierlei. Erstens werden die Lords für ihre Arbeit nämlich kaum bezahlt. Die Aufwandsentschädigungen sind derart kümmerlich, dass selbst in den Semesterferien jobbende Studenten mehr verdienen dürften als die Mitglieder des Oberhauses. Zweitens funktioniert der Betrieb mit sehr viel weniger Parteipolitik, dafür aber mit umso mehr persönlicher Unabhängigkeit der Lords. Das ist auch wenig verwunderlich, denn schließlich ist man für das House of Lords auf Lebenszeit ernannt und darf sich damit ein Maß an Eigensinn erlauben, von dem die Abgeordneten des Unterhauses nur träumen können.

Wenn man somit das Unter- und das Oberhaus vergleicht, dann hat man es mit zwei vollkommen verschiedenen Kammern zu tun. Auf der einen Seite ein parteipolitisch geprägtes Berufsparlament, auf der anderen ein beinahe ehrenamtliches Expertengremium. In dieser Kombination leisten die Lords eine solide Arbeit.

Die Korrekturfunktion, die das Oberhaus im parlamentarischen Prozess erfüllt, ist dennoch eine kaum gewürdigte Leistung. Stattdessen überwiegt in der öffentlichen Meinung auf der Insel das Gefühl, es handle sich um eine undemokratische und überholte Institution. Auch der Skandal um angeblich von den Parteien gegen entsprechende Spenden

verkaufte Mitgliedschaften im Oberhaus hat seinem Ansehen geschadet. So wird wieder und wieder eine Reform des britischen Zweikammersystems diskutiert, auch wenn in den Sternen steht, wann und ob sie jemals kommt.

Es wäre allerdings ein Jammer, wenn tatsächlich der Vorschlag umgesetzt würde, der vor einiger Zeit im Unterhaus auf breite Zustimmung stieß, nämlich die Abschaffung des House of Lords zugunsten der Einführung einer neuen zweiten Kammer, die vollständig demokratisch gewählt würde. Statt des traditionsreichen House of Lords gäbe es dann eine Parlamentskammer, die den nichtssagenden Namen „The Reformed Chamber“ trüge. Und statt der oft qualitativ hervorragenden Debatten, die das heutige Oberhaus auszeichnen, würde es dann auch in der zweiten Kammer parteipolitische Machtspiele geben. Dass die feine Balance zwischen dem Unter- und dem Oberhaus nach einer solchen Reform vollkommen neu justiert werden müsste, ist eine weitere Schwierigkeit. Wahrscheinlich würden die Briten erst nach einer solchen verfassungspolitischen Totaloperation verstehen, was sie am House of Lords hatten. Es wäre ein weiteres Stück guter parlamentarischer Tradition, das sie mit seiner Abschaffung ohne Not und ohne brauchbare Alternative aufgäben.

Die Krise der englischen parlamentarischen Demokratie

England kann mit Recht stolz sein auf eine Geschichte, die es einst zu einem Vorreiter für Demokratie und Parlamentarismus gemacht hat. Es hatte sich nicht zuletzt deshalb einen guten Ruf gemacht, weil es weltweit als Vermittler und Verfechter demokratischer Werte und

parlamentarischer Traditionen auftrat. Kein anderes Volk kann für sich reklamieren, der Idee der parlamentarischen Demokratie vergleichbar Vorschub geleistet zu haben wie die Engländer. Dass ihnen dies innerhalb eines monarchischen Systems gelang, mag zwar auf den ersten Blick irritieren, aber der Gegensatz von Monarchie und Parlament war eben der Grund, weshalb das Parlament von Westminster sich seine starke Stellung im Staat erkämpfen musste und sie umso aufmerksamer gegen Angriffe verteidigte.

Gerade vor diesem Hintergrund betrübt es, wenn man sich den gegenwärtigen Zustand des Parlaments des Vereinigten Königreichs vor Augen führt. Bereits rein formal ist es mit einer Reihe von Makeln befleckt, die im offenen Widerspruch zum demokratischen Gedanken stehen. Eine nicht konsequent zu Ende gedachte Devolution und die Ungleichgewichte innerhalb des britischen Wahlrechts sorgen dafür, dass die Ergebnisse nur noch indirekt etwas mit dem tatsächlich zum Ausdruck gebrachten Wählerwillen zu tun haben. Dass sich immer mehr Briten von der Politik und ihren Wahlen frustriert abwenden, ist nur zu verständlich, verschärft jedoch das Legitimationsproblem.

Aber auch in der täglichen Arbeit des Parlaments haben sich die Prinzipien der Repräsentation des Volkes und seine Beteiligung an der Herrschaft durch den Einfluss der Parteien, der Regierung und der Verwaltung gleich mehrfach aushebeln lassen. Statt aber die demokratischen und parlamentarischen Defizite des Unterhauses zu beheben, widmet man sich in den öffentlichen Verfassungsreformdebatten lieber dem House of Lords, obwohl diese der beiden Kammern wohl tatsächlich noch die beste Arbeit leistet.

Das Parlament von Westminster steckt somit in einer gleichzeitigen Legitimations- und Effektivitätskrise. Vertrauen in den politischen Prozess kann so kaum noch entstehen, und so nimmt es nicht Wunder, dass außerhalb von Westminster der Zynismus und die Geringschätzung überwiegt, wenn über das Parlament gesprochen wird.

Das Land, das der Welt einst die moderne parlamentarische Demokratie geschenkt hatte, hat sie selbst zu einem kümmerlichen Schatten ihrer selbst degenerieren lassen. Wie es der frühere Minister Frank Field ausdrückte, sind die Briten in der Gefahr, ihre demokratischen Gewohnheiten zu verlieren. Keine guten Aussichten für das Mutterland der Demokratie.

Wirtschaften nach Plan

Über Englands Wirtschaftsordnung halten sich auf dem europäischen Festland beharrlich zahlreiche Vorurteile. Sie sei vom Kapitalismus geprägt, durch und durch liberal und marktwirtschaftlich organisiert. Die Engländer, so denkt man, seien große Individualisten, die dem Staat nicht trauten und an die Freiheit und die Eigenverantwortung des Individuums glaubten. Folglich habe sich der Staat aus der Wirtschaft weitgehend zurückgezogen, der Markt hingegen könne unkontrolliert walten.

Diese Sichtweise ist nicht neu, nur bezieht sie sich auf ein England, das es so schon lange nicht mehr gibt. Im 19. Jahrhundert hatte sich für die englische Wirtschaftsordnung in Deutschland der Begriff des Manchester-Kapitalismus etabliert. Damit verband man seinerzeit zum einen moderne und effiziente Fabriken mit rauchenden Schornsteinen, zum anderen aber auch erbärmliche Armut unter den dort angeblich ausgebeuteten Arbeitern. Verbreitet wurden solche Schilderungen Großbritanniens vor allem von der politischen Linken, die das Schreckensszenario eines entfesselten Kapitalismus für ihre Propaganda benötigte. Auf diese Weise entstand zum Beispiel Friedrich Engels' Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, das er 1845 veröffentlichte. Der englische Kapitalismus hatte als Anschauungsobjekt auch einen großen Einfluss auf die Schriften Karl Marx', der selbst

von 1849 bis zu seinem Tode 1883 in London lebte, wo er übrigens auf dem Friedhof von Highgate begraben ist. England war liberal genug, auch einem auf dem Kontinent nicht mehr wohlgeleiteten Sozialisten ein Exil mit Bibliotheksanschluss zu bieten.

Der Begriff des „Manchestertums“ wiederum stammt vom deutschen Sozialistenführer Ferdinand Lassalle und diente der Brandmarkung und Verächtlichmachung der englischen Produktions- und Arbeitsbedingungen. Am Rande sei bemerkt, dass auch in England selbst gegen die Industriellen aus Manchester polemisiert wurde, allerdings dort von konservativer Seite (und einige Jahrzehnte vor Lassalle). Das Eintreten der Unternehmer für den Freihandel wurde bei der Auseinandersetzung um die Abschaffung der protektionistischen Corn Laws von Konservativen wie Benjamin Disraeli bekämpft, weil sie darin eine Bedrohung der Großgrundbesitzer sahen.

Die Idee, dass England ein „turbokapitalistisches“ Land sei, ist eine Vorstellung des 19. Jahrhunderts, wobei selbst zu dieser Zeit die Schreckens- und Verarmungsszenarios, die über England verbreitet wurden, nicht berechtigt waren. Zwar ist es wahr, dass die Arbeitsbedingungen in den Fabriken Manchesters und der Midlands alles andere als angenehm waren, aber bei genauerer Betrachtung wird man doch feststellen müssen, dass die Industrielle Revolution für England eindeutig mehr Segen als Fluch war. Sie ermöglichte es Millionen von Arbeitern, dem Hunger und der Armut auf dem Land zu entkommen, wie der Wirtschafts-Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek anmerkte. Tatsächlich konnte sich die englische Bevölkerung zwischen 1770 und 1830 annähernd verdoppeln. Hayek argumentierte, dass diese Menschen ohne

den Kapitalismus kaum überlebt hätten, dass aber gleichzeitig die allgemeinen Ansprüche und Erwartungen an das Leben infolge des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts immens gestiegen waren. Dies mag erklären, warum sich von der Industriellen Revolution und dem Manchestertum ein negatives Bild verbreiten und verfestigen konnte.

Dabei wäre eigentlich ein ganz anderes, viel positiveres Bild der englischen Wirtschaft des 18. und 19. Jahrhunderts angebracht. Es war jenes England, das einen grandiosen wirtschaftlichen Aufstieg zustande gebracht hatte. Dieses Wirtschaftswunder verdankte es vor allem einer Verkettung günstiger Umstände, die sich alle unter der Überschrift der englischen Aufklärung zusammenfassen lassen. Der Staat war nach der Glorious Revolution von 1688 in seinen Handlungsmöglichkeiten wegen des Gegensatzes von Parlament und König beschränkt, und es gab Unternehmer und Erfinder, welche die daraus resultierenden Freiräume nutzten, um neue Produktionsverfahren zu entwickeln und zu verbreiten. Begünstigt wurde dies durch wissenschaftliche Fortschritte, die mit Namen wie Isaac Newton, William Herschel, James Watt oder auch Erasmus Darwin verbunden sind.

Gleichzeitig herrschte in der englischen Jurisprudenz die Meinung vor, dass die Freiheit des Einzelnen der Dreh- und Angelpunkt der Gesellschaftsordnung sei. In seinen berühmten *Commentaries on the Laws of England* hielt William Blackstone im Jahr 1765 fest, dass der oberste Zweck des Rechts darin bestehe, die natürliche Freiheit zu sichern und nur dort zu beschränken, wo sie mit den Freiheiten anderer kollidiert. Eine solche Formulierung mag uns heute beinahe selbstverständlich erscheinen, aber für die damalige Zeit – gerade im Vergleich zum Kontinent – war sie revolutionär und

fortschrittlich. Es war eine Rechtsauffassung, die den Einzelnen und seine Freiheit in den Mittelpunkt stellte, während anderswo entweder die Vorrechte des Adels oder der Vorrang eines kaum je näher definierten Gemeinwohls betont wurden.

In England hatten sich die Gerichte schon seit dem frühen 17. Jahrhundert immer wieder gegen spätmittelalterliche Wirtschaftsregulierungen widersetzt. Sie erklärten von der Krone gewährte Privilegien für ungültig und beschnitten den Einfluss der Zünfte. Der Schutz individueller Freiheiten und ihre Verteidigung gegen den Staat war charakteristisch für die englischen Juristen der damaligen Zeit, von denen einige wie Lord Mansfield und Sir Edward Coke Berühmtheit erlangten.

Auch außerhalb der Rechtswissenschaft entwickelte sich liberales Gedankengut. Zwar sollte es noch bis zu Adam Smiths „Wohlstand der Nationen“ von 1776 dauern, bis eine umfassende ökonomische Theorie der wirtschaftlichen Freiheit vorgelegt wurde, aber lange vor Smith verbreiteten sich liberale und marktwirtschaftliche Ideen in England, zum Beispiel in den Schriften Edward Misseldens, Bernard de Mandevilles und John Lockes.

Durch all diese Umstände wurde England so das erste europäische Land, das sich von einem merkantilistischen Interventionsstaat zu einer auf den liberalen Werten der Aufklärung beruhenden Gesellschaft entwickelt hatte. Diese wiederum war die Grundlage für die beginnende Industrialisierung, ermöglichte sie doch eine von staatlichen Vorgaben und Weisungen unabhängige Wirtschaft.

Gerade innerhalb der stärker werdenden bürgerlichen Mittelschicht fand der Liberalismus viele Anhänger. „Die Engländer waren davon überzeugt, dass die freie Marktwirtschaft der Weg zum Wohlstand war“, schreibt der Rechts-

historiker Patrick Selim Atiyah. Es handelte sich um eine Geisteshaltung, die nicht nur unter Ökonomen verbreitet war, sondern auch unter Juristen, was wohl auch daran lag, dass es zwischen beiden Professionen einen regen Austausch gab. So wurde der wirtschaftliche Wettbewerb von den Ökonomen gefordert und von den Juristen geschützt, indem diese sich weigerten, regulierend in die Märkte einzugreifen. Stattdessen beschränkten sie sich darauf, Eigentumsrechte zu schützen und Verträge durchzusetzen.

Von ihrem ganzen Selbstverständnis her war die englische Gesellschaft eine Gesellschaft des Handels, der Märkte und des Fortschritts, und insofern war es kein Zufall, dass die Industrielle Revolution von England aus ihren Siegeszug antrat. Der Baumwollweber und Erfinder der Feinspinnmaschine („Spinning Jenny“) James Hargreaves hätte seiner Idee im vorrevolutionären Frankreich oder auch im Preußen Friedrich des Großen wohl kaum zum Durchbruch verhelfen können. In England hingegen gab es Mitte des 18. Jahrhunderts eine wirtschaftliche Aufbruchstimmung, die solche Innovationen begierig aufzog, weiter verbesserte und für ihre schnelle Verbreitung sorgte.

Es war längst nicht nur die Textilindustrie, in der England dem Rest der Welt vorauseilte. Verbesserte Technologie, vor allem aber die Möglichkeit der Arbeitsteilung infolge funktionierender Produktmärkte hatte beispielsweise dazu geführt, dass die britische Landwirtschaft am Beginn des 19. Jahrhunderts doppelt so produktiv war wie die niederländische, etwa dreimal so produktiv wie die Landwirtschaften Frankreichs, Deutschlands oder Italiens und sogar viermal so produktiv als jene Spaniens. Mitte des 19. Jahrhunderts arbeitete gerade einmal etwas mehr als ein Fünftel der

britischen Bevölkerung noch in der Landwirtschaft – in Deutschland war es zum gleichen Zeitpunkt mehr als die Hälfte. Dies setzte genau jene Arbeitskräfte frei, die für den industriellen Aufbruch benötigt wurden.

Auch was seine internationalen Handelsbeziehungen betraf, war das Vereinigte Königreich ein Vorreiter des Liberalismus. Während auf dem Kontinent noch hohe Zollbarrieren bestanden (ein Andenken an den Merkantilismus früherer Zeit), hatten die Briten ihre letzten Einfuhrzölle bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nach und nach abgeschafft. England handelte mit der ganzen Welt, exportierte und importierte Waren und Kapital. Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs stammten über 40 Prozent der weltweiten Auslandsinvestitionen aus Großbritannien.

Wenn man die britische Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsleistung in den zwei Jahrhunderten vor dem Ersten Weltkrieg betrachtet, dann kann man darüber nur staunen. Dieses kleine Inselvolk hatte sich zu einem Vorreiter bei allen möglichen neuen Technologien gemacht (Textilien, Kohle, Eisenbahnen, Stahl, Landwirtschaft, Finanzen); es hatte eine dramatisch wachsende Bevölkerung nicht nur am Leben gehalten, sondern immer besser ernährt; es war zudem auch noch zur absolut dominierenden Kraft des Welthandels geworden. England hatte ein Wirtschaftswunder vollbracht, wie es bis dato keines in der Geschichte der Menschheit gegeben hatte.

Angesichts dieser Erfolgsgeschichte ist es kaum verständlich, dass mit dem englischen Wirtschaftsaufschwung insbesondere des 19. Jahrhunderts immer wieder Verelendungstheorien verknüpft werden, die dem damals tatsächlich Erreichten überhaupt nicht gerecht werden. Aber in einem Punkt haben die Kritiker der englischen Verhältnisse Recht: Es

handelte sich in der Tat um das bislang konsequenteste Experiment mit einer liberalen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wenn es jemals ein Land gegeben hat, in dem eine klassisch-liberale Wirtschaftskonzeption in die Praxis umgesetzt wurde, dann war es das England jener Zeit.

Der schleichende Abschied von der Marktwirtschaft

Auch heute noch gilt England vielen ausländischen Beobachtern als der Inbegriff eines marktwirtschaftlich geprägten Landes. Bezeichnenderweise handelt es sich dabei um eine Vorstellung, die sowohl von Linken wie Rechten, von Liberalen wie Sozialisten gleichermaßen geteilt wird. Aber obwohl die Tatsache, dass eine Überzeugung von ansonsten ganz und gar verschiedenen Gruppen geteilt wird, normalerweise ein Indiz für deren Richtigkeit ist, muss man in diesem Fall leider konstatieren, dass die Vertreter dieser These einem Irrtum aufgesessen sind. Ja, England war einmal ein ausgesprochen liberales Land, in dem der Staat nur den Rahmen absteckte, innerhalb dessen sich die Wirtschaft frei entfalten konnte. Aber diese Zeiten sind lange vorbei. Das Bild vom freien, hochkapitalistischen England ist nämlich schon seit mehreren Jahrzehnten, wenn nicht seit beinahe einem Jahrhundert von der Wirklichkeit überholt. Es lebt nur noch in den Vorurteilen weiter, die vor allem auf dem Kontinent gepflegt werden.

Dass England und das Vereinigte Königreich heute nicht mehr zu den Leuchtfeuern der liberalen Wirtschaftsordnung gezählt werden können, ist anhand weniger Daten zu belegen. Am einfachsten ist es sicherlich, die Entwicklung der Größe des Staates im Verhältnis zur Wirtschaftskraft des Landes zu

untersuchen. In einer Studie für das Londoner Institute of Economic Affairs kam der Wirtschaftsprofessor David B. Smith dabei zu dem Ergebnis, dass diese sogenannte Staatsquote für das Vereinigte Königreich im Jahr 1870 gerade einmal 9,4 Prozent betrug. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs war sie leicht gestiegen, und zwar auf 12,7 Prozent. Danach beschleunigte sich das Wachstum des britischen Staates rasant. Schon 1920 lag die Quote bei 26,2 Prozent, stieg bis 1960 auf 32,2 Prozent und erreichte im Jahr 2005, dem letzten Jahr in Smiths Studie, einen Wert von 45,1 Prozent, beinahe gleichauf mit der deutschen Staatsquote (neuere Untersuchungen zeigen sogar, dass die britische Staatsquote inzwischen die deutsche überholt hat). Von einer Wirtschaft, die zu 90 Prozent eine Marktwirtschaft war, hat sich damit das Vereinigte Königreich in etwas mehr als einem Jahrhundert in eine Wirtschaft verwandelt, in der fast jedes zweite Pfund durch die Hände des Staates geht.

Man könnte auch andere Statistiken anführen, zum Beispiel die Steuerbelastung der Bürger oder auch die Regulierungsdichte, aber das Bild wäre doch immer dasselbe. Die britische Wirtschaftsordnung heute hat viel mehr mit den gemischten Volkswirtschaften des europäischen Kontinents gemein als mit jenem England, das im 19. Jahrhundert als Hort des Turbokapitalismus nach Manchester-Art angesehen wurde.

Es stellt sich die Frage, wie diese Veränderung zu erklären ist. Was führt ein Land dazu, eine Wirtschaftsordnung aufzugeben, der es einst Wohlstand, Wachstum und Fortschritt verdankte? Wahrscheinlich gibt es darauf keine abschließenden und alles erklärende Antworten. Aber zumindest gibt es dafür einen plausiblen Erklärungsansatz.

Der amerikanische Ökonom Robert Higgs stellte vor einigen Jahren die These auf, dass sich das Wachstum des US-amerikanischen Staates vor allem auf Krisensituationen zurückführen lasse. Jedesmal, wenn der Staat in einer solchen Situation besonders gefordert war (zum Beispiel durch einen Krieg oder eine Wirtschaftskrise), dehnte er seinen Machtbereich aus. Nach Ende der Krise fuhr er seine Aktivitäten dann aber nicht wieder auf den Umfang vor der Krise zurück. Higgs veröffentlichte seine Studie unter dem Titel „Crisis and Leviathan“, und der Titel bezieht sich dabei natürlich auf die Hobbes'sche Figur des Leviathan, jenes synonym für die Staatsgewalt stehenden Ungeheuers.

Wahrscheinlich lässt sich auch die dramatische Ausdehnung der Staatsaktivität Englands mit einer „Crisis and Leviathan“-Hypothese deuten. Die Rolle, die die beiden Weltkriege für die Entwicklung des englischen Staates gespielt haben, kann nämlich kaum überschätzt werden. Sie hat das englische Staatsverständnis verändert – und dies auf nachhaltige Weise mit Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Bereits der Erste Weltkrieg führte zu einer Abkehr vom vormals vorherrschenden marktwirtschaftlichen Credo. Der Sozialwissenschaftler Derek Fraser fasste dies in seiner kurzen Geschichte des britischen Sozialstaats wie folgt zusammen: „Der Erste Weltkrieg war ein großer Katalysator für eine massive Ausweitung der Rolle des Staates, und während einige Maßnahmen eindeutig Notmaßnahmen während des Krieges waren, so gab es doch nach Ende des Weltkriegs kein Zurück mehr zu einer individualistischen Laissez-Faire-Philosophie. Das Gesetz zur Verteidigung des Königreichs von 1914 gab der Regierung drakonische Machtbefugnisse, mit der sie Menschen und Materialien kontrollieren und steuern konnte. Die Wehr-

pflicht wurde 1915 eingeführt, und zur Mobilisierung der Ressourcen für einen totalen Krieg nahm sich die Regierung neue und weitreichende Befugnisse.“

Mit dem Ersten Weltkrieg ging auch die große Zeit des Freihandels zu Ende, denn nunmehr wurden alle Importe von der Regierung in London kontrolliert. Ebenso schuf die Regierung ein Ernährungsministerium mit weitreichenden Kompetenzen, während allein das Rüstungsministerium direkt und indirekt über drei Millionen Menschen beschäftigte. Natürlich waren dies Kriegsmaßnahmen, aber sie wurden eben nicht vollständig wieder zurückgenommen, nachdem der Krieg beendet war. Leviathan war durch die Krise gewachsen, und vom Krieg blieb somit ein deutlich höherer Staatsanteil übrig, der mit ebenfalls höheren Steuern finanziert werden musste. Nicht zu vergessen ist auch, dass der Krieg durch Schulden finanziert wurde, die den Haushalt langfristig belasteten. Auch konnte dadurch das Pfund nicht mehr länger an den Goldstandard gebunden werden. Zwar gelang Mitte der 1920er Jahre kurzfristig eine Rückkehr zur Golddeckung, die aber in der Weltwirtschaftskrise von 1931 wieder aufgegeben werden musste. Damit ging auch die lange Phase der Preisstabilität zu Ende, die Großbritannien in den Jahrhunderten zuvor genossen hatte. Hatte sich das Preisniveau in den 200 Jahren vor dem Ersten Weltkrieg insgesamt lediglich verdoppelt, so liegt das heutige Preisniveau über 35-mal so hoch wie am Ende des Ersten Weltkriegs.

Die unmittelbaren Kriegsfolgen waren dramatisch genug, aber die politischen Führer der damaligen Zeit trieb zudem die Angst vor einem Erstarken des Bolschewismus innerhalb der englischen Arbeiterschaft um. Auch aus diesem Grunde wurde bereits 1917 ein Wiederaufbauministerium gegründet, das nach

Kriegsende insbesondere den sozialen Wohnungsbau vorantrieb, um damit sozialistischen Bestrebungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die englische Wirtschaft war vom Krieg destabilisiert worden und konnte nur für kurze Zeit unmittelbar nach Kriegsende aufblühen. Aber in der Folgezeit bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs konnte sie doch nie wieder an die Prosperität und Dynamik der Vorkriegsjahre anknüpfen. Arbeitslosigkeit wurde zu einer traurigen Dauererscheinung, und die Regierungen der Zwischenkriegszeit erwiesen sich als unfähig, der Krise Herr zu werden. Am Ende betrug allein die Sozialausgaben 11,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und lagen damit höher als der gesamte Staatsanteil noch zum Ende des 19. Jahrhunderts.

Mit dem Ersten Weltkrieg war so die Zeit des Hochliberalismus in England beendet, während sich der Staat in Umfang und Aufgaben deutlich vergrößert hatte. Aber wenn auch das Vertrauen auf die Marktkräfte erschüttert war, so gab es doch noch kein alternatives Koordinatensystem, das an seine Stelle getreten wäre. Es fehlte an einem gesellschaftlichen Konsens darüber, wie das Land unter den nunmehr veränderten Bedingungen zu führen sei. Zu einer solchen radikalen Neuorientierung kam es erst infolge des Zweiten Weltkriegs.

Der große Plan vom Wohlstand

Der Zweite Weltkrieg ist für das heutige England in mancherlei Hinsicht zum Schlüsselereignis seiner Geschichte geworden. Zum einen steht er für das definitive Ende der britischen Führungsrolle in der Welt. Diese beanspruchten nunmehr die Amerikaner sowohl wirtschaftlich als auch

geopolitisch. Großbritannien war als Weltmacht endgültig abgelöst worden, und auch die Tage des Empire waren gezählt. Zum anderen markiert der Zweite Weltkrieg für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einen noch drastischeren Einschnitt, als es zuvor der Erste Weltkrieg gewesen war. Hatte der Erste Weltkrieg die Abkehr vom Liberalismus mit sich gebracht, so folgte auf den Zweiten Weltkrieg die bisweilen enthusiastische Hinwendung zum Kollektivismus.

Beide Entwicklungen – die Verdrängung von der Weltbühne und die kollektivistische Umorientierung der Gesellschaft – sind auf verschiedenen Ebenen miteinander verknüpft. Man könnte argumentieren, dass das Vorkriegsengland seine Rolle zuvorderst in der Welt sah, als Handelsnation und als Kolonialmacht. Nach innen war dieses England jedoch ein Land des Laissez-Faire und im Übrigen auch der Subsidiarität. Es gab kaum ambitionierte nationale Politikentwürfe, dafür aber ein hohes Maß an kommunaler Selbstverwaltung. Ist es daher ein Zufall, dass sich England nach seinem Abstieg aus der Weltpolitik mehr und mehr nach innen orientierte? Festzustellen ist jedenfalls, dass sich die Rollen von Westminster und Whitehall, von Parlament und Regierung, graduell veränderten. Während internationale Angelegenheiten an Bedeutung abnahmen, stieg der Grad der Zentralisierung der britischen Politik an. Der zunehmende Zentralismus war jedoch auch deshalb erforderlich, weil sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Leitbild und ein neuer Anspruch der nationalen Politik entwickelten.

Nach den Turbulenzen der Zwischenkriegszeit und den Jahren der Entbehrungen und Opfer, die der Zweite Weltkrieg für England bedeutet hatte, kehrten die siegreichen Soldaten 1945 in ein Land zurück, das hungrig auf einen Neuanfang war.

Man hatte den Krieg gewonnen, doch nun sollte auch der Frieden gewonnen werden. Es war das weit verbreitete Gefühl, dass sich all die Anstrengungen des Krieges doch nur dann gelohnt hätten, wenn dabei am Ende ein besseres, wohlhabenderes und gerechteres England herauskäme, als man es vor dem Krieg erlebt hatte. Der Zeitgeist bevorzugte große Pläne für große Ziele; das Festhalten an althergebrachten individualistischen oder freiheitlichen Werten hätte demgegenüber nur kleinlich und unangemessen gewirkt.

England schickte sich an, das „Neue Jerusalem“ zu bauen. So nannte es der Führer der Labour-Partei Clement Attlee in den Wahlkundgebungen vor der Unterhauswahl von 1945. Er bezog sich auf William Blakes Gedicht „Jerusalem“, das mit folgender Strophe endet:

I will not cease from mental fight,
Nor shall my sword sleep in my hand
Till we have built Jerusalem
In England's green and pleasant land.

England als das „Neue Jerusalem“, das war die quasi-religiöse Vision der unmittelbaren Nachkriegszeit. Es war eine von dem Glauben getragene Vorstellung, dass sich ein besseres England nicht von selbst erreichen ließe, sondern nur durch strenge Planung herbeigeführt werden könne. Und hatte nicht der Krieg gezeigt, was mit Planung und Rationierung unter der Kontrolle des Staates zu erreichen war? Wenn selbst Hitler-Deutschland durch diese Maßnahmen zu besiegen war, warum sollte sich damit nicht auch ein ganz neues Land und eine neue Gesellschaft bauen lassen? Alles schien möglich zu sein, wenn man denn nur seine Anstrengungen darauf konzentrierte.

Clement Attlee wurde gegen jede Erwartung mit einem Erdrutschsieg neuer Premierminister. Er setzte sich gegen Churchill durch, der zwar ein gefeierter Kriegspremier war, mit seinen auf Friedrich August von Hayek gestützten Warnungen vor der Einführung eines sozialistischen Gesellschaftssystems jedoch kein Gehör fand. So wurde der Glaube an die Planbarkeit zum bestimmenden Element der Nachkriegsordnung.

Die Planung durchzog alle Bereiche des staatlichen Handelns. In der Geld- und Konjunkturpolitik verband sie sich mit den Lehren John Maynard Keynes', der vertreten hatte, dass der Staat über die Nachfrageseite in den Wirtschaftszyklus eingreifen sollte, um auf diese Weise Wachstum und Vollbeschäftigung zu garantieren. In der Industriepolitik beinhaltete das Bekenntnis zur Planung auch die Bereitschaft, ganze Industriezweige nicht nur zu beaufsichtigen, sondern komplett zu verstaatlichen. Kohle, Eisen und Stahl, Luftfahrt und Eisenbahnen, Telekommunikation und Schiffsbau, Gas- und Elektrizitätsversorgung und selbst die traditionsreiche Bank of England: sie alle wurden in Staatsbesitz gebracht. Nicht mehr für die Profite anonymen Aktionäre sollten diese Betriebe arbeiten, sondern zum Wohle der Gesellschaft und zum Aufbau des Neuen Jerusalem. Um dies zu unterstützen, band man zudem die Gewerkschaften ein, deren Position gestärkt wurde.

Schließlich steht der Neubeginn der britischen Wirtschaftsordnung nach Ende des Zweiten Weltkriegs auch für die Geburtsstunde des modernen Sozialstaats. Bereits in den letzten Kriegsjahren hatte der Beveridge-Report ein Konzept für den Aufbau eines umfangreichen Wohlfahrtsstaates entwickelt, das unter anderem die Schaffung eines aus Steuern finanzierten

nationalen Gesundheitsdienstes beinhaltete. Dies wurde nun unter Attlees Labour-Regierung in die Tat umgesetzt.

Der Zweite Weltkrieg hatte Großbritannien verändert, er war der Katalysator für den wirtschaftlichen und politischen Wandel. Wie der BBC-Journalist Andrew Marr in seiner Geschichte des modernen Großbritanniens schreibt: „Ohne den Krieg hätte es keine Attlee-Regierung gegeben, wie wir uns an sie erinnern. Mit dem Krieg jedoch waren einige soziale Reformen unvermeidlich geworden. ... Wenn eine britische Nachkriegsregierung versucht hätte, die Hoffnungen auf eine schöne neue Welt abzuschütteln, die doch von so vielen geteilt ... wurden, welchen Schaden hätte dies in Großbritanniens politischem System angerichtet? Es gab kein Zurück in die dreißiger Jahre. ... Menschen grundverschiedener politischer Überzeugung waren der Meinung, dass die Zentralverwaltungswirtschaft unentbehrlich sei.“ Marr kommt zu dem Schluss, dass eine „stille Revolution“ mit einer deutlichen Ausweitung der Staatstätigkeit die notwendige Folge des Krieges war. Abermals wurde die Krise zur Stunde Leviathans.

Nach der unmittelbaren Nachkriegszeit, die vor allem durch die schlechte Versorgungslage, eine enorme staatliche Finanzkrise und durch Mangel auf allen möglichen Gebieten gekennzeichnet war, waren die fünfziger Jahre eine Zeit steigenden Wohlstands. Die Konservativen waren zwar unter Winston Churchill 1951 wieder an die Macht zurückgekehrt, aber am neuen Wirtschaftskonsens änderte dies nichts. Im Gegenteil. Besonders im sozialen Wohnungsbau wurden die Anstrengungen, das neue England zu schaffen, eher noch verstärkt. Am allgemeinen Wiederaufbauboom Westeuropas partizipierte auch England, so dass Premierminister Harold

Macmillan in einer berühmten Rede 1957 selbstzufrieden feststellen konnte: „Most of our people have never had it so good.“ Die starke Rolle des Staates schien zu funktionieren und dem Land einen dauerhaften Aufschwung zu bescheren; eine Rückkehr zum anhaltenden, ewigen Wohlstand längst vergangen geglaubter Zeiten schien möglich.

Lähmung und Niedergang

Was bei allem Optimismus dieser Zeit jedoch übersehen wurde, waren die Warnsignale, die es damals schon gab und die darauf hindeuteten, dass der Aufschwung nicht von Dauer sein würde. Die englische Produktivitätsentwicklung hinkte hinter den Hauptwettbewerbern in Europa, den USA und Japan hinterher; das Pfund musste mehrfach abgewertet werden; das Pro-Kopf-Einkommen fiel deutlich hinter die US-Vergleichszahlen zurück.

Nach und nach führte die starke staatliche Kontrolle über die Wirtschaft zu Lähmungserscheinungen. Vergegenwärtigt man sich, mit welchen Mitteln die englische Wirtschaft damals gelenkt wurde, dann ist dies wenig überraschend. Das Land wurde unter der Annahme geführt, dass Märkten nicht zu trauen ist und die Regierung im Zweifelsfall einen besseren Überblick darüber hätte, was getan werden soll und was nicht. Aus der Nachkriegszeit stammt der Ausspruch „The man in Whitehall knows best“, und das war nicht nur ein Spruch, sondern Programm. Ein früherer Minister aus der Regierung von Ted Heath Anfang der 1970er Jahre erinnerte sich Jahrzehnte später daran, wie bei Kabinettsitzungen die Preise festgelegt wurden, die Klempner für das Reparieren von Wasserhähnen verlangen durften. Löhne und Preise wurden zentral von London aus

bestimmt, Devisen unterlagen strikten Ein- und Ausfuhrbeschränkungen. Wer ins Ausland fuhr, erhielt in seinen Pass einen Stempel, mit dem vermerkt wurde, inwieweit er sein Devisenausfuhrkontingent für das Jahr damit erschöpft hatte.

Welch absurde Auswirkungen die Planungswut der Wirtschaftspolitiker annahm, zeigt exemplarisch die Industrie- und Regionalpolitik. Noch während des Krieges war eine Kommission eingesetzt worden, die sich mit der Frage befasste, wo welche Industrien in England angesiedelt werden sollten. Der Gedanke dahinter war einfach. Wenn Unternehmen selbst entscheiden könnten, wo sie sich niederlassen, dann würden dabei nicht die Kosten berücksichtigt, die sich für die Gesellschaft aus diesen Standortentscheidungen ergeben. Also wurde vorgeschlagen, dass eine Behörde neue Fabriken genehmigen sollte. Eine Minderheit der Kommission hatte sogar noch schärfere Lenkungsmaßnahmen gefordert, mit denen die Regierung Standorte nicht nur genehmigen, sondern auch direkt vorgeben konnte.

Unmittelbar nach dem Krieg wurden diese Vorschläge dann tatsächlich umgesetzt und ein Gesetz zur Verteilung der Industrie (Distribution of Industry Act 1945) eingeführt. Jede neue Produktionsstätte und jede Fabrikerweiterung brauchte von nun an eine behördliche Genehmigung, und Anfang der fünfziger Jahre wurden auf diese Weise über 20 Prozent der Industrieinvestitionen tatsächlich nicht bewilligt. Wohlgemerkt nicht deshalb, weil sie irgendwelchen Auflagen oder Vorschriften nicht entsprochen hätten, sondern schlichtweg, weil eine Bürokratie entschieden hatte, dass sie am falschen Ort waren. Bald brauchte es solche Genehmigungen auch für Bürobauten, denn auch bei der Ansiedlung von

Dienstleistungen wollte die Regierung ein Mitspracherecht haben.

Welchen Schaden diese Praxis in der englischen Wirtschaft anrichtete, kann man nur schwer schätzen, aber es gibt viele Beispiele, in denen Firmen auf diese Weise genötigt wurden, sich in Regionen niederzulassen, die sich als langfristig ungeeignet für die Produktion erwiesen. Sie waren entweder von den Absatzmärkten zu weit entfernt oder es fehlte schlichtweg an qualifizierten Arbeitskräften in der Gegend. Der Wirtschaftshistoriker Tim Leunig und der Geograph James Swaffield kommen in einer Untersuchung der britischen Regionalpolitik zu dem Schluss, dass pro Arbeitsplatz, der durch den Distribution of Industry Act erfolgreich in eine andere Region verlegt werden konnte, mindestens viermal so viele Arbeitsplätze vernichtet wurden: Investitionen fielen kleiner aus als ursprünglich beabsichtigt, manche unterblieben ganz, andere gingen lieber gleich ins Ausland, als sich mit der englischen Bürokratie anzulegen.

Die Politik der behördlichen Industrierweiterungsgenehmigungen war wahrscheinlich die willkürlichste, ineffizienteste und unsinnigste Regulierung, die eine britische Regierung je eingeführt hat. Aber sie hatte von 1945 bis 1979 Bestand und war bei weitem nicht die einzige massive staatliche Intervention, die England in dieser Zeit erlebte. Labour und die Konservativen erwiesen sich dabei als gleichermaßen unfähig und überfordert, die britische Wirtschaft zu lenken. Als dann noch die Kohlekumpel in den Streik traten, gingen in Großbritannien buchstäblich die Lichter aus. Die Ölkrisen taten ihr Übriges dazu, und spätestens ab Mitte der siebziger Jahre war es nicht mehr zu leugnen, dass aus der einstigen

Wirtschaftssupermacht England der kranke Mann Europas geworden war.

Es war ein Abstieg, der sich lange angekündigt hatte, der aber immer dramatischere Formen annahm. Englische Unternehmen waren mit ihren Produkten auf den Weltmärkten nicht mehr wettbewerbsfähig, während das Land auf Stützungskredite des Internationalen Währungsfonds angewiesen war – eine Demütigung. Inflation und Arbeitslosigkeit waren zu Dauerproblemen geworden, Defätismus hatte sich breit gemacht. In der Zeitung *The Guardian* wurde ernsthaft die Frage diskutiert, ob England wohl das erste Industrieland sein werde, das den Abstieg zum Entwicklungsland vollbringe. Ein amerikanischer Zukunftsforscher wagte gar die Vorhersage, dass im Europa des Jahres 2000 die zwei Länder mit dem niedrigsten Lebensstandard Albanien und Großbritannien sein würden.

Die britische Krise war hausgemacht. Das Neue Jerusalem hatte man bauen wollen, aber am Ende stand der beinahe totale ökonomische Kollaps. Der Versuch, eine britische Planwirtschaft zu etablieren, resultierte im Niedergang.

Bemerkenswert ist an der wirtschaftlichen Katastrophe, die sich in England in den 1960er und 1970er Jahren ereignete, aber nicht nur, welche Ausmaße sie annahm, sondern dass sie ausgerechnet den Engländern widerfuhr. Ausgerechnet jenem Volk, das durch seine Geschichte wie kein zweites auf Individualismus und Marktwirtschaft gepolt zu sein schien. Von den Engländern war zuvor angenommen worden, ihnen sei eine gewisse Wirtschaftsliberalität quasi angeboren. Der französische Kaiser Napoleon hatte England sogar leicht verächtlich als eine Nation von Ladenbesitzern bezeichnet („L'Angleterre est une nation de boutiquiers“). Mit diesen

Engländern war eine Wirtschaft zu machen, aber kein Staat, so dachte man.

Aber nichts davon war in der Nachkriegszeit zu spüren, ganz im Gegenteil. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass zur selben Zeit, als sich die Engländer anschickten, den Sozialismus auf britischem Boden auszuprobieren, bei den als staatsverliebt und staatsgläubig geltenden (West-)Deutschen die Preiskontrollen aufgehoben und die Soziale Marktwirtschaft eingeführt wurden.

Aber vielleicht ist gerade dies dann doch keine Ironie, sondern steht für die unterschiedlichen Schlüsse, die diesseits und jenseits des Ärmelkanals aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen wurden. So interpretierte es jedenfalls der ehemalige britische Schatzkanzler Lord Nigel Lawson in seinen Memoiren. Eine ganze Generation von Briten habe den Zweiten Weltkrieg als „Britain’s finest hour“ empfunden. Gleichzeitig sei der Krieg jedoch die Zeit gewesen, in welcher der Staat sich selbst die größtmögliche Kontrolle über die Wirtschaft und die Arbeitskraft seiner Bürger angeeignet habe. Dies sei in Kriegszeiten angesichts der offensichtlichen Bedrohung auch richtig und vernünftig gewesen, aber „die Faszination über die scheinbare Wohltätigkeit, Rationalität und Gerechtigkeit dieser Planwirtschaft überlebte die Kriegswelt, zu der sie gehörte.“ Die Bundesrepublik Deutschland sei demgegenüber der vollkommene Kontrapunkt gewesen. Auch in Deutschland habe man die Verbindung von Staatsmacht und Krieg gesehen, aber es sei eben nicht der wohlmeinende Despotismus eines Winston Churchill, sondern die böse Tyrannei Hitlers gewesen. „Die wirtschaftliche Lektion,“ schreibt Lawson, „die die Deutschen aus dem Krieg gezogen haben, betraf das Übel und nicht die Wohltätigkeit der Staatsmacht“ („the evil of State power rather

than the benevolence of State power“). Dies erkläre zumindest zum Teil die unterschiedliche Entwicklung, die England und die Bundesrepublik in der Nachkriegszeit vollzogen hätten.

Die Engländer, die aus den zwei Weltkriegen siegreich hervorgegangen waren, sind auf diese Weise doch die eigentlichen Verlierer der Kriege gewesen. Nicht deshalb, weil sie ihre internationale Führungsrolle an die Amerikaner abgeben mussten. Auch nicht deshalb, weil dies das Ende des Empire zur Folge hatte. Und auch nicht, weil die materiellen Auswirkungen der Kriege noch lange später zu spüren waren und jeweils eine Phase wirtschaftlicher Schwäche nach sich zogen. Der wirkliche Verlust, den England in den Kriegen erlitten hatte, war die Aufgabe seiner liberalen Grundorientierung – eben jener Mischung aus Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Freihandel, die für einen Großteil der englischen Erfolgsgeschichte bis 1914 verantwortlich gewesen war.

Die Hinwendung zum Staat, die England nach 1918 und dann umso stärker nach 1945 erlebte, ist so gesehen eine ganz und gar unenglische Reaktion auf die Krisen der Kriege gewesen. Sie wird allerdings dann verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass England zweimal innerhalb kurzer Zeit existenziell von außen bedroht war. Beide Male konnte diese Bedrohung nur durch große kollektive Kraftanstrengungen abgewendet werden. Der Staat, von dem sich ein georgianischer oder viktorianischer Engländer nie viel versprochen und noch weniger erwartet hätte, erwies sich in diesen Ausnahmesituationen als fähig, enorme Herausforderungen zu bewältigen. Aber das konnte ihm nur gelingen, indem er sich ein Mehr an Macht verschaffte und die ehemals individualistische Gesellschaft dafür an die Kandare nahm. Im Kampf um seine äußere Freiheit hatte Großbritannien den Sinn

für seine innere Freiheit verloren. Dies ist die Ironie und die Tragik der englischen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte.

Jenseits der unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen, die dieses Mehr an Staatseinfluss hatte, sollte man seine langfristigen Folgen für die Mentalität der Engländer nicht unterschätzen. „Winning the peace“, „Let us build the New Jerusalem“ und „The man in Whitehall knows best“ sind Slogans, die sich länger im Bewusstsein festsetzen, als Plakate an der Wand kleben. Sie wirken, häufig auch unterbewusst, fort. Zu ihrer Zeit suggerierten sie, dass es möglich sei, durch gemeinschaftliche Anstrengungen und unter wohlmeinender Führung des Staates und seiner Regierung Probleme lösen zu können. Diese Sichtweise ersetzte nach und nach das Vertrauen auf die Kreativität und die Eigenverantwortung des Einzelnen wie auch insgesamt auf die Fähigkeiten anonymer und von keiner zentralen Instanz gesteuerter Märkte. Mag sich dieser kollektivistische Ansatz auch spätestens in den 1970er Jahren als fatal erwiesen haben, so blieb er den Engländern doch als Idee erhalten. Man kann Industrierweiterungsgenehmigungsformulare abschaffen, aber nicht die Vorstellung, dass ein gewisses Maß an Steuerung vielleicht doch besser ist als alles dem unberechenbaren Markt zu überlassen. Wahrscheinlich haben die beiden Weltkriege keine instinktiven Kollektivisten aus den Engländern gemacht, aber liberale Individualisten sind sie mit Sicherheit auch nicht mehr.

Thatchers Neubeginn

Doch es gab es noch ein Aufbäumen des alten England gegen den übermächtig gewordenen Leviathan, und diesem Aufbäumen ist es wohl zu verdanken, dass die düstersten

Prognosen zur Zukunft des Landes dann doch nicht eingetreten sind. Großbritannien spielt heute eben nicht in einer Liga mit Albanien; dem kranken Mann Europas gelang zumindest eine Teilgenesung.

Das Verdienst, England vor dem Abstieg in die Drittklassigkeit bewahrt zu haben, gebührt Margaret Thatcher. Sie war es, die nach vorgezogenen Parlamentswahlen 1979 Premierministerin eines verunsicherten und wirtschaftlich am Boden liegenden Landes wurde. Dass es nicht mehr weitergehen konnte wie bisher, das war zum damaligen Zeitpunkt bereits Konsens. Nur wie genau es stattdessen weitergehen sollte, das war viel weniger klar. Aber zumindest Margaret Thatcher hatte eindeutige Vorstellungen davon, wie sie Großbritannien reformieren wollte.

Dabei hörte es sich anfangs noch so harmlos und geradezu harmonisch an, was sie den versammelten Fernsehteams bei ihrem Einzug in 10 Downing Street mitzuteilen hatte. „Mögen wir Eintracht bringen, wo Zwietracht herrscht“, zitierte sie aus einem Gebet des heiligen Franz von Assisi. Wenn man die damaligen Bilder heute noch einmal in Fernsehdokumentationen sieht, dann hat es sich eingebürgert, diese Zeile mit Aufnahmen streikender Bergarbeiter oder den gewaltsamen Demonstrationen gegen Thatchers Kopfsteuer zu verbinden. Damit soll verdeutlicht werden, dass Mrs. Thatcher eben nicht für eine Regierung der friedlichen Eintracht, sondern der radikalen und häufig kontroversen Umorientierung stand. Aber das hätte man auch schon an jenem Tag im Mai 1979 wissen können, als sie in die Downing Street einzog, denn Assisis Gebet geht wie folgt weiter: „Mögen wir Wahrheit bringen, wo Irrtum herrscht. Und mögen wir Hoffnung bringen, wo Verzweiflung regiert.“ Kein Zweifel: Margaret Thatcher

hatte ein klares Programm in ihrer Handtasche. Sie war das, was heute in England als „conviction politician“ bezeichnet wird, eine Überzeugungspolitikerin.

Margaret Thatchers Überzeugungen waren klar umrissen, und zwar schon lange vor ihrer Wahl zur Premierministerin. Sie gehörte zu einer kleinen Gruppe junger konservativer Abgeordneter, die den Nachkriegskonsens nicht länger akzeptieren und mittragen wollten. Doch auch wenn es wie eine Rückbesinnung auf die Werte des alten, liberalen England wirkte, so verdankten Thatcher und ihre Mitstreiter doch einen Großteil ihrer Argumente einem gebürtigen Österreicher, dem Ökonomen und Nobelpreisträger von 1974 Friedrich August von Hayek.

Hayek hatte seine wissenschaftliche Laufbahn nach dem Ersten Weltkrieg in Wien begonnen, ehe er Anfang der 1930er Jahre als Dozent an die London School of Economics berufen wurde, wo er bis 1950 lehrte und in dieser Zeit auch die britische Staatsbürgerschaft annahm. Danach hatte Hayek vor allem aus privaten Gründen England verlassen, um an den Universitäten von Chicago und danach Freiburg zu forschen.

Der Einfluss Hayeks auf die britische Nachkriegspolitik war groß, auch wenn er vielleicht nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist. Den Siegeszug des Kollektivismus nach dem Krieg hatte er kommen sehen und versucht, ihn mit einer deutlichen Warnung vor dem Sozialismus und Totalitarismus in seinem 1944 veröffentlichten Buch *„Der Weg zur Knechtschaft“* aufzuhalten, welches er bezeichnenderweise „den Sozialisten in allen Parteien“ widmete. Indes, die Warnung verhallte weitgehend ungehört, obwohl eine Kurzfassung des Werkes sogar als *Readers' Digest*-Sonderausgabe weite Verbreitung fand. Aber Hayeks liberale Ideen passten so gar

nicht in die sich abzeichnende „New Jerusalem“-Euphorie. Churchill, der Hayek gelesen hatte und sich nicht scheute, aus dem „*Weg zur Knechtschaft*“ auf seinen Wahlveranstaltungen zu zitieren, erhielt dafür die Quittung in der Unterhauswahl von 1945. Im England nach Kriegsende war keine Zeit für unbequeme Mahner und liberale Bedenkenträger.

Es gab aber einige wenige Engländer, die Hayeks Analyse teilten und die Idee einer freien Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufrecht erhalten wollten. Einer davon war Antony Fisher, ein gerade aus dem Krieg zurückgekehrter Pilot der Royal Air Force. Nachdem er den „*Weg zur Knechtschaft*“ gelesen hatte, bat er um ein Gespräch mit Hayek in dessen Büro an der London School of Economics. Fisher hatte beabsichtigt, in die Politik zu gehen, um dort als Unterhausabgeordneter für eine freiheitliche Alternative einzutreten. Von Hayek versprach er sich Ratschläge und Ermutigung, aber der hielt nicht viel von Fishers Plänen. Es sei viel effektiver, wenn er – Fisher – sich außerhalb des Parlaments für die Verbreitung liberaler Gedanken einsetzen würde. Er solle ein Institut gründen, in dem das Udenkbare gedacht und Alternativen zum Zeitgeist entwickelt würden.

Wenige Jahre später setzte Antony Fisher, der inzwischen ein erfolgreicher und wohlhabender Agrarunternehmer geworden war, diese Idee Hayeks in die Tat um und gründete das Institute of Economic Affairs (IEA), eine kleine Denkfabrik mit Sitz in Westminster. Am Anfang beschäftigte es gerade einmal zwei Mitarbeiter, den jungen Konservativen Ralph Harris und Arthur Seldon, der unter Hayek an der London School of Economics studiert hatte. Harris und Seldon machten sich an die Arbeit und veröffentlichten eine Publikation nach

der anderen, in denen sie den „kollektivistisch-keynesianischen Konsens“, wie Harris ihn zu nennen pflegte, attackierten.

Das IEA wurde mit der Zeit zu dem Kristallisationspunkt für konservative Abgeordnete, die mit der Politik von Lohn- und Preiskontrollen, wie sie selbst von der konservativen Regierung unter Ted Heath umgesetzt wurden, nicht mehr einverstanden waren. Unter ihnen befand sich auch Margaret Thatcher, die selbst noch 1945 als Chemiestudentin in Oxford Hayeks „*Weg zur Knechtschaft*“ gelesen hatte. In den Schriften Hayeks fand Thatcher ihre politische Philosophie und in den Berichten des IEA die Grundzüge ihres zukünftigen Regierungsprogramms. Von Margaret Thatcher wird die Anekdote überliefert, sie habe Mitte der 1970er Jahre die Programmabteilung ihrer Konservativen Partei aufgesucht, Hayeks Buch „*Die Verfassung der Freiheit*“ auf den Konferenztisch geworfen und verkündet „Das ist das, woran wir glauben“.

Margaret Thatcher brachte eine eindeutige marktwirtschaftliche Überzeugung zurück an die Spitze der Regierung. Sie war angetreten, die britische Nachkriegsordnung grundlegend zu verändern. Hayeks Plan von der Verbreitung liberaler Ideen war aufgegangen und mit Margaret Thatcher 1979 in Downing Street eingezogen. Noch im selben Jahr machte sie Ralph Harris, einen der beiden Gründerväter des IEA, zu Lord Harris of High Cross und verschaffte ihm so einen Sitz im Oberhaus. Später sagte Thatcher auf einer Veranstaltung des IEA, dass ihre Regierung nichts ohne die Vorbereitung des Instituts hätte erreichen können. Das IEA ist „ohne jeden Zweifel der einflussreichste Think Tank in der modernen britischen Geschichte“, stellte denn auch kürzlich der BBC-Journalist Andrew Marr fest.

Thatchers Reformen waren radikal. Die Gewerkschaften, die eine bedeutende Kraft gewesen waren, wurden entmachtet, Industriezweige, die sich seit Jahrzehnten in der Hand des Staates befunden hatten, privatisiert. In der Makroökonomie brach Thatcher mit alten keynesianischen Rezepten und führte stattdessen den auf den Chicagoer Ökonomen und Nobelpreisträger Milton Friedman zurückgehenden Monetarismus ein, der eine strenge Geldmengenkontrolle vorsah, um damit die Inflation unter Kontrolle zu bringen. Margaret Thatcher senkte zudem die Steuern, insbesondere die Einkommensteuer. Hatte der Spitzensteuersatz bei Thatchers Amtsantritt bei nicht weniger als 83 Prozent gelegen, waren es nach elf Jahren Thatcherismus nur noch 40 Prozent.

Dies alles waren Reformen, deren Umsetzung kontrovers und deren Auswirkungen dramatisch waren. Aber den wahrscheinlich größten langfristigen Effekt der Thatcher-Revolution hatte der sogenannte „Big Bang“, den sie für die City of London vorgesehen hatte. Das englische Finanzwesen war international nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen, weil es als überreguliert und verstaubt galt. Es war ein System, das als „Three-Six-Three-Banking“ verspottet wurde: alle Einlagen wurden mit drei Prozent verzinst, alle Kredite mit sechs, und die Bankmanager hatten dafür ab drei Uhr nachmittags Zeit zum Golfspielen. Nach der von Thatcher durchgeführten Deregulierung der Londoner Finanzwelt war damit Schluss. Es war der Startschuss für die Entwicklung Londons zum weltweit führenden Finanzzentrum.

Die Thatcher-Revolution rettete England nicht nur vor dem drohenden Kollaps, sondern belebte seine Wirtschaft nachhaltig. Allerdings war der Anpassungsprozess, den Thatcher dem Land zumutete, schmerzhaft, und Thatcher selbst

wurde mit den Jahren ihrer Amtszeit immer unpopulärer, bis sie am Ende von ihrer eigenen Partei aus dem Amt gedrängt wurde.

Wenn man heute auf die Thatcher-Ära zurückblickt, dann könnte man den Eindruck gewinnen, mit ihr seien „englische Werte“ wieder zurückgekehrt, die zuvor verschüttet gewesen waren. Stand Thatcher nicht für die Rückbesinnung auf die alten englischen Prinzipien des Individualismus, der Eigenverantwortung und der Freiheit? Zweifellos, denn dies waren die erklärten Ziele, für die Thatcher von Anfang an offensiv eingetreten war und die sie mit ihren Reformen verwirklichen wollte. Die Wahl der Ökonomen Hayek und Friedman, wenn auch vielleicht nicht als formale Berater, aber doch als Inspiratoren ihrer Politik, war ein eindeutiges Zeichen, welche Prioritäten der Arbeit ihrer Regierung zugrundelagen.

Thatchers marktwirtschaftliche Reformen sind umso eindrucksvoller, als zur selben Zeit auf dem Kontinent keine auch nur entfernt vergleichbare Reformpolitik stattfand. In Deutschland zum Beispiel sollte es noch zwei Jahrzehnte brauchen, bis Gerhard Schröders „Agenda 2010“ sich an die Umgestaltung des Sozialstaats wagte; auch die großen Privatisierung von Deutscher Telekom, Deutscher Lufthansa und Deutscher Bahn fanden erst statt, als British Telecom, British Airways und British Rail schon lange nicht mehr in Staatsbesitz waren. Andererseits waren die wirtschaftlichen Probleme, mit denen Deutschland konfrontiert war, längst nicht so dramatisch wie jene Englands.

Aber bei allem Respekt vor dem unter Thatcher Erreichten sollte man doch nicht den Fehler machen, ihre Reformen überzubewerten. Denn trotz allem, was sie für England bewirkten, konnte Thatcher doch nicht das Rad der Zeit zurückdrehen. Die thatcheristischen Reformen stellten keine Rückkehr in die Vor-

kriegszeit dar und erst recht nicht in das viktorianische Zeitalter. Ganze Bereiche der in der Nachkriegszeit eingeführten Planungselemente innerhalb der englischen Wirtschaft wurden von Margaret Thatcher überhaupt nicht berührt, darunter der Nationale Gesundheitsdienst (NHS), der das Kernstück von Clement Attlees Sozialstaat war, oder auch das drakonische Stadtplanungssystem, das im Jahr 1947 eingeführt worden war und auf das später noch zurückzukommen ist. Überhaupt wurde der Sozialstaat von Margaret Thatcher nicht angetastet, auch wenn sich dieses Vorurteil außerhalb Großbritanniens bis auf den heutigen Tag gehalten hat. Am Ende der Amtszeit Margaret Thatchers lagen die britischen Sozialausgaben deutlich höher als bei ihrem Amtsantritt. Auch die Steuerquote, den Anteil der Steuern am Sozialprodukt, konnte sie nur stabilisieren, nicht jedoch senken. Gleiches gilt für den Staatsanteil, der auch nach elf Jahren Thatcherismus immer noch auf einem Niveau von 42,2 Prozent lag – und damit exakt zehn Prozentpunkte über dem Wert von 1960.

Die liberale Rhetorik Margaret Thatchers sollte deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, dass England auch nach dem Thatcherismus immer noch kein „turbokapitalistisches“ Land war, sondern nur kein sozialistisches mehr. Wahrscheinlich kann man es am besten so zusammenfassen, dass Margaret Thatcher England in etwa dahin geführt hatte, was die Bundesrepublik als „Soziale Marktwirtschaft“ schon vorher war, nämlich in eine „mixed economy“ mit einem Nebeneinander von Marktwirtschaft und umfangreichen staatlichen Elementen.

Dies alles soll Margaret Thatchers Leistung nicht kleinreden, denn mehr als sie hätte wohl niemand in dieser kurzen Zeit leisten können. Aber dass Thatcher die Engländer zurück zu ihren liberalen Wurzeln geführt hätte, dass wäre dann

doch eine Behauptung zu viel. Davon abgesehen wurde in der Nach-Thatcher-Zeit unter den Premierministern John Major, Tony Blair und Gordon Brown deutlich, dass die Briten auch keine Fortsetzung wirtschaftlicher Radikalreformen nach Thatcher-Art wünschten. Ja, man wollte die wirtschaftlichen Erfolge beibehalten, die Thatcher ermöglicht hatte, aber es sollte dann doch keine weiteren Reformen geben, die irgendwem zu nahe traten oder Opfer forderten. Man verlangte nach einem „Thatcherismus mit menschlichem Antlitz“, wie er Thatchers unmittelbarem Nachfolger John Major und auch dem Labour-Premierminister Tony Blair zugeschrieben wurde.

Im Grunde genommen hatte man sich daher mit einem großen Staatsapparat somit prinzipiell angefreundet, und gerade der Nationale Gesundheitsdienst genoss immer noch den Ruf einer sozialen Errungenschaft, um welche der Rest der Welt England angeblich beneidete. Kein Wunder, dass selbst eine Margaret Thatcher sich nicht traute, daran etwas zu ändern. Es wäre politischer Selbstmord gewesen, wenn sie versucht hätte, den NHS abzuschaffen oder zu privatisieren. Gerade dies zeigt, wie stark sich Elemente des Kollektivismus und Egalitarismus (der im Falle des NHS allerdings bedeutet, dass alle gleich schlecht behandelt werden) in der englischen Psyche festgesetzt hatten.

England nach Thatcher

Als Thatcher im Herbst 1990 von ihrer Partei aus dem Amt gedrängt wurde, da war sie trotz ihrer wirtschaftlichen Erfolge, trotz des siegreich geführten Falkland-Kriegs und trotz des Heraushandelns günstigerer Konzessionen für die Mitgliedschaft ihres Landes in der EG eine der unpopulärsten

Politikerinnen, die das Vereinigte Königreich je gesehen hatte. Innerhalb der Konservativen hatte sie sich mit einflussreichen Mitstreitern überworfen, die sich von ihr an den Rand gedrängt sahen. Gerade Thatchers kompromissloser Kurs in der Europapolitik war in ihrer eigenen Partei hart umstritten. In der Bevölkerung wiederum war es vor allem Thatchers Plan einer Reform der englischen Finanzverfassung, der große Unruhe hervorrief. Auf dem Londoner Trafalgar Square lieferten sich Demonstranten Straßenschlachten mit der Polizei. Margaret Thatcher wurde von ihren verbliebenen Anhängern verehrt, ja geliebt, von ihren Gegnern jedoch nicht minder gehasst. Eine neutrale Haltung zu ihr gab es nicht. Sie polarisierend zu nennen, wäre noch eine Untertreibung.

Es war eine aufgewühlte und hoch emotionalisierte politische Lage, in welcher der Wechsel an der Spitze der britischen Regierung erfolgte. Thatchers Nachfolger wurde John Major, der trotz einiger Jahre als Finanz- und Außenminister in ihrem Kabinett ein weitgehend unbeschriebenes Blatt war. In Zeitungsskizzen wurde er oft als Anzug mit Brille abgebildet. Er galt als ein Mann mit dem gewissen Nichts. Wahrscheinlich tut man John Major mit dieser Beschreibung unrecht, denn wenn man sich mit Menschen unterhält, die ihn näher kennen, dann wird er als kompetent, freundlich und – was viele außenstehende Beobachter wahrscheinlich am meisten überraschen würde – als schlagfertig und humorvoll beschrieben. Aber nicht einmal seine engsten Freunde würden bestreiten, dass er bei weitem nicht die Ausstrahlung, ja das Charisma einer Margaret Thatcher besaß.

Doch vielleicht war das gerade sein großer Vorteil. Nach den turbulenten, anstrengenden und aufreibenden Thatcher-Jahren, die eine Art permanenter liberaler Konterrevolution von

oben gewesen waren, sehnte sich Großbritannien nach einer Rückkehr in ruhigeres Fahrwasser, und John Major war mit seiner zur Schau gestellten Bankbeamtenmentalität genau derjenige, dem dies am besten zugetraut wurde. „Das Land brauchte eine Atempause“, erinnerte sich der frühere konservative Abgeordnete und Journalist Matthew Parris einige Jahre später.

Gleich in seinem ersten Statement als neuer Premierminister kündigte Major an, er wolle dabei helfen, ein Land zu bauen, das mit sich selbst im Reinen ist. Es klang ein bisschen wie Margaret Thatchers Gebet des Franz von Assisi elf Jahre zuvor, aber bei John Major war diese Politik des „Versöhnen statt Spalten“ tatsächlich Programm. In der offiziellen Kurzbiographie, die die britische Regierung auf ihrer Website für alle früheren Premierminister bereithält, kann man über John Major ein Kompliment lesen, das vor allem eine kaum verhohlene Kritik an Margaret Thatcher ist: „Majors Stil unterschied sich radikal von dem seiner Vorgängerin. Seine unpräzise und bodenständige Art wurde als eine willkommene Neuerung angesehen und stand in starkem Kontrast zu Margaret Thatchers Eindringlichkeit.“

In wirtschaftspolitischer Hinsicht war Major ein Mann des Ausgleichs und kein thatcheristischer Radikalreformer. Ihm, der aus ärmlichen Verhältnissen kam und schon mit 16 die Schule verlassen hatte, war die Durchlässigkeit der Gesellschaft ein Anliegen, eine klassenlose Gesellschaft das Ziel. Weit mehr als Thatcher sah er jedoch den Staat in der Pflicht, dieses Ziel zu verwirklichen. Der Fokus seiner Politik lag damit auf einer Verbesserung der Leistungen, die der Staat seinen Bürgern bereitstellen sollte, wofür John Major eigens das Konzept einer „Bürger-Charta“ vorstellte. Es sollte der Bevölkerung bessere

Angebote unter anderem in den Bereichen der Gesundheitsversorgung, der Bildung und der Polizei garantieren. Gleichzeitig stand diese Charta aber auch für die Neuausrichtung der Politik nach Thatcher, die für den öffentlichen Dienst nie sonderlich viel Interesse und noch weniger Sympathie gezeigt hatte.

All dies hatte Major bereits große Zustimmung in der Bevölkerung eingebracht. Als er dann noch in Verhandlungen mit der EG Sonderrechte für Großbritannien erstritten hatte, Steuersenkungen für Geringverdiener ankündigte und seinen Wahlkampf mit dem Megaphon in der Hand auf einer Seifenkiste bestritt, da war aus der grauen Maus John Major für einen Moment ein politischer Superstar geworden, der seiner Partei 1992 einen grandiosen Wahlsieg bescherte. Tatsächlich hatte nie eine Partei vorher oder nachher so viele Wählerstimmen erhalten wie John Majors Konservative in dieser Unterhauswahl. Zum Teil lag dies aber auch an der Befürchtung, die oppositionelle Labour-Partei könnte Großbritannien mit hoher Inflation, hohen Steuern, schwachem Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit zurück in die siebziger Jahre führen.

Spätestens die Wahl von 1992 verdeutlichte damit, dass es kein Zurück zum britischen Korporatismus der Vor-Thatcher-Ära gab. Aber gleichzeitig stand John Major als Premierminister eben nicht mehr für ein wirtschaftsliberales Reformprogramm, sondern für eine durchaus betont soziale Marktwirtschaft. Der Kern der thatcheristischen Reformen wurde somit erhalten, aber gleichzeitig waren sie damit im Prinzip auch beendet. Was seine Wirtschaftsordnung betraf, so war England damit ein Land geworden, das sich kaum noch von seinen kontinentaleuropäischen Nachbarn unterschied.

Mit John Majors Regierung ging es in den verbleibenden fünf Jahren seiner Amtszeit nach dem Wahlsieg jedoch spektakulär bergab. Das Vertrauen in die wirtschaftliche Kompetenz der Konservativen wurde durch den erzwungenen Austritt des Pfunds aus dem Europäischen Währungssystem im Herbst 1992 dauerhaft beschädigt, in dessen Folge das Land vorübergehend in die Rezession abdriftete. Fallende Hauspreise bei stark ansteigenden Zinsen trieben Hunderttausende Hausbesitzer in den finanziellen Ruin. Gleichzeitig zeigte Majors Regierungspartei, die seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten an der Macht gewesen war, Verfalls- und Verschleißerscheinungen. Zu allem Überflus gelang es Major nicht, seine Partei in der Europafrage zu einen.

So war es wenig überraschend, dass Majors Regierung 1997 ebenso dramatisch abgewählt wurde, wie sie 1992 noch bestätigt worden war. Wenn man die Wahl Tony Blairs zu John Majors Nachfolger unter der Frage betrachtet, was dies für die Wirtschaftsordnung Großbritanniens bedeutete, dann wird man zu dem Schluss kommen müssen, dass sich dadurch kaum etwas grundlegend änderte. In mancherlei Hinsicht war John Major der erste „Blairist“. Er stand für eine stärkere Einbindung des Vereinigten Königreichs in die Europäische Union, für eine Stärkung des öffentlichen Sektors, für eine klassenlose Gesellschaft und war damit deutlich näher an den Positionen seines Nachfolgers Tony Blair als jenen seiner Vorgängerin Margaret Thatcher.

Man hat sich in Großbritannien angewöhnt, John Major als eine Art „Sandwich-Premier“ zwischen Thatcher und Blair zu sehen, der einen Übergang zwischen diesen beiden Ära-prägenden Politikern bewerkstelligte. Aber im Prinzip wird man ihm damit doch nicht ganz gerecht, denn zum einen war Major

sieben Jahre im Amt – keine kurze Zeit für das 20. Jahrhundert, das insgesamt 19 verschiedene Regierungschefs gesehen hat. Zum anderen kam ihm aber vor allem auch die Rolle zu, das Erbe der Thatcher-Reformen zu bewahren, das im Falle einer Labour-Regierung wahrscheinlich infrage gestellt worden wäre.

Als Major aus dem Amt schied, da ließ er Tony Blair nicht nur eine Flasche Champagner im Kühlschrank von 10 Downing Street, damit dieser auf sein neues Amt anstoßen konnte. Nein, er hinterließ Tony Blair vor allem eine Wirtschaftsordnung, welche die neue Regierung unter Tony Blair und Schatzkanzler Gordon Brown praktisch nicht mehr verändern musste, weil sie ziemlich genau den Vorstellungen der inzwischen zu „New Labour“ umetikettierten Labour-Partei entsprach. Zwischen den beiden großen Parteien gab es bereits damals keine größeren ideologischen Differenzen mehr. So, wie man Konservative finden konnten, die das Hohe Lied des NHS und der öffentlichen Verwaltung sangen, so ließen Blair und Brown kaum eine Gelegenheit aus, sich öffentlich zu offenen Märkten und Wettbewerb als Grundpfeiler ihrer Wirtschaftspolitik zu bekennen.

Mit John Major und Tony Blair war Großbritannien in einem bemerkenswert unideologischen Zeitalter angekommen, in dem es keine größeren Unterschiede mehr zwischen den politischen Parteien zu geben schien. So könnte man es ausdrücken, wenn man es positiv formulieren wollte. Man könnte allerdings auch sagen, dass mit Major und Blair eine neue Art des sozialdemokratischen Konsenses in Großbritannien angebrochen war. Es war nicht der alte „kollektivistisch-keynesianische Konsens“, der einst Ralph Harris und seine Mitstreiter im Umfeld des IEA umgetrieben hatte, aber der neue Konsens entsprach ebenso wenig den marktwirtschaftlichen

Vorstellungen, mit denen Margaret Thatcher 1979 angetreten war.

Die inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen New Labour und den Tories waren so groß, dass es aus Sicht der Wähler eher darauf ankam, welchen Parteien man mehr persönliches Vertrauen schenken wollte. Nach achtzehn Jahren an der Macht sahen die Konservativen dabei im Gegensatz zum jugendlich wirkenden Tony Blair, der so viel von Hoffnung und Optimismus sprach, verbraucht aus. Dies ist denn auch die beste Erklärung für den grandiosen Wahlsieg, den Blair gegen Major erringen konnte, denn Majors Wirtschaftsbilanz am Ende seiner Amtszeit konnte sich durchaus sehen lassen. Die Arbeitslosenquote war auf 7,0 Prozent gefallen, die Inflation hatte man auf 2,8 Prozent gesenkt und damit in den Griff bekommen, die Wirtschaft wuchs mit 2,5 Prozent und die Zinsen waren von ihren Höchstständen Anfang der 1990er Jahre deutlich entfernt. Jahre später witzelte John Major auf einer Veranstaltung an der London School of Economics, er warte bis heute auf das Dankeschreiben von Gordon Brown dafür, dass er ihm eine so gut bestellte Wirtschaft übergeben habe. Wahrscheinlich sei der Brief in der Post verloren gegangen. „Wir hätten die Royal Mail doch privatisieren sollen“, so der ehemalige Premierminister.

Die neue Regierung von Tony Blair und seinem Schatzkanzler Gordon Brown hatte trotz der Euphorie- und Optimismuswelle, die sie an die Schalthebel der Macht in der Downing Street gespült hatte, von Anfang an mit einem Problem zu kämpfen. In Teilen der Bevölkerung, aber erst recht in einigen Zeitungen, traute man New Labour nicht zu, dass es tatsächlich eine „neue“ Labour-Partei war, die mit den alten Gewohnheiten der britischen Steinzeitsozialisten (allzu große Nähe zu den Gewerkschaften, hohe Steuern, massive Ausgaben-

programme) gebrochen hatte. Die erste Aufgabe für den neuen Schatzkanzler bestand deshalb darin, den Vorurteilen gegen die neue Mitte-Links-Regierung entgegenzuwirken. Mit zwei Maßnahmen gelang ihm dies in den ersten Jahren der neuen Regierung auch. Der Bank of England wurde unmittelbar nach der Wahl 1997 die Verantwortung für die Zinspolitik übertragen, die zuvor im Finanzministerium gemacht wurde. Außerdem hatte Labour sich eine zunächst sehr restriktive Ausgabenpolitik auferlegt, so dass der Haushalt zwischen 1999 und 2002 sogar kräftige Überschüsse aufwies.

Es war diese ursprünglich eher konservative Wirtschaftspolitik, die die Befürchtungen zu entkräften schien, dass mit Labour die Staatsfinanzen aus dem Ruder laufen würden. Aber die anfängliche fiskalische Disziplin sollte nicht lange anhalten. Gegen Ende der ersten Amtszeit begann Labour ein Programm dramatischer Ausgabensteigerungen für den öffentlichen Sektor, den es gleichzeitig mit aberwitzigen Listen an Zielvorgaben überzog. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stieg damit in zehn Jahren um etwa 800.000 Angestellte. Auf diese Weise stieg das Staatsdefizit stark an, während der britische Staatsanteil heute sogar höher ist als vor Margaret Thatchers Amtsantritt (und höher liegt als die deutsche Staatsquote). Milliarden von Pfund flossen beispielsweise in den staatlichen Nationalen Gesundheitsdienst, konnten aber nicht verhindern, dass dessen Produktivität weiter abnahm und die berüchtigten Wartelisten für Patienten sogar wieder länger wurden.

Auch die ursprünglichen Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, wurden stillschweigend zurückgenommen. Stillschweigend deshalb, weil das Finanzministerium in den letzten Jahren eine Kunst daraus gemacht hat, Steuererhöhungen

möglichst so zu verstecken, dass sie nicht auf den ersten Blick zu erkennen sind. Durch das Streichen von Ausnahmetatbeständen, die Besteuerung von Pensionsfonds oder die verzögerte Anpassung von Freibeträgen konnte so ohne großes Aufheben, dafür aber umso effektiver, die Steuerbelastung deutlich erhöht werden. Nach den Berechnungen der OECD zahlen Durchschnittsverdiener nirgendwo in der Westlichen Welt soviel Steuern wie in Großbritannien. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young kam in einer Untersuchung sogar zu dem Schluss, dass die Steuerbelastung der Briten heute höher ist als in den 1970er Jahren. Beinahe 40 Prozent des gesamten britischen Bruttoinlandsproduktes endet als Steuer in der Staatskasse.

Insgesamt hat sich die britische Wirtschaftsordnung unter Premierminister Tony Blair, der 2007 nach zehn Jahren im Amt von seinem langjährigen Schatzkanzler Gordon Brown beerbt wurde, damit tendenziell in Richtung eines größeren Staates verschoben. Dass die Wirtschaft dennoch bis in die jüngste Vergangenheit mit vergleichsweise ansehnlichen Wachstumsraten aufwarten konnte, hat einerseits mit dem starken, schuldenfinanzierten Wachstum der Staatsausgaben zu tun. Andererseits haben sich auch die Privathaushalte immer höher verschuldet, was aber zu einem großen Teil nur möglich war, weil sich auf dem englischen Immobilienmarkt eine massive Blase gebildet hatte. Beides wird aber kaum auf Dauer aufrecht zu erhalten sein, und unter den Engländer macht sich die Sorge breit, was wohl passiert, wenn die Party auf Pump, die sie in den letzten Jahren gefeiert haben, einmal zu Ende geht.

Ein angelsächsisches Wirtschaftsmodell?

Wenn man die Geschichte der englischen Wirtschaftsverfassung Revue passieren lässt, dann ist bemerkenswert, welche gravierende Änderungen und Richtungswechsel sie in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs war England in der Tat der Inbegriff der liberalen Marktwirtschaft, ein Land des praktizierten Laissez-Faire. Insgesamt wird man dabei auch zu dem Schluss kommen, dass dies die Zeit war, in der England im Verhältnis zu anderen Ländern am wohlhabendsten war.

Aber infolge zweier Weltkriege waren die Engländer vom Modell einer weitgehend freien Marktwirtschaft immer mehr abgerückt. Nach 1945 wurde England das Land, das von allen westlichen Volkswirtschaften am heftigsten mit dem Sozialismus flirtete. In diese Zeit fällt der Ausbau des Sozialstaats, aber auch die Verstaatlichung weiterer Industriezweige. Einher ging sie mit einem relativen Abstieg der britischen Wirtschaft im internationalen Vergleich, die in eine dramatische Wirtschaftskrise mündete, in der England nur noch als der kranke Mann Europas angesehen wurde.

Erst durch Margaret Thatcher wurde diese Entwicklung gestoppt und teilweise umkehrt. Unter ihren Nachfolgern jedoch, vor allem unter den Labour-Regierungen von Tony Blair und Gordon Brown, ist Großbritannien abermals zu einem Land geworden, das sich durch einen hohen Staatsanteil, hohe Steuern und hohe Staatsdefizite auszeichnete.

England hat sich heute sehr weit von der Wirtschaftsordnung entfernt, die das Land bis 1914 geprägt hatte. Umso bemerkenswerter ist es daher, dass sich die Vorstellung halten konnte, in England werde nach wie vor eine

Form des reinen Kapitalismus praktiziert. Nichts dergleichen ist davon im heutigen England tatsächlich zu finden. Genau genommen unterscheidet sich die britische Wirtschaftsordnung etwa von der deutschen nur in Nuancen. Ja, der deutsche Arbeitsmarkt ist deutlich regulierter als der britische, aber dafür hat Großbritannien ein beinahe komplett verstaatlichtes Gesundheitswesen. Ja, Deutschlands Steuern sind hoch und kompliziert, aber das sind sie auf der Insel auch. Und während man sich in Deutschland noch über den ordnungspolitischen Sündenfall empört, in der Postbranche einen Mindestlohn eingeführt zu haben, wurde ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Großbritannien bereits im Jahr 1999 festgeschrieben.

Alles in allem ist England damit heute eine viel „europäischere“ Wirtschaft, als die (Kontinental-)Europäer denken und manche Briten vielleicht wahrhaben möchten. Und dies hat nichts damit zu tun, wie von manchen konservativen Kommentatoren auf der Insel gelegentlich behauptet wird, dass die Briten durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht in der Lage wären, eine Wirtschaftspolitik nach ihren eigenen Vorstellungen zu betreiben. Sie könnten nämlich sehr wohl ihren Sozialstaat reformieren, die Royal Mail und den Fernsehsender Channel 4 privatisieren, das Planungsrecht entschlacken und ihr Steuerrecht vereinfachen, wenn sie denn nur wollten; kein Brüsseler Bürokrat würde sie daran hindern. Aber dass dies nicht geschieht, das zeigt, wie sehr sich die Briten mit der Zeit von ihrem ursprünglich sehr liberalen Staats- und Wirtschaftsverständnis entfernt haben.

England hatte einmal eine Wirtschaftsordnung, die man mit einiger Berechtigung als „angelsächsisches Modell“ bezeichnen konnte. Doch davon ist kaum etwas übrig geblieben. Es ist ein

weiterer Teil des alten England, der sich heute nur noch in den Geschichtsbüchern findet.

Von Made in England zur Bullshit-Ökonomie

Wenn man wissen will, wie England tickt, dann sollte man den Glockenturm des Palace of Westminster besteigen. Das ist allerdings gar nicht so einfach, da er aus Sicherheitsgründen die meiste Zeit des Jahres nicht öffentlich zugänglich ist. Big Ben ist nämlich nicht nur das wohl bekannteste Markenzeichen des Landes, sondern auch Teil des Parlamentskomplexes und als solcher normalerweise nur von ausgesuchten Parlamentsmitarbeitern zu betreten.

Um nun wütenden Protesten anglophiler Erbsenzähler, Pardon: bean counters, gleich vorzubeugen: „Big Ben“ ist selbstverständlich nur der Spitzname der Glocke und nicht der Name des Turms, denn der heißt schlichtweg „The Clock Tower“, und Big Ben nennt sich ganz offiziell nur „The Great Bell“. Wenn doch alles in England so einfach und unkompliziert wäre.

Aber zurück zu Big Ben, der Glocke. Genau genommen handelt es sich um Big Ben II., denn ursprünglich hatte man eine noch größere und schwerere Glocke aufhängen wollen. Nur unglücklicherweise riss deren Legierung schon, als zum ersten Mal ein Klöppel auf sie einschlug. Wenigstens hatte man das noch am Boden ausprobiert, bevor man sie in über fünfzig Meter Höhe hievte. Also wurde die Glocke eingeschmolzen und

neu gegossen, diesmal allerdings ein gutes Stück kleiner als zuvor. Und das ist Big Ben, wie sie seit 1859 hoch oben im Clock Tower hängt und den Londonern die Stunde schlägt.

Auch mit dieser Glocke sollte es in der Folgezeit Probleme geben, denn der Klöppel schlug zu fest auf sie ein und beschädigte sie dabei. Aber das wurde freilich schon nach einigen Jahrzehnten bemerkt. Damals entschied man sich jedoch, dass eine Ausbesserung der Glocke viel zu umständlich sei, schließlich hängt sie in luftiger Höhe und wiegt über dreizehn Tonnen. Also drehte man die Glocke einfach um neunzig Grad und verringerte die Kraft, mit der der Klöppel fortan auf sie einschlug. Das Problem war damit erst einmal gelöst. Mit der Drehung sind auch die nächsten Jahrzehnte zu bestreiten.

Dass Big Ben auch weit über London hinaus ein Begriff ist, das hat die Glocke vor allem dem BBC World Service, dem Auslandsdienst der britischen Rundfunkanstalt, zu verdanken. Seit dem Silvestertag des Jahres 1923 wird der berühmte Glockenschlag aus dem Clock Tower regelmäßig zur vollen Stunde im Radio gespielt und in alle Welt übertragen. Dabei handelt es sich nicht um eine Aufzeichnung, wie man vielleicht vermuten könnte, sondern es gibt vier Mikrophone oberhalb des Glockenspiels, die den Klang einfangen und an das Funkhaus übermitteln.

Wenn nun aber nicht nur London, sondern die ganze Welt von Big Ben die Uhrzeit erfährt, dann muss man sich auf diese Zeit auch ganz genau verlassen können. Big Bens Uhrwerk genießt den Ruf ausgesprochener Zuverlässigkeit, aber wenn man sich ansieht, wie dieser Ruf zustande kommt, dann ist man doch einigermaßen verblüfft. Zweimal am Tag erhalten die Turm- und Glockenwärter von Westminster nämlich von

außerhalb ein exaktes Zeitsignal, das bis 1940 noch telegraphisch vom Royal Observatory in Greenwich übermittelt wurde. Mit diesem Signal wird die vom Uhrwerk angezeigte Zeit abgeglichen. Die Korrektur, wenn die Uhr vor- oder nachgeht, ist dann eine Mischung aus englischer Feinmechanik und Improvisationskunst. Auf dem Pendel liegen nämlich einige alte englische Pennymünzen. „Alte Pennys sind wichtig“, sagt der Wärter, „die neuen haben einfach nicht das richtige Gewicht.“ Indem man Münzen wegnimmt oder hinzufügt, kann die Schwingung des Pendels verändert und so die Zeit angepasst werden. Ein Penny mehr oder weniger macht dabei knapp eine halbe Sekunde pro Tag aus.

Auf diese Weise und bis auf den heutigen Tag gibt England der Welt damit den Takt vor, wenn es auch nur mit ein paar alten Pennys zu bewerkstelligen ist. Und die Touristen, die täglich an Big Ben vorbeiströmen und den Londonern in ihrer Bewunderung für diesen markanten Turm gerne den Weg versperren, machen fleißig Fotos vom Zifferblatt zur vollen Stunde, als ob man später zu Hause den Glockenschlag auf ihren Bildern hören könnte.

In gewisser Weise ist die Geschichte von Big Ben eine Parabel auf England und sein Verhältnis zur Qualität, denn da ist nichts so wie es scheint. Wenn man die Zuhörer des BBC World Service in Sydney, Timbuktu oder Buenos Aires fragen würde, wie die Briten wohl dafür sorgen, dass der Stundenschlag von Big Ben auch wirklich genau zur vollen Stunde erfolgt, dann würden die meisten wohl eher auf eine Atomuhr tippen denn auf ein paar alte Münzen. Typisch ist es auch, dass Big Ben I. erst einmal nicht funktionierte und dass Big Ben II. auch schon schwer beschädigt war, bevor man sich eine Lösung dafür einfallen ließ. Untypisch für das heutige

England ist an Big Ben und dem Uhrwerk eigentlich nur, dass es überhaupt noch arbeitet. Aber das mag auch daran liegen, dass die Uhr aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammt – wie so vieles, was in England heute noch halbwegs funktioniert, aus dem 19. Jahrhundert stammt und mit Mühe und Not, und manchmal auch nur mit ein paar alten Kupfermünzen, am Laufen gehalten wird. Insofern ist Big Ben dann eben doch absolut typisch für England und ein würdiges Wahrzeichen.

Das Land lebt von dem, was in lange zurückliegenden Zeiten einmal geschaffen wurde, wenn man es positiv ausdrücken möchte. Gehässig könnte man aber auch sagen, dass es mehr schlecht als recht von seiner Substanz zehrt. Wer in England wohnt, der wird jedenfalls nie ganz das Gefühl los, sich in ein großes Freilichtmuseum verirrt zu haben. Aber darin leben und arbeiten tatsächlich Menschen, die das vielleicht sogar noch für ganz normal halten. Es sei denn, sie waren schon einmal im Ausland.

Nirgendwo, von Big Ben einmal abgesehen, wird das so deutlich wie an der Londoner U-Bahn. Als die erste Linie 1863 in Betrieb genommen wurde, da war sie eine Sensation. Noch nie zuvor hatte man Eisenbahnen in den Untergrund verlegt; andere Städte folgten erst Jahrzehnte später. Paris zum Beispiel erhielt seine Metro erst im Jahr 1900, die Berliner U-Bahn startete im Jahr 1902 und in New York gab es erst ab 1904 die Subway.

Wie bei so vielen Technologien war England dem Rest der Welt und seiner Zeit wieder einmal weit voraus. Man hatte die ersten Dampfmaschinen gebaut, die ersten Lokomotiven konstruiert, und nun verlegte man beides unter die Erde, um des Londoner Verkehrschaos Herr zu werden. Und das war bitter nötig, denn die Stadt war mit ihren etwa drei Millionen

Einwohnern zu diesem Zeitpunkt die größte Metropole der Welt. Aber eine innovative Verkehrslösung war nicht nur dringend nötig, sondern in England auch möglich, denn dort gab es seit dem von Sir Marc Isambard Brunel und Thomas Cochrane entwickelten Tunnelbohrschild das technischen Know-how, um lange Tunnel bauen zu können. Auf diese Weise war schon in den 1840er Jahren die Themse unterquert worden.

Auch in den Jahrzehnten nach der Eröffnung der Londoner U-Bahn war sie eines der am schnellsten wachsenden und modernsten Verkehrsmittel der Welt. Schon 1884 war die Innenstadt von einem U-Bahn-Ring umschlossen, und durch immer bessere Technik konnten die Tunnel bald bis zu dreißig Meter tief unter der Erde geführt werden. Auch hatte London das erste Untergrundsystem der Welt, das mit der Elektrifizierung seiner Linien begann. Man kann die Fortschritte, die damals erreicht wurden, kaum hoch genug einschätzen. In den 1920er Jahren hatte das Netz der Tube, wie die Bahn wegen ihrer Röhrenform auch genannt wird, beinahe seine gegenwärtige Ausdehnung erreicht.

Wenn man sich die Londoner U-Bahn heute ansieht, dann merkt man ihr das hohe Alter allerdings deutlich an. Gerade im Vergleich mit U-Bahnen in anderen Ländern hat sie nämlich zwar durchaus antiquarischen Charme, den sie jedoch mit einer Reihe von Zumutungen für die Reisenden verbindet. Nach wie vor ist es nicht gelungen, ein funktionierendes Kühlungssystem für die Züge zu entwickeln. Gut, dass nur Menschen mit der U-Bahn fahren, denn die Temperaturen, die auf einigen Linien ab dem späten Frühling gemessen werden, liegen jenseits der Grenzwerte, die die Europäische Union für den Viehtransport gerade noch zulässt. Andererseits scheint dies die Mäuse und

Ratten an einigen der Stationen nicht weiter zu stören. Auch stößt die U-Bahn in einem London, dessen Einwohnerzahl sich seit den 1860er Jahren immerhin mehr als verdoppelt hat, täglich an ihre Kapazitätsgrenzen.

Als ob dies alles nicht schon unangenehm genug wäre, ist der Gleiskörper in einem Zustand, der für einen ohrenbetäubenden Lärm in den Wagen sorgt, wenn sich die Tube durch die unterirdischen Röhren ruckelt. Das heißt, wenn sie denn fährt und nicht ein kaputtes Signal, ein überfluteter Bahnhof, verzogene Schienen, ein Ausfall des Leitsystems, plötzlicher Personalmangel, unerwartete Nichtverfügbarkeit von Zügen oder nicht vorhersehbare Notausbesserungsarbeiten an der Strecke den Betrieb ganz lahmlegen. Und natürlich nur dann, wenn nicht die Beschäftigten der London Underground wieder einmal einen Grund zum Streik gefunden haben. Sonst steht man nämlich vergeblich an den Bahnhöfen, die immer noch so aussehen wie auf den vergilbten Fotos im London Transport Museum. Wofür braucht man da eigentlich ein Museum, wenn es auch Haltestellen gibt? An manchen wachsen sogar Stalaktiten von der Decke.

Wenn Londoner nach Hongkong, immerhin bis vor kurzem noch eine englische Kronkolonie, fahren, dann sehen sie, dass es auch anders geht. Dort fährt die MTR weitgehend ohne Verzögerungen; die Züge sind geräumig, sauber, modern und klimatisiert. Man kann in ihnen sogar mobil telefonieren, obwohl man sich sicherlich darüber streiten kann, ob dies ein Vorteil ist. Oder auch New York: Dort fährt die Subway in einem 24-Stunden-Betrieb, während die Londoner U-Bahn jede Nacht eine fünfstündige Pause für Wartungsarbeiten einlegt. Wenn man Glück hat, sind diese pünktlich vor der morgendlichen Rush Hour beendet, denn sonst ziehen sie lange

Verspätungen nach sich. Dafür kosten die Fahrkarten für die Londoner Tube aber auch gleich dreimal soviel wie für die New Yorker Subway. Manchmal ist in London sogar das Taxifahren billiger.

Wer nun aber glaubt, das Dauerproblem der Londoner U-Bahn hätte dazu geführt, dass mit Hochdruck an Verbesserungen gearbeitet würde, der wird enttäuscht. Über einzelne, punktuelle Fortschritte ist man bislang nicht hinausgekommen. Seit Jahrzehnten wurde zum Beispiel darüber diskutiert, ob nicht eine tiefe Ost-West-Verbindung durch die Hauptstadt gebaut werden sollte, um das bestehende Netz zu entlasten und die Anbindung des Flughafens Heathrow an die Innenstadt zu verbessern. Aber dieses als Crossrail bekannte Großprojekt hatte sich immer wieder verzögert (erste Pläne stammen noch von Brunel aus den 1840er Jahren!), und wurde ernsthaft erst seit den 1980er Jahren diskutiert. Sollte es keine weiteren Probleme geben, dann könnten die ersten Züge nach aktuellem Stand ab 2017 fahren.

Solche Verzögerungen bei größeren Infrastrukturprojekten sind in England heute leider nicht die Ausnahme, sondern die absolute Regel. Ein schönes Beispiel ist auch das Thameslink 2000-Programm, mit dem das Londoner Eisenbahnnetz ausgebaut werden sollte. Es wurde 1990 gestartet, und wie der Name schon andeutet, sollten alle Arbeiten bis zum Beginn des neuen Jahrtausends beendet sein. Inzwischen heißt das Projekt nur noch Thameslink, und wann es jemals abgeschlossen sein wird, kann niemand mit letzter Gewissheit sagen. Angeblich soll es im Jahr 2015 soweit sein. Aber obwohl die Engländer ein wettfreudiges Volk sind und auch schon einmal Geld auf die Rückkehr von Elvis und Diana setzen, war noch niemand so

verrückt, eine Wette auf das baldige Ende der Thameslink-Saga abzuschließen.

Auch auf Englands Straßen sieht es nicht besser aus. Seit Jahrzehnten beklagt sich die englische Wirtschaft, dass das Straßennetz des Landes eines der schlechtesten der westlichen Welt sei. Wenn man sich nur einige wenige Statistiken ansieht, dann kann man das gut verstehen. So gibt es kein anderes Land auf der Welt, in dem es so wenige Straßen pro Kopf der Bevölkerung gibt. Ganze sechs Meter kommen auf jeden Briten. Selbst in den dichter besiedelten Niederlanden sind es sieben Meter, von Deutschland, Frankreich oder Österreich ganz zu schweigen. Das Autobahnnetz Großbritanniens ist dürftig ausgebaut und umfasst gerade einmal 3.600 Kilometer. Zum Vergleich: Soviel haben allein die beiden deutschen Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zusammen. Kein Wunder daher, dass auf Englands Straßen oft nur Stop-and-Go möglich ist. Folglich ist England nur in einer Kategorie Weltspitze: im Stau.

Warum es auf Englands Straßen und Schienen nicht voran geht, ist dabei kein Geheimnis. Die Erklärung gab das Verkehrsministerium vor einiger Zeit selbst in einem Bericht: „Der größte Teil unseres Schienennetzes wurde vor deutlich mehr als einhundert Jahren angelegt. Die meisten unserer Autobahnen sind vor 30 oder 40 Jahren gebaut worden. Die Regierungen der Vergangenheit haben jedoch zu wenig Geld zur Verfügung gestellt, um das Verkehrsnetz zu verbessern und zu modernisieren, während gleichzeitig das Verkehrsaufkommen auf Straße und Schiene ein Ausmaß erreicht hat, das niemals vorhergesehen wurde, als sie gebaut wurden.“ Man kann es auch knapper ausdrücken: Wieder einmal lebt das Land von seiner Substanz, die es vor

Generationen bereitgestellt hat. Es ist dasselbe Prinzip wie bei der Londoner U-Bahn.

Den Tiefpunkt, was die englische Infrastruktur angeht, dürften aber seine Flughäfen darstellen. Wer schon einmal in Heathrow, Gatwick oder Manchester gelandet ist, der weiß, wie sich Zeitreisende fühlen müssen. Eben hat man noch das 21. Jahrhundert verlassen, als man von Amsterdam, Düsseldorf oder Zürich gestartet war, aber kaum dass man nach den üblichen drei Warteschleifen englischen Boden betreten hat, ist man zurück in den 1960er Jahren. Aus dieser Zeit stammt jedenfalls die Flughafeneinrichtung, eine Mischung aus Linoleum, Beton und gar merkwürdig gemustertem Teppich, von dem sich auch frisch Erbrochenes nicht abheben würde. Man bekommt viel Zeit dies alles zu bestaunen, während man an den antiquierten Gepäckbändern auf seinen Koffer wartet und hofft, dass er nicht verloren ging. Auf keinem anderen Airport der Welt verschwindet nämlich so viel Gepäck wie an Heathrow. Dabei ist das Ankommen an englischen Flughäfen noch besser als das Abfliegen, denn für moderne Sicherheitskontrollen sind sie erst recht nicht ausgelegt. So kann es schon einmal vorkommen, dass man eine Stunde warten muss, bis man seinen Pass vorzeigen darf. Zum Glück ist der Flieger bis dahin wegen der üblichen Verspätungen meistens noch nicht gestartet.

Auch bei den Flughäfen ist es dasselbe Problem wie bei U-Bahnen, der Eisenbahn und den Straßen: Gebaut vor mindestens einem halben Jahrhundert, sind sie seit dieser Zeit kaum noch erweitert worden, während der Luftverkehr stark angewachsen ist. Aber für Erweiterungen fehlte es entweder am Geld, am politischen Willen oder an beidem. So „funktioniert“ Londons Heathrow, immerhin Europas größter Airport, mit gerade

einmal zwei Landebahnen, die inzwischen beinahe auch jeder deutsche Provinzflughafen hat. Nur gibt es dort keine Starts und Landungen im 60-Sekunden-Takt. Das alles bei einer Kapazität, die für 45 Millionen Passagiere ausgelegt war, im letzten Jahr aber für fast 70 Millionen reichen musste. Damit das in Zukunft besser wird, hat man nun aber immerhin ein neues Terminalgebäude eröffnet. Kleiner Haken an der Sache: Planung und Bau haben knapp dreißig Jahre in Anspruch genommen, voll funktionsfähig soll es auch erst in einigen Jahren sein, und bei der Eröffnung brach der Flughafen vorübergehend zusammen.

England hat es sich somit zu einer schlechten Angewohnheit gemacht, seine Infrastruktur bis zum Anschlag und darüber hinaus auszunutzen, aber kaum Geld in den Erhalt, geschweige denn in ihren Ausbau zu stecken. Es ist wie bei Big Ben, wo ein paar Kupfermünzen dafür sorgen, dass es am Ende doch irgendwie funktioniert, auch wenn man nicht genau weiß warum. Nur wundern sich inzwischen schon Geschäftsreisende aus China und Indien, wenn sie in London ankommen, welches Land hier eigentlich das Entwicklungsland ist. Dabei hatte England einmal eine Infrastruktur zu bieten, um die es die Welt beneidete und auf die es stolz sein konnte. Aber diese Zeiten sind lange vorbei.

„Worin sind die Engländer eigentlich gut?“

Wenn man sich dieses England einmal aus der Nähe ansieht, dann stellt man fest, dass es längst nicht so modern, hip und cool ist, wie es sich gerne gibt. Aber man lässt es den Rest der Welt gerne glauben, und das ist dann auch die Antwort auf die Frage, worin die Engländer richtig gut sind: in der

Selbstvermarktung. Worin sonst sollte man auch gut sein? Man produziert ja so gut wie nichts mehr.

Jeremy Clarkson, der Moderator der BBC-Motorshow *Top Gear* und Kolumnist der *Sunday Times*, schrieb vor einiger Zeit, dass ihn genau diese Frage seiner jungen Tochter in arge Erklärungsnöte brachte: „Worin sind die Engländer eigentlich gut?“ Die Frage an sich wäre schon schlimm genug gewesen, aber sie dann auch noch ausgerechnet beim Mittagessen am Strand von St. Tropez beantworten zu müssen, war für Papa Clarkson wohl eine Herausforderung zu viel. Spontan fielen ihm nur die englischen Massenmörder der letzten Jahre ein, auch wenn er dann doch glaubte, dass Belgien in dieser Kategorie noch die Nase vorn haben könnte. Also gab er die vollständige Antwort in seiner *Sunday Times*-Kolumne, die zu einer für Clarkson ganz typischen Tirade wurde.

Da konnte man dann davon lesen, dass das Kriegsschiff HMS *Invincible* (sic!) nur noch mit einer seiner beiden Maschinen fährt, weil die Royal Navy am Geld für den Treibstoff spart. Man erfuhr weiter, dass Großbritanniens Abwasserkanäle aus den 1850er Jahren stammen. Aber von insgesamt 186.000 Meilen seien seit dieser Zeit nur 241 Meilen repariert oder gar ersetzt worden. Für Clarkson sind dies Phänomene eines grundsätzlichen Problems: „Unter der Oberfläche ist alles in Unordnung.“

Darauf folgt bei Clarkson eine messerscharfe Beobachtung, die er bei seinen Reisen auf den Flughäfen dieser Welt gemacht hat. In jedem größeren Airport gibt es mittlerweile einen Souvenirladen, der für das Land besonders typische Andenken verkauft. In Detroit werden den Reisenden Autoposter und Modellautos angeboten, in Island gibt es hübsche Pullover und

Bücher über Wasserfälle, während auf Barbados Flaschen mit scharfen Saucen erhältlich sind.

Und in England? Dort wird den Flugreisenden in den Andenkenläden ein England präsentiert, das praktisch ausschließlich aus der Vergangenheit besteht. Modelle alter Londoner Taxis, Teddybären in früheren Polizeiuniformen, dazu vielleicht noch Bilder der Queen auf Teetassen und – absolut unvermeidlich – Union Jack-Flaggen. Aber nichts davon steht eigentlich für das heutige England; all dies sind weniger Souvenirs als Überreste eines vergangenen, untergegangenen England. Es wäre aber auch schwierig etwas zu finden, das das heutige England souvenirladenkompatibel repräsentieren würde. Selbst Jeremy Clarkson fiel außer Kaffeebechern mit den Bildern von Massenmördern nichts Besseres ein.

Dass Jeremy Clarkson, der sonst um keine Antwort verlegen ist, die Frage nach den englischen Qualitäten so dermaßen aus dem Konzept bringen konnte, hat einen einfachen Grund. Sie sind nämlich immer schwerer zu finden. Das Land, das einst Marktführer bei neuen Technologien war und mit der Welt einen regen Handel führte, hat sich aus der produzierenden Wirtschaft inzwischen weitgehend verabschiedet. Viele einst große Namen der englischen Wirtschaft sind jedenfalls verschwunden. Neben der allgemeinen Wirtschaftspolitik, die ihren Teil dazu beigetragen hat, sind dabei vor allem Qualitäts- und Produktivitätsprobleme Faktoren gewesen.

Die Produktivität der englischen Wirtschaft war während der letzten Jahrzehnte eines der Hauptprobleme des Standorts, auch wenn das Land in jüngster Zeit wieder etwas aufholen konnte. Aber nach wie vor liegt die britische Produktivität um etwa 20 bis 30 Prozent hinter den USA, Frankreich oder

Deutschland. Dazu passt auch, dass sich die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Großbritannien deutlich unter dem Niveau anderer Industrieländer befinden. Folglich werden in Großbritannien auch viel weniger Patentanträge registriert als anderswo: 2005 gab es im Vereinigten Königreich etwa 28.000 davon (von denen ca. ein Drittel bewilligt wurde). Aber im selben Zeitraum waren es in Frankreich 45.000 Anträge, in Deutschland 135.000 und in den Vereinigten Staaten sogar 435.000.

Dabei ist es eine Ironie der Geschichte, dass englische Waren auf dem Rückzug sind, denn ursprünglich genossen sie einmal einen hervorragenden Ruf. So gut war das Ansehen der Produkte, dass man sie vor Nachahmern schützen wollte und in einem Gesetz von 1887 den Anbietern deutscher Waren daher die Herkunftsbezeichnung „Made in Germany“ verordnete. Langfristig erwies sich dies jedoch als Bumerang, denn „Made in Germany“ löste immer mehr das „Made in England“ als Ausweis besonderer Qualität ab. Kein Wunder daher, dass Audis berühmter Slogan „Vorsprung durch Technik“ auch in England auf Deutsch benutzt wird, obwohl sich die korrekte Aussprache manchmal als schwierig erweist. So gut ist der Ruf deutscher Produkte in England inzwischen, dass dort selbst der französische Autobauer Citroën mit der Zeile „Unmistakeably German. Made in France.“ Werbung macht.

Aber wo ist das „Made in England“ heute? Journalisten des linksliberalen *Guardian* dürften für gewöhnlich nicht viel mit dem konservativen Jeremy Clarkson gemeinhaben, aber Larry Elliott und Dan Atkinson sehen die Probleme der englischen Wirtschaft ganz ähnlich wie er. In ihrer Generalabrechnung mit dem heutigen Großbritannien „*Fantasy Island*“ listen sie auf, was andere Länder gut können. Demzufolge bauen die

Deutschen die effizientesten Waschmaschinen und die besten chromglänzenden Autos, stellen die Japaner die modernste Elektronik her, haben die Franzosen eine hervorragende Lebensmittelindustrie, produzieren die Skandinavier die besten Mobiltelefone, machen die Amerikaner Computer, Flugzeuge und Spielfilme, und haben die Italiener eine führende Designermodebranche. „Wo passt das Vereinigte Königreich in diese Welt der sich ändernden Wirtschaftsgeographie hinein, in der sich die Nationen dem Diktum David Ricardos immer mehr folgend auf das konzentrieren, was sie am besten können?“ fragen Elliott und Atkinson. Die Antwort geben sie gleich hinterher: „Wir zählen das Geld und wir machen den *bullshit*. ... Dies ist ein Land, das versucht, seinen Lebensunterhalt mit *talk, talk and more talk* zu bestreiten.“

Das ist alles sicherlich etwas überspitzt dargestellt, und die beiden Autoren geben selbst zu, dass es in England immerhin noch eine Pharma- und eine Rüstungsindustrie gibt. Aber in der Tendenz stimmt ihre Hypothese von der Bullshit-Ökonomie trotzdem. Wenn man sich die britische Handelsbilanz ansieht, dann kann man leicht erkennen, dass es um das produzierende Gewerbe in England nicht gut bestellt ist. Von Kriegszeiten einmal abgesehen, hatte Großbritannien bis zum Jahr 1983 nie ein Defizit in seiner Güter-Handelsbilanz. Ende der 1990er Jahre betrug es hingegen schon 7 Milliarden Pfund, im Jahr 2006 schließlich wurde ein Wert von 59 Milliarden Pfund erreicht. Das bedeutet, dass die Briten deutlich mehr Waren eingeführt haben als sie an das Ausland verkaufen konnten. Das Defizit entsprach etwa fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dass die britische Handelsbilanz insgesamt nur ein Defizit von vier Prozent aufwies, verdankte sie nur einem leichten Exportüberschuss bei Dienstleistungen.

Auch was die Beschäftigtenzahlen betrifft, so kann man den Bedeutungsverlust der britischen Industrie in den vergangenen Jahrzehnten gut nachvollziehen. Arbeiteten Ende der 1970er Jahre noch etwa 27 Prozent der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (wenn sie nicht gerade streikten), so waren es jüngst nur noch um die 18 Prozent. Natürlich haben auch andere Industrieländer einen sektoralen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft erlebt, aber England hat sich viel dramatischer und viel schneller deindustrialisiert als sie. Das zeigt ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern ähnlicher Größe. In Frankreich arbeitet immer noch ein Viertel der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe, in Italien und Deutschland ungefähr ein Drittel. Entsprechend groß sind die Unterschiede auch, was den Anteil des Warenexports am Bruttoinlandsprodukt betrifft. Beträgt er für das Vereinigte Königreich gerade einmal magere 19 Prozent, so sind es in Frankreich 28 Prozent, in Italien 29 Prozent und beim Exportweltmeister Deutschland gar 51 Prozent. Dies sind zunächst einmal Statistiken, die kein Werturteil beinhalten, aber sie zeigen zumindest, wie einseitig die britische Wirtschaft mittlerweile auf Dienstleistungen fixiert ist und wie wenig sie damit noch am Welthandel beteiligt ist. Das britische Handelsdefizit erklärt sich folglich gleichermaßen daraus, dass die Briten zwar eifrige Konsumenten sind, gleichzeitig aber als Produzenten auf den Märkten der Welt immer weniger in Erscheinung treten.

Wenn man so will, ist die englische Wirtschaft auf diese Weise zu einer der ersten postmodernen Ökonomien geworden. Manche Beobachter sehen in England auch das Vorbild der „kreativen Ökonomie“, als ob es nicht kreativ wäre, gute Autos, funktionierende Handys oder schnelle Computer herzustellen,

sondern nur Medien, Werbung, Banking und Unternehmensberatung wirklich schöpferische Prozesse sind.

Aber die englische Umorientierung in Richtung einer fast reinen Dienstleistungsgesellschaft hat der Wirtschaft tatsächlich gleich mehrere Ungleichgewichte verpasst. Da ist zunächst die Tatsache, dass die hoch gelobte und gefeierte Dienstleistungsgesellschaft vor allem ein Londoner Phänomen ist, denn nur dort ballen sich Dienstleistungen tatsächlich zu einem großen Cluster. In den anderen Landesteilen jedoch sind im Wesentlichen die Jobs in der Industrie weggefallen, ohne dass dies im Dienstleistungssektor ausgeglichen worden wäre. Zwar gibt es durchaus auch außerhalb des Großraums London erfolgreiche Städte, aber insgesamt hat sich das Zentrum der englischen Wirtschaftsaktivität innerhalb des letzten Jahrhunderts deutlich nach Südosten verlagert. Das lässt sich übrigens auch an den sehr unterschiedlichen Staatsanteilen der englischen Regionen ablesen. Einer jüngeren Untersuchung des Centre for Economics and Business Research zufolge hängt der Norden Englands am Tropf des reicheren Südens. Während der Staatsanteil im Südosten bei etwas über einem Drittel liegt, beträgt er in den nördlichen Regionen über die Hälfte. Anders ausgedrückt: Der erfolgreiche Finanzplatz London subventioniert jene Regionen, die sich in der Vergangenheit deindustrialisiert haben, ohne sich gleichzeitig ein neues wirtschaftliches Standbein zulegen zu können. Das gilt für den Norden von England, aber sogar noch stärker für Schottland, Wales und Nordirland. In letzterem ist der Staatsanteil mit 76 Prozent so hoch, dass es die DDR fast wie eine kapitalistische Oase erscheinen lässt. Das *Vereinigte* Königreich ist somit nur dem Namen nach wirklich ein einiges Land. Aber die Bezeichnung „Vereinigte Sowjetrepubliken von Großbritannien

und Nordirland“ träfe die Verhältnisse ohnehin besser. Bislang ist allerdings noch niemand auf den Gedanken gekommen, einen expliziten Solidaritätszuschlag für die notleidenden Landesteile zu erheben. Bislang.

Ein weiteres Problem der einseitigen Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts auf den Bereich der Finanzdienstleistungen ist die Abhängigkeit, die sich dadurch ergeben hat. Der Banken- und Versicherungssektor macht in Großbritannien etwa 6,5 Prozent der gesamten wirtschaftlichen Wertschöpfung aus, während der Wert auf dem europäischen Kontinent bei gut 4 Prozent liegt. Das hört sich zunächst zwar nicht nach einem großen Unterschied an, aber in der Praxis war der Finanzsektor in den letzten Jahren eine der treibenden Kräfte des britischen Wirtschaftswachstums, auch weil sich um ihn herum viele weitere Dienstleistungen angesiedelt haben. In der Londoner City waren in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts jährlich allein an die 10.000 hochqualifizierte und gut dotierte Jobs entstanden. Besonders die exorbitanten Bonuszahlungen, die dabei für viele Banker herausprangen, haben die Londoner Wirtschaft und den Immobilienmarkt beflügelt, was sich letztlich auch auf andere Landesteile auswirkte. Der Einfluss der Finanzbranche ist somit deutlich höher einzuschätzen, als es der Anteil an der Wertschöpfung zunächst vermuten ließe. Dass dies alles auf einer fragilen Geschäftsgrundlage beruhte, zeigte sich aber infolge der Kreditkrise, die im Sommer 2007 auch auf England übergriff. Für die nächsten Jahre wird allgemein erwartet, dass die Bonuszahlungen in der City zurückgehen und erstmals auch Banker entlassen werden könnten. Dabei besteht bildlich gesprochen die Gefahr, dass das Land einen Schnupfen bekommt, wenn London zu husten beginnt. Anders als

beispielsweise in Deutschland, das einen breiten Mittelstand und ein starkes produzierendes Gewerbe hat, die jeweils besonders von der Nachfrage nach Investitionsgütern in den aufstrebenden Schwellenländern profitieren, gibt es in England kaum einen Sektor, der eine vorübergehende Schwäche des Finanzsektors ausgleichen könnte. Aus der produktiven Realwirtschaft hatte man sich ja in den letzten Jahrzehnten nach und nach zurückgezogen.

Die Mutter aller Blasen: der Immobilienmarkt

Während man sich noch darüber streiten könnte, ob es gerechtfertigt ist, von der englischen Wirtschaft insgesamt als einer Bullshit-Ökonomie zu sprechen, nur weil man sich vor allem auf Dienstleistungen wie Wirtschaftsprüfung, Investmentbanking, Beratungsdienstleistungen und die sogenannte „kreativen Ökonomie“ (Werbung, Kultur, Medien) verlegt hatte, gibt es einen Bereich, der sich von der Wirklichkeit gänzlich abgekoppelt hat. Die Rede ist von der Immobilienwirtschaft, oder wie es auf Englisch heißt: *real estate*. Dabei ist am Immobilienmarkt kaum etwas *real* und vieles nicht so wie es scheint.

An Wohnungsbau und Stadtplanung kann man die gesamte englische Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit *in a nutshell* nachvollziehen. Wie kein anderer Sektor zeigt der Immobilienmarkt auf, was im Nachkriegsengland schiefgelaufen ist und wie die Engländer darunter heute leiden – auch wenn viele von ihnen immer noch glauben, es handele sich in Wirklichkeit um eine einzige große Erfolgsgeschichte.

Am Thema Immobilien gibt es in England kein Vorbeikommen. Früher hatte man beim Afternoon Tea und auf

Cocktailpartys vor allem über das Wetter gesprochen und vielleicht auch noch über Cricket und ähnliche Unwichtigkeiten. Aber das änderte sich spätestens, als das Fernsehen begann, die besten Sendezeiten mit Sendungen wie *Location Location Location*, *A place in the sun*, *Homes under the Hammer*, *Come buy with me*, *House Doctor*, *Grand Designs* oder auch *Relocation Relocation* zu füllen. Sie alle haben nur ein Thema: die eigenen vier Wände, und zwar wie man sie findet, was man für sie bezahlt und wie man mit ihnen das meiste Geld macht. So erfolgreich sind diese Sendungen mit der Zeit geworden, dass das *Collins English Dictionary*, eine Art englischer Duden, dafür inzwischen einen Gattungsbegriff eingeführt hat: *property porn* – Immobilienporno. Der Name ist gut gewählt, denn der Immobilienmarkt ist zu einer klassenübergreifenden Obsession geworden, die im heutigen England wahrscheinlich Sex längst hinter sich gelassen hat. Engländer hatten ohnehin schon immer ein merkwürdiges Verhältnis zur körperlichen Liebe („No sex please, we're British!“), und nun gehen sie lieber gleich zum Immobilienmakler. „Touch me, feel me, renovate me“, spottete der *New Statesman*.

Der Collins definiert *property porn* übrigens so: „A genre of escapist TV programmes, magazine features, etc. showing desirable properties for sale, especially those in idyllic locations, or in need of renovation, or both.“ Das ist vielleicht etwas wörterbuchmäßig trocken ausgedrückt, also sei es hier ein wenig plastischer beschrieben, und zwar an einem der echten Klassiker des englischen Immobilienpornos: *Location Location Location*, sozusagen der *Deep Throat* der TV-Wohnungswirtschaft.

In *Location Location Location* werden in der Regel junge Paare und Familien begleitet, die ein neues Zuhause suchen. Unterstützung erhalten sie dabei von den beiden Immobilienexperten Kirstie Allsopp und Phil Spencer. Am Anfang steht dabei immer der Traum von einem geräumigen, erschwinglichen und günstig gelegenen Haus oder wenigstens einer Eigentumswohnung. Aber es braucht für gewöhnlich nicht lange, bis Kirstie und Phil ihren Kunden erklärt haben, dass es damit erst einmal nichts wird. Ganz gleich, welches Budget die Möchtegernkäufer auch mitbringen, es reicht nämlich nie. Immer stellt sich schnell heraus, dass Häuser unerschwinglich geworden sind, und überhaupt hätten die potenziellen Käufer viel zu lange gewartet, denn im vergangenen Jahr wäre es noch 15 Prozent billiger gewesen, vor fünf Jahren hätten sie weniger als die Hälfte bezahlt. Die Serie läuft inzwischen seit 2001 im englischen Fernsehen, aber die Zuwachsraten waren bislang immer dieselben. Es spielt also gar keine Rolle, wann man kauft, denn man kommt immer zu spät. Das ist die erste Lektion, die die treuen Zuschauer von *Location Location Location* längst verinnerlicht haben.

Die zweite Lektion ist nicht minder bitter. Es gibt in England nämlich keine Häuser mehr, bei denen irgendwie alles stimmt, und dafür braucht man noch nicht einmal kontinentale Maßstäbe an die Qualität anzulegen. Dass sie keinen Keller haben, das versteht sich nämlich von selbst. Dass sie aber in aller Regel auch klein und verwinkelt sind, winzige Küchen haben und noch dazu in den geschmacklosesten Farben gestrichen sind – in jedem Zimmer und an der Fassade eine andere – das musste bislang noch jedes Paar von Kirstie und Phil lernen. Auch was den Zustand der Immobilien angeht, werden immer wieder neue Tiefstwerte auf der nach unten

offenen Qualitätsskala gemessen. Aber undichte und einfach verglaste Schiebefenster, die übrigens auch nur unter schmerzhaften Verrenkungen zu putzen sind, haben immerhin den Vorteil, dass man sich in englischen Wohnungen das Lüften sparen kann. Heizen kann man sie dafür allerdings dafür auch nicht.

Doch dann kommt die dritte Lektion, denn am Ende entscheidet sich das Paar für eine Immobilie, die zwar nicht perfekt ist, die man sich aber gerade eben noch leisten kann. Man muss sich dafür zwar bis über beide Ohren verschulden, aber Kirstie und Phil wissen, wie man in so einer Situation Trost spendet. Man könne ja ein wenig Arbeit in die Renovierung investieren und dann nach ein paar Jahren wieder verkaufen. „Adding value“ nennen Kirstie und Phil das gerne. In fünf Jahren sind die Preise nämlich bestimmt wieder um über die Hälfte gestiegen, und dann hätte sich die ganze Sache doch irgendwie gelohnt. Vielleicht kann man sich beim nächsten Mal dann tatsächlich ein schöneres Haus leisten, wenn man Glück hat sogar mit Garten und nicht wieder direkt neben einer vielbefahrenen Schnellstraße.

Hauskäufer haben es wirklich nicht leicht in England, Häuslebauer aber auch nicht. In einer anderen Immobilienpornoserie, *Grand Designs*, begleitet Moderator Kevin McCloud Paare, die sich wünschen, in einem architektonisch anspruchsvollen Haus zu leben, Doppelverglasung, Fußbodenheizung, Wärmedämmung und intelligente Haustechnik inklusive. Alles Dinge, die sich in einem typisch englischen Haus normalerweise nicht finden lassen, wo man schon froh ist, wenn die Wände gerade und nicht feucht sind. Die Bauarbeiten erweisen sich aber immer wieder als schwierig. Nicht dass es den Paaren an Fantasie oder

Geld fehlt – es handelt sich nämlich meist um gut situierte Familien der oberen Mittelklasse. Nein, das Hauptproblem ist merkwürdigerweise die Materialbeschaffung. Baumaterialien, die man auf dem Kontinent in fast jedem Baumarkt um die Ecke bekommen kann, müssen nach England erst importiert werden. Mal kommen die Badezimmerarmaturen aus Frankreich, die Dachisolierung aus Österreich oder ein besonderes behandeltes Holz aus Finnland. Und oft genug sind die englischen Bauarbeiter, denen man diese Materialien zur Verfügung stellt, erst einmal mit ihnen überfordert. So etwas haben sie noch nie gesehen.

Bislang gab es von *Grand Designs*, das nun auch schon seit 1999 seinen festen Platz im englischen Fernsehprogramm hat, erst eine einzige Folge, in der fast alles von Anfang an fehlerfrei und nach Plan lief. Allerdings ging es in dieser Episode um ein älteres Ehepaar, das sich ein maßgefertigtes Luxusfertighaus bestellt hatte – bei einer deutschen Baufirma. Die einzigen Verzögerungen dies sich dabei ergaben, betrafen die englischen Zulieferer, die für den Beton der Bodenplatte zuständig waren und einen großen Kran stellten. Sie kamen zu spät, während die überpünktlichen deutschen Bauarbeiter ungeduldig auf der Baustelle warteten. Kevin McCloud, der sonst seine Sendung mit Schilderungen zu füllen pflegt, was auf dem Bau alles schiefgehen kann, hatte jedenfalls viel Zeit, die überragende Qualität und Effizienz des Projekts zu loben – und sich bei den Deutschen für die durch die englische Arbeitsmoral entstandenen Unannehmlichkeiten zu entschuldigen.

Regelmäßige Konsumenten englischer Immobilienpornos werden der Analyse zustimmen, dass diese Gattung eigentlich zu den Sodomaso-Filmen zu zählen ist. Unschuldige Hauskäufer und Häuslebauer werden von Immobilienexperten

vorgeführt, wie sie an den Tücken des englischen Wohnungsmarktes verzweifeln. Pfusch am Bau, Ärger mit Bauaufsicht und Stadtplanern, plötzliche Kostensteigerungen, geplatze Hypothekenzusagen und das Ganze immer an der Grenze des persönlichen finanziellen Ruins und des Nervenzusammenbruchs – es ist für jeden Geschmack etwas dabei. Aber wie Shakespeare in Hamlet sagen lässt: „Though this be madness, yet there is method in it.“ – „Und ist es auch Wahnsinn, so hat er doch Methode.“ Die Grundkostanten sind nämlich klar: Nirgendwo sonst bekommt man so wenig Haus für sein Geld, und nirgendwo sonst lässt die Qualität der Wohnraumangebots so sehr zu wünschen übrig wie in England. Wenn man verstehen will, warum dies so ist, dann muss man weit zurückgehen. Bis ins Jahr 1947, um genau zu sein. Denn dort liegt die Ursache des verrückten englischen Immobilienmarktes in einem Gesetz, das Teil von Premierminister Clement Attlees Bemühungen war, ein Neues Jerusalem zu schaffen: *The Town and Country Planning Act*.

Der Name des Gesetzes war Programm: Stadt und Land sollten mit ihm geplant werden, auf dass ein besseres England dabei am Ende herauskäme. Bereits in den 1930er Jahren hatte es eine große Wanderungsbewegung vom englischen Norden in den Südosten gegeben, die zur Folge hatte, dass zwar viel im Süden gebaut wurde, aber dass dies ziemlich ungeordnet geschah, vor allem entlang der Hauptverkehrswege. Gleichzeitig war man besorgt, dass der Norden langfristig ausbluten könnte, wenn sich diese Abwanderung unkontrolliert fortsetzen sollte.

Um all dies zu ändern, wurden von der Attlee-Regierung Gesetze eingeführt, die für die städtische Entwicklung Englands nachhaltig prägend waren. Den *Distribution of Industry Act* mit

seinen Industrierweiterungsgenehmigungen hatten wir bereits kennengelernt. Ein zweites Gesetz war der *New Towns Act* von 1946, mit dem ganze neue Städte gebaut werden sollten, und zwar dort, wo die Regierung der Meinung war, dass sie bis dahin gefehlt hatten. Auf diese Weise entstand zum Beispiel die Stadt Milton Keynes. Ein Jahr später wurde dann der *Town and Country Planning Act* eingeführt, der das ganze Land unter Planungsvorbehalt stellte.

Der *Town and Country Planning Act* war ein Kind seiner Zeit. Er fügt sich nahtlos in alle anderen Versuche der unmittelbaren Nachkriegsjahre ein, durch strenge Planung ein besseres Land zu errichten. Wie Lebensmittelmarken und Kleidungsberechtigungsscheine war auch die Stadtplanung nur ein weiterer Schritt in die große sozialistische Zukunft.

Mit dem Gesetz wurde das Recht, über die Nutzung von Grund und Boden zu entscheiden, quasi verstaatlicht. Die Eigentümer hatten fortan nicht mehr viel zu sagen, wenn es um die Entwicklung und Bebauung ihres Landes ging, sondern die Regierung und die angeschlossenen Planungsbehörden. Dass das nicht immer populär war, das hatten die Vordenker der damaligen Zeit natürlich vorhergesehen. Aber wo gehobelt wird, da fallen Späne, und wo geplant wird, da müssen eben auch Opfer gebracht werden. Von einer Konferenz von Stadtplanern, die im Jahr 1944 stattfand, sind Redebeiträge wie dieser überliefert: „Planung heißt Kontrolle. Man muss zu den Leuten gehen und ihnen sagen, wo sie leben müssen. Und wenn jemand eine Fabrik bauen will, dann muss man ihm auch sagen können, dass das eben in Tottenham nicht geht und er nach so-und-so gehen muss. ... Russland, Deutschland und Italien haben alle geplante Wirtschaften.“ Das war natürlich nicht zu bestreiten, aber Russland wurde damals auch kommunistisch,

Deutschland nationalsozialistisch und Italien faschistisch regiert. Trotzdem waren dies offenbar die leuchtenden Vorbilder für mehr Kontrolle und mehr Planung im neuen England. Einwände, die gerade von Wirtschaftswissenschaftlern vorgetragen wurden, zählten dagegen nichts. Sir Patrick Abercrombie, der damals führende englische Stadtplaner, machte sich über Ökonomen lustig. Das seien doch nur „Verwirrte, die nur von den Gesetzen von Angebot und Nachfrage und der Freiheit des Individuums faseln“.

Eine der ersten Maßnahmen, die mit dem *Town and Country Planning Act* eingeführt wurden, war die Errichtung großer Grüngürtel um die englischen Städte. Der Name ist etwas irreführend gewählt, denn dass diese Landstriche wirklich grün sind, ist nicht zwingend. Eigentlich hätte man sie besser Nichtbebauungszonen nennen sollen, denn sie dienten nicht vordringlich dem Ziel, die Natur zu schützen oder gar Naherholungsgebiete zu schaffen, sondern vor allem dazu, das Wachstum der Städte zu begrenzen. Nie mehr sollten sie so unkontrolliert wachsen wie noch in den 1930ern, und überhaupt: Warum sollte zum Beispiel London wachsen, wenn doch Liverpool und Manchester das nach Meinung der Stadtplaner viel nötiger hätten?

So wurde eine Fläche von über 5.000 Quadratkilometern um London herum – mehr als dreimal so groß wie die Stadt selbst – zur No-Go-Area für Bauunternehmer. Die Stadtplaner hatten in ihrem unermesslichen Ratschluss entschieden, dass London groß genug war, um mit der Wohnungsnachfrage der Nachkriegszeit auch ohne neue Bauflächen auszukommen. Ein weiteres Bevölkerungswachstum war für London nicht vorgesehen, und die Bevölkerungswanderung sollte nun wieder in den englischen Norden zurückgelenkt werden.

Bekanntlich ist Planung das Ersetzen des Zufalls durch den Irrtum, und so kam es natürlich ganz anders. Die Bevölkerung Londons wuchs weiter, während die Fabriken des Nordens eher Leute entließen als neue Arbeiter aus anderen Landesteilen anzulocken. Außerdem wurden die Haushaltsgrößen immer kleiner, denn die Zeit der Großfamilien ging zu Ende, während immer mehr Singlehaushalte entstanden. Insgesamt gab es damit eine viel größere Wohnungsnachfrage, als dies die Planer vorhergesehen hatten. Aber die Pläne zu ändern, wäre ein Eingeständnis gewesen, dass man ein Land eben doch nicht von oben herab durchorganisieren kann. Also blieb alles beim Alten. Wenn überhaupt, dann wurden die Pläne eher strenger, denn nun, da London voll war, musste ja erst recht dafür geplant werden, dass dort niemand mehr hinzog. Mit der Zeit entstand so ein System, das vor allem ein Ziel hatte, nämlich die Bautätigkeit auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Das Planungssystem, das ursprünglich noch dazu gedacht war, ein besseres Land zu „bauen“, wurde nun vor allem zu einem System der Bauverhinderung.

London war wahrscheinlich der extremste Fall planerischer Fehlprognosen, aber beileibe nicht der einzige. Auch um andere englische Städte wurden Grüngürtel gelegt, um deren „Ausfransen“ zu verhindern. Natürlich war man bei jenen Städten etwas weniger streng, bei denen man sich ein Wachstum noch am meisten wünschte. Aber dahin wollte ja ohnehin niemand ziehen.

Für die angeblich verwirrten Ökonomen, die nur von Marktgesetzen und Freiheiten faselten, war das, was sich in den nächsten Jahrzehnten auf dem englischen Immobilienmarkt abspielte, absolut vorhersehbar. Der schottische Historiker Thomas Carlyle hat einmal ironisierend zugespitzt, dass man

nur einen Papagei dazu bringen müsste, ständig die Worte „Angebot“ und „Nachfrage“ zu wiederholen, um einen neuen Ökonomen zu erhalten. Das ist wahrscheinlich eine leichte Übertreibung; zumindest ist kein Papagei bekannt, der jemals den Wirtschaftsnobelpreis gewonnen hätte. Aber in der Tat kann man mit den Gesetzen von Angebot und Nachfrage ziemlich viel erklären, so auch den englischen Wohnungsmarkt. Was das Stadtplanungssystem nämlich vor allem schuf, war eine systematische Begrenzung des Angebots an Land. Da aber gleichzeitig die Nachfrage nach Land immer weiter stieg, hatte das langfristig vor allem eine Konsequenz: Land wurde in England immer teurer und mit ihm alles, was auf Land steht und Land nutzt.

Preise haben denn doch etwas mit Angebot und Nachfrage zu tun, auch wenn es Sir Patrick Abercrombie und ganze Generationen seiner Planerkollegen nicht wahrhaben wollten. Englische Stadtplaner reagieren bis heute immer etwas pikiert, wenn man sie auf den Zusammenhang von Preisen, Angebot und Nachfrage anspricht. Noch in den 1990er Jahren sagte ein südenglischer Stadtplaner, dass er überhaupt keinen Grund sähe, sich Preisdaten für Bauland anzusehen. „Wir planen, und der Markt hat dem zu folgen“, war seine trotzig Antwort.

Dass das Land in England immer teurer wurde, lag übrigens nicht daran, dass England nur ein Teil einer kleinen Insel ist, auf der nach und nach der Platz ausginge. Tatsächlich sind weniger als zehn Prozent des Landes bebaut. Aber über 55 Prozent der Landfläche sind vor der Bebauung explizit geschützt: als Grüngürtel (12,9 Prozent), als Gebiet von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung (8,2 Prozent), als Naturschutzgebiet (6,2 Prozent), als Landschaftsschutzgebiet (15,6 Prozent), als Nationalpark (7,6 Prozent) oder als

Sonderschutzgebiet (4,7 Prozent). Da fallen die Städte, die gerade einmal 8,3 Prozent der Fläche ausmachen, kaum noch ins Gewicht.

Wenn man die Engländer aber fragt, wie viel ihres Landes wohl bebaut ist, dann muss man den Eindruck gewinnen, dass die meisten von ihnen schon lange nicht mehr zu Hause gewesen sind. Einer repräsentativen Meinungsumfrage zufolge glauben nämlich 54 Prozent, dass mehr als die Hälfte des Landes bereits bebaut ist. Gerade einmal 13 Prozent tippten auf die richtige Antwort, dass es weniger als ein Viertel ist. Diese Ergebnisse sind kein Zufall, hatten doch die Stadtplaner den Engländer seit Kriegsende eingeredet, dass die Bautätigkeit streng zu kontrollieren und begrenzen ist. Die Engländer glaubten daher, dass Land auf ihrer Insel knapp geworden sei. Aber knapp gemacht hatten es tatsächlich nur die Stadtplaner selbst.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde auf diese Weise systematisch zu wenig gebaut. Waren es in den ersten Jahrzehnten noch teilweise deutlich mehr als 400.000 Einheiten, die pro Jahr fertiggestellt wurden, so werden mittlerweile knapp 200.000 Neubauten als großer Erfolg gefeiert. Da es aber immer kleinere Haushalte gibt, während die Bevölkerung älter wird und auch noch leicht wächst, reicht dies nicht aus, um den Bedarf zu befriedigen. Erst recht können keine Häuser abgerissen werden, selbst wenn sie halbverfallen sind: sie werden nämlich immer noch gebraucht. Die Regierungsberaterin Kate Barker kam zu dem Schluss, dass Häuser bei der gegenwärtigen Bautätigkeit 1.300 Jahre halten müssen, bis sie ersetzt werden können – bei der Bauqualität englischer Häuser sollte man es ihnen nicht unbedingt wünschen.

Aber die Katastrophe, die sich auf dem englischen Wohnungsmarkt abspielt, hat noch etliche weitere Folgen. Da sich viele Engländer geräumige Häuser kaum noch leisten können, werden die neugebauten Einheiten immer kleiner. Gerade einmal 76 Quadratmeter groß sind sie heute im Durchschnitt und damit die kleinsten Neubauten in der westlichen Welt. Doch mehr ist für den Normalengländer einfach nicht drin, denn die Hauspreise sind jenseits von Gut und Böse. Seit 1970 sind sie inflationsbereinigt um mehr als 400 Prozent gestiegen. Für kleine Altbauwohnungen in ganz gewöhnlichen Londoner Vororten muss man heute mit Preisen von über 300.000 Pfund rechnen. Selbst in der englischen Provinz werden für Durchschnittsimmobilien Preise bezahlt, die mit großen europäischen Metropolen mithalten können.

Und noch eine Folge hat Immobilienwahnsinn, denn die Qualität der wenigen Neubauten ist häufig unterirdisch schlecht. Eine unabhängige Regierungskommission kam kürzlich zu dem Schluss, dass die Qualität von über einem Drittel der Neubauten so miserabel ist, dass sie niemals hätten genehmigt werden dürfen. Aber selbst solche Häuser finden ihre Käufer, denn man hat auf dem Wohnungsmarkt praktisch keine Wahl und muss sich notgedrungen mit dem zufrieden geben, was gerade angeboten wird und dabei noch halbwegs erschwinglich ist. Kirstie und Phil von *Location Location Location* können davon ein Lied singen.

All dies wäre bereits unerfreulich genug, schließlich führt es dazu, dass sich normale Engländer kaum mehr die Art von Häusern leisten können, die ihre Eltern und Großeltern noch für selbstverständlich hielten. „An Englishman’s home is his castle“, hieß es früher einmal. Heute beschreibt Alan W. Evans, ein Regionalökonom an der Universität von Reading, das

englische Wohnraumangebot als „rabbit hutches on postage stamps“ – Kaninchenställe auf Briefmarken. Doch es kommt noch schlimmer, denn die hohen und ständig steigenden Hauspreise haben auch in der englischen Wirtschaft gewaltigen Schaden angerichtet, und das gleich in mehrfacher Hinsicht.

Die hohen Landpreise haben zum Beispiel dazu beigetragen, dass Unternehmen, die viel Land für ihre Fabriken benötigen, England verlassen haben. Sie gingen dorthin, wo es billiger war zu produzieren. Auch haben englische Unternehmen die Landpreise natürlich direkt an ihre Kunden weitergegeben. Das Ergebnis ist das hohe englische Preisniveau, über das sich die Briten gerne beklagen („rip-off Britain“). Bei internationalen Preisvergleichen stellt sich England immer wieder als das teuerste Pflaster weltweit heraus. Außerdem ist die englische Notenbank durch die hohen Preiszuwächse auf dem Immobilienmarkt gezwungen, die Zinsen höher zu halten als etwa auf dem Kontinent, um einer Überhitzung vorzubeugen. Hohe Zinsen sind aber Gift für den Rest der Volkswirtschaft, der damit weniger investieren kann. Die Stadtplanung dürfte somit ihren Teil dazu beigetragen haben, dass England sich immer weiter deindustrialisiert hat.

Schließlich haben die hohen Hauspreise auch einen dramatischen sozialen Effekt gehabt, denn die Engländer sind heute so hoch verschuldet wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Um sich Wohneigentum überhaupt noch leisten zu können, sind viele Hauskäufer gezwungen gewesen, immer höhere Hypotheken aufzunehmen, teilweise bei minimalem oder auch gar nicht vorhandenem Eigenkapital. Insgesamt beträgt die Verschuldung der englischen Haushalte heute 1,4 Billionen Pfund. Viele Hauskäufer hatten sich dabei auch deshalb hoch verschuldet, weil sie befürchteten, sich später überhaupt kein

Eigentum mehr leisten zu können, wenn sie zu lange warteten. Und hatten nicht die Hauspreissteigerungen der Vergangenheit gezeigt, dass der Wohnungskauf immer eine lohnende Investition ist?

Aber selbst Immobilienbesitzer, die ihre Hypotheken längst abbezahlt hatten, wurden durch die immer schneller steigenden Hauspreise zum Leichtsinn verführt. Sie fingen Ende der 1990er Jahre an, im großen Umfang Hypotheken auf ihre Häuser aufzunehmen, um mit dem freigewordenen Geld Autos, Elektronik und Fernreisen zu finanzieren – oder es in der Hoffnung auf noch höhere Preissteigerungen gleich wieder in andere Immobilien zu investieren. Manche Familien machten so mit den jährlichen Hauspreissteigerungen mehr Geld, als sie in ihren Hauptberufen verdienten. Die Wirtschaft wurde dabei von immer neuem Geld aus dem Wohnungsmarkt abhängig, so dass selbst stabile Hauspreise nunmehr zu einer ernsthaften Bedrohung für die Konjunktur geworden sind. Denn gleichbleibende Hauspreise bedeuten weniger Kredite, weniger Geld im Umlauf, weniger Privatkonsum und damit weniger Wirtschaftswachstum. Insgesamt verwandelte sich England so in den letzten Jahrzehnten in ein einziges, großes Casino. Man könnte auch sagen, dass der englische Wohnungsmarkt so zum größten Schneeballsystem aller Zeiten wurde. Schade nur, dass man sich trotz dieses angeblichen Immobilienreichtums kaum noch Wohneigentum leisten kann, das in Größe und Qualität mit den Immobilien auf dem Kontinent mithalten könnte.

All dies sind die unbeabsichtigten Folgen eines Stadtplanungssystems, das von den Sozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde, um ein bessere England zu bauen. Dieses System konnte in den letzten Jahrzehnten alle Regierungen unterschiedlichster Schattierungen überleben, denn

an seiner grundsätzlichen Notwendigkeit wurden öffentlich keine Zweifel mehr zugelassen. Außerdem fühlten sich die Engländer ja immer reicher, wenn die Hauspreise wieder einmal stiegen. Die ultimative Ironie war erreicht, als ausgerechnet unter Margaret Thatchers Regierung Fünfjahrespläne für den Wohnungsbau eingeführt wurden (während anderswo gerade kommunistische Planwirtschaften in sich zusammenfielen). Auch heute werden den einzelnen englischen Regionen Hausbauziele aus London zugewiesen, die diese dann in den kommenden Jahren zu erfüllen haben.

Die Sowjetunion mag zusammengebrochen sein, nur im englischen Stadtplanungswesen lebt ihr Geist bis heute fort. Aber wer hätte schon 1945 geglaubt, dass Premierminister Clement Attlee und sein Chefplaner Sir Patrick Abercrombie die Grundlage für die neue Gattung des Immobilienpornos geschaffen hatten?

Verschuldet, deindustrialisiert und an der Kapazitätsgrenze

England war einmal ein Land, das für seine Technik berühmt war. Es war das Land, dessen „Made in England“ zu einem weltweit anerkannten Gütezeichen geworden war. Es war ein Land des Fortschritts und des Optimismus. Ein Land, das der Welt zeigte, wie man Eisen- und U-Bahnen baut. Ein Land, das seiner Bevölkerung einen wachsenden Wohlstand und eine steigende Lebensqualität bieten konnte.

Wenn man dieses England aus den Geschichtsbüchern mit dem heutigen England vergleicht, dann sind kaum noch Ähnlichkeiten zwischen den beiden zu erkennen. Von den einst großen und traditionsreichen Marken der englischen Wirtschaft sind nicht mehr viele übrig geblieben, und um einige ist es

wahrscheinlich nicht einmal besonders schade. British Leyland zum Beispiel, der Produzent zu Recht vergessener Autos wie der Austin Princess oder der Triumph Dolomite, wurde in dem Moment vom Markt verdrängt, als die Japaner den Briten zeigten, dass man auch erschwingliche Wagen produzieren konnte, von denen bei etwas zügigerer Fahrt nicht direkt die Türen abfallen.

Die englische Wirtschaft, wie sie sich heute darstellt, ist vor allem von zwei Faktoren abhängig, nämlich von Finanzdienstleistungen und von künstlich aufgeblähten und immer weiter steigenden Immobilienpreisen. Ob dies aber genügt, um England eine nachhaltig positive Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen, darf bezweifelt werden. Hinzu kommen gravierende Problemen bei der Infrastruktur des Landes, die gerade auch im Vergleich mit den Wettbewerbern auf dem Kontinent heutigen Ansprüchen überhaupt nicht mehr gerecht wird.

Von diesen kaum zu leugnenden Problemfeldern abgesehen, ist die Wohnungssituation zu einer schweren Belastung der Lebensqualität in England geworden. Viele junge Engländer sind heute gezwungen, noch mit Anfang 30 bei ihren Eltern zu wohnen, denn eine eigene Wohnung können sie sich nicht mehr leisten. Auch hat es sich eingebürgert, dass selbst erfolgreiche „young professionals“ erst einmal einige Jahre in Wohngemeinschaften verbringen, bis es dann zur ersten eigenen Wohnung reicht. Wenn es dann soweit ist, sind hohe Schulden unvermeidlich, auch wenn dabei oft nur kleine Immobilien miserabler Qualität herkommen.

So darf man sich nicht darüber wundern, dass laut OECD kaum ein anderes Land so viele gut qualifizierte junge Leute an das Ausland verliert wie Großbritannien. Die Auswanderung

hat Rekordstände erreicht, denn in diesem England sehen die jungen Briten keine Zukunft mehr. Sie fliehen vor dem hohen Preisniveau, dem täglichen Verkehrschaos und den lächerlich hohen Hauspreisen und hoffen auf eine bessere Zukunft in Kanada, Amerika, Australien oder Neuseeland.

Kürzlich warb die Regierung des Bundesstaats Südaustralien in Londoner Zeitungen mit einer Serie von Anzeigen. Unter Überschriften wie ‚Screw working in Staines‘, ‚Stuff London traffic‘, ‚Sod London house prices‘ oder ‚Bugger it, I‘m off to Adelaide‘ konnten die Londoner lesen, was sie alles erwartet, wenn sie denn nach Südaustralien auswanderten, nämlich: „Fine weather, fine wine, fine houses, fine jobs, fine beaches and fine universities, fine weather, fine food, fine houses, oh, and did I mention fine weather and fine wine. Adelaide, South Australia. The world’s finest blend.“ Es scheint, als hätten sich die Probleme der englischen Lebensqualität inzwischen weit herumgesprochen, bis zum anderen Ende der Welt.

Kein Wunder, dass bei einer Umfrage unter den Lesern der Londoner *Times* nach dem größten Fehler der englischen Geschichte eine Antwort ganz weit vorne rangierte: Man habe seine Sträflinge nach Australien abgeschoben und sei selbst in England geblieben.

Enoch Powells Fluch

In den meisten Ländern gibt es politische Tabus, also Dinge, die man im öffentlichen Leben tunlichst nicht sagen sollte, wenn man auch weiterhin daran teilnehmen will. In Deutschland fallen in diese Kategorie Verharmlosungen des oder auch nur missverständliche Äußerungen über den Nationalsozialismus. Solche haben schon mehr als einmal prominente Politiker den Job gekostet.

Auch in England gibt es in der öffentlichen Debatte eine einfache Möglichkeit, sich mit einem einzigen Satz zum Paria zu machen. Der Satz lautet: „Enoch Powell was right.“

Die wenigsten Menschen jenseits des Ärmelkanals dürften jemals etwas von jenem Enoch Powell gehört haben, aber in England kennt ihn fast jeder, den 1998 verstorbenen früheren Spitzenpolitiker. Der Kolumnist des *Daily Telegraph* Simon Heffer hält ihn gar für den einflussreichsten Politiker der Nachkriegszeit.

Powell, 1912 in Birmingham geboren, war ein intellektuelles Ausnahmetalent. Bereits im Alter von 25 Jahren wurde er zum Professor für Griechisch an der Universität von Sydney berufen. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er in Afrika und begann nach Kriegsende seine politische Laufbahn in der Konservativen Partei. 1950 wurde er Abgeordneter des britischen Unterhauses, dem er bis 1987 angehören sollte.

In der Folgezeit bekleidete Powell eine ganze Reihe von Ämtern: Unter Premierminister Harold Macmillan war er

Finanzstaatssekretär und Gesundheitsminister, später in der Opposition verkehrs- und verteidigungspolitischer Sprecher seiner Partei. In keiner dieser Rollen schreckte er vor Kontroversen zurück, aber seine nachhaltige Berühmtheit bis zum heutigen Tag verdankt er einer Rede, die er vor seinem Ortsverein in Birmingham im April 1968 hielt. Genau genommen sprach er am 20. April, Hitlers Geburtstag, was Powell, wie er später beteuerte, damals gar nicht bewusst war, der Rede jedoch zusätzlichen Zündstoff verlieh.

Powells Rede begann vergleichsweise harmlos. „Die wichtigste Aufgabe der Staatskunst“, sagte er, „besteht in der Vermeidung zukünftiger Gefahren. Aber indem man dieses versucht, begegnet man Hindernissen, die tief in der menschlichen Natur verwurzelt sind. ... Vor allem neigen die Menschen dazu, das Vorhersagen von Problemen mit dem Verursachen oder gar dem Herbeisehnen von Problemen zu verwechseln. Sie denken gerne, wenn man doch nur nicht davon redete, dann würde es wahrscheinlich auch nicht passieren.“

Powell jedoch, ein Meister der Provokation und Polemik, dachte gar nicht daran, irgendetwas schweigend unter den Teppich zu kehren und wandte sich dem eigentlichen Thema seiner Ansprache zu, der britischen Einwanderungs- und Integrationspolitik. Und er tat dies, durchaus geschickt, indem er die Menschen aus seinem Wahlkreis zitierte, mit denen er zu tun hatte. Da sei der Industriearbeiter der ihm vor einigen Wochen gesagt habe, wenn er nur genug Geld hätte, dann würde er das Land verlassen und auch seinen drei Kindern die Ausreise bezahlen. Der Grund: In fünfzehn oder zwanzig Jahren würden die Weißen in England unter der Herrschaft der Schwarzen leben, so der Arbeiter („In this country in 15 or 20

years' time the black man will have the whip hand over the white man.“).

Natürlich war Powell bewusst, dass er sich mit der Wiedergabe dieser Äußerung auf vermintes Gebiet begeben würde. Aber, so stellte er fest, als Abgeordneter habe er die Pflicht, die Sorgen der von ihm vertretenen Bürger ernst zu nehmen. Vor allem aber seien solche Stimmen immer häufiger zu vernehmen. Er habe Hunderte von Briefen erhalten, in denen das Gefühl ausgedrückt werde, im eigenen Land zu einer „verfolgten Minderheit“ geworden zu sein.

Um die Gefahr einer fortschreitenden Segregation zu verdeutlichen, zog er die Vorhersagen der Regierung über die damals erwartete Bevölkerungsentwicklung heran. Bis zur Jahrtausendwende dürften demnach zwischen fünf und sieben Millionen Migranten in Großbritannien leben, die sich jedoch nicht gleichmäßig über das Land verteilen, sondern in bestimmten Städten und Stadtteilen konzentrieren würden. Das Problem, das er, Powell, jedoch sehe, bestehe darin, dass dadurch die Neigung und Bereitschaft zur Integration in die englische Gesellschaft abnehmen würde. Wörtlich sagte er: „Wir sehen nun das Anwachsen von Kräften gegen die Integration, von Interessengruppen zur Bewahrung und Verschärfung rassistischer und religiöser Unterschiede mit dem Ziel einer faktischen Dominanz zunächst über die Mitimmigranten und später über den Rest der Bevölkerung.“

Aus dieser Gefahrenanalyse einer durch unkontrollierte Einwanderung gescheiterten Integration leitete Powell die Forderung ab, den Zuzug von Ausländern zu begrenzen. Sollte dies nicht gelingen, sah er in Anlehnung an den römischen Schriftsteller Virgil „den Tiber von Blut schäumen“ („As I look

ahead, I am filled with foreboding; like the Roman, I seem to see „the River Tiber foaming with much blood“.“).

Man kann sich den Aufschrei der Empörung vorstellen, den Enoch Powells Rede damals auslöste. Offener Rassismus und blanker Fremdenhass wurden ihm vorgeworfen. Der damalige Oppositionsführer Ted Heath zögerte keinen Moment und entließ Enoch Powell aus dem Schattenkabinett. Seinen Parlamentssitz behielt er jedoch, und nicht nur das: Bei der nächsten Unterhauswahl konnte er seinen Stimmenanteil sogar weiter erhöhen. Das, was er in seiner Rede gesagt hatte, fand offensichtlich weite Zustimmung in der Bevölkerung. Einer damaligen Umfrage zufolge stimmten knapp drei Viertel dem Inhalt seiner Rede zu.

Powell blieb noch beinahe zwei Jahrzehnte lang Abgeordneter des britischen Parlaments, auch wenn er nie wieder ein öffentliches Amt oder auch nur ein Parteiamt bekleidete. Eine einzige Rede hatte seine politische Karriere beendet.

Dabei ist es höchst strittig, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, Enoch Powell einen Rassisten zu nennen. Hatte er nicht selbst, wie *Telegraph*-Kolumnist und Powell-Biograph Simon Heffer in Erinnerung ruft, sich für die kenianischen Mau Mau-Häftlinge eingesetzt? Hatte er nicht davon geträumt, einmal Vizekönig von Indien zu werden und dafür sogar Urdu bis zur Perfektion gelernt? War es nicht derselbe Enoch Powell, der als Gesundheitsminister Krankenschwestern und Ärzte im großen Stil aus der Karibik angeworben hatte?

Nein, ein Rassist war dieser Enoch Powell wohl nach allem, was man von ihm weiß, nicht. Aber was man ihm sehr wohl vorwerfen konnte, war seine Sprache. Ted Heath erklärte seinerzeit denn auch: „Der Grund, warum ich Mr. Powell aus

dem Schattenkabinett entlassen habe, waren nicht seine politischen Ansichten, sondern die Art und Weise, wie er sie geäußert hat.“ Auch der Kommentarchef der *Times*, Daniel Finkelstein, teilte diese Einschätzung vierzig Jahre nach der „*Rivers of Blood Speech*“. Er schrieb: „Dies war wohl kaum eine nüchterne oder verantwortungsvolle Art, über diese sensiblen Angelegenheiten zu sprechen.“ Glücklicherweise waren Powells Worte in der Tat nicht. Zu entschuldigen wären sie höchstens durch den Umstand, dass sich der Altphilologe Powell in seiner Analogie mit dem Ende des römischen Reiches verloren hatte und nicht mehr merkte, wo er den Bogen zu weit spannte. Die Themse ist eben nicht der Tiber, und Enoch Powell hätte besser nicht Virgil sein wollen.

Enoch Powells politische Karriere war mit dieser Rede zwar im Prinzip zu Ende, aber das wäre für England wohl noch verkraftbar gewesen. Es war übrigens Enoch Powell selbst, der einmal bemerkte, dass alle politischen Karrieren, wenn sie denn nicht durch einen glücklichen Zufall beendet werden, mit dem Scheitern enden. Aber die eigentliche Tragik an Powells Rede bestand darin, dass sie es über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte unmöglich machte, in England über die Themen Einwanderung und Integration offen zu diskutieren. Über allem schwebte die Episode der „*Rivers of Blood Speech*“ mit ihren vollkommen gegensätzlichen Schlussfolgerungen. Während die einen sich nämlich nur noch hinter vorgehaltener Hand trauten, „Enoch was right“ zu flüstern, verurteilten die anderen jede einwanderungskritische Bemerkung als Rassismus nach Art eines Enoch Powell. In gewisser Weise hatte Enoch Powell, der mit seiner Rede eine große gesellschaftliche Debatte entfachen wollte, diese damit für eine lange Zeit beendet. Es war ein Klima angebrochen, in dem das offene Ansprechen des Themas

der Einwanderungspolitik nur noch der nationalistischen Rechten wie der rechtsextremen *British National Party* vorbehalten war. Aber Politiker und Journalisten, die weiter zur respektablen Mitte der Gesellschaft gezählt werden wollten, taten gut daran, um dieses Minenfeld einen weiten Bogen zu machen. Man wollte schließlich nicht das Schicksal eines Enoch Powell erleiden.

So mangelte es England über lange Zeit an einer ehrlichen Bestandsaufnahme zur Immigration, auch wenn alleine die Ausmaße, die diese angenommen hatte, dies geboten hätte. Erst in den letzten Jahren wurden zaghafte Bemühungen unternommen, das Thema wieder auf die politische Agenda zu bringen. Aber nach wie vor stellt sich der Dialog darüber als schwierig dar. Als Oppositionsführer William Hague im Wahlkampf des Jahres 2001 über Einwanderung zu sprechen begann, da wurde ihm vorgeworfen, er würde mit fremdenfeindlichen Argumenten spielen. Selbst die Anhänger seiner eigenen Partei waren nicht bereit, ihm in diesem Punkt zu folgen. Wahlkampfzeiten sind sowieso selten die beste Gelegenheit, über solche Themen zu diskutieren.

Auch der *Times*-Journalist Anthony Browne musste ein Jahr später die Erfahrung machen, dass Einwanderung ein Tabuthema geworden war. Nachdem er für seine Zeitung einige Artikel geschrieben hatte, in denen er die Frage stellte, ob es vielleicht ökonomische und soziale Argumente gegen Masseneinwanderung gibt, wurde er vom damaligen Innenminister David Blunkett im Parlament beschimpft und verunglimpft. Brownes Äußerungen, so Blunkett, grenzten an Faschismus.

Bereits die Erwähnung des Namens Enoch Powell führt immer wieder zu Kontroversen. Das musste der konservative Parlamentskandidat und frühere Chefredakteur der *Birmingham*

Post Nigel Hastilow im Jahr 2007 erfahren. Beinahe vier Jahrzehnte nach Powells Rede schrieb er in einem Zeitungsbeitrag, dass Powell vorhergesagt habe, dass Einwanderung das Land unwiderruflich verändern werde. Enoch Powell habe Recht behalten, denn das Land habe sich seitdem dramatisch verändert. Diese Feststellung allein war Grund genug für die konservative Parteiführung, Nigel Hastilow als Parlamentskandidaten abzusetzen. Die anderen Parteien waren schnell dabei, Hastilows Äußerungen zu verurteilen. Sie zeigten deutlich, welche rassistische Ressentiments bei den Konservativen herrschten.

Wenn man aber einmal die zugegebenermaßen aufrührerische Rhetorik aus Enoch Powells Rede für einen Moment ausblendet, ist es dann wirklich so abwegig, ihm doch in manchen Punkten Recht zu geben? Zum einen sagte er voraus, dass bis zum Jahr 2000 die Zahl der Einwanderer und ihrer Nachkommen bei fünf bis sieben Millionen liegen werde. Vergleicht man die Ergebnisse der britischen Volkszählung von 2001 mit dieser Vorhersage, dann lag Powell damit genau richtig, denn es waren insgesamt 5,6 Millionen Menschen, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. 4,6 Millionen Einwohner Großbritanniens gehörten zu ethnischen Minderheiten. In diesem Punkt hatte Enoch Powell somit Recht behalten.

Enoch Powell sagte in seiner Rede ferner voraus, dass die Einwanderer sich nicht gleichmäßig über das ganze Land verteilen werden, sondern sich in bestimmten Städten besonders ballen würden. Auch dies ist eingetreten. Einer Untersuchung der Universität Manchester zufolge wird Leicester in wenigen Jahren die erste britische Stadt werden, in der es eine weiße Bevölkerungsminderheit gibt. Bereits heute haben 35 englische

Städte zumindest einen Stadtteil mit einer nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit. Auch in dieser Hinsicht lag Powell mit seiner Einschätzung also nicht falsch.

Schließlich warnte Powell in seiner Rede vor den Spannungen, die sich durch eine mangelnde Integration der Einwanderer ergeben würden. Durch ihre große Zahl nehme der Druck ab, sich der englischen Aufnahmegesellschaft anzupassen. Zunehmende Segregation werde die Folge davon sein, und auch Gewalt werde dadurch möglich.

Ob Enoch Powell auch mit dieser Vorhersage richtig lag, ist nicht ohne Weiteres zu beantworten. Auf der einen Seite könnte man nämlich sehr wohl argumentieren, dass im heutigen England – und insbesondere in London – Menschen unterschiedlichster Herkunft, Nationalität und Religionszugehörigkeit überwiegend friedlich nebeneinander leben. Ob sie tatsächlich auch miteinander leben, das ist eine andere Frage. Aber dass es im Zusammenleben der verschiedenen Gruppen in jüngster Vergangenheit zunehmend zu Spannungen gekommen ist, das werden selbst die entschiedensten Befürworter einer wenig restriktiven Einwanderungspolitik kaum bestreiten. Die Attentäter, die am 7. Juli 2005 Anschläge auf den Londoner Nahverkehr verübten, kamen schließlich nicht aus dem Ausland, sondern waren als Einwanderer der zweiten Generation in England aufgewachsen. Dennoch versuchten sie in ihrem Hass auf die Gesellschaft, mit den selbstgebauten Bomben so viele ihrer Mitbürger wie möglich zu töten. Wenn es noch eines Beweises bedurft hatte, dass es in der englischen Integrationspolitik Versäumnisse zu beklagen gibt, dann war er damit erbracht.

Ohne die terroristische Gewalt entschuldigen, geschweige denn rechtfertigen zu wollen, muss dabei allerdings auch die

Frage erlaubt sein, ob es nicht Versäumnisse der englischen Gesellschaft beim Umgang mit ihren Einwanderern gegeben hat, die diese Gewalttat begünstigt haben. Wenn man sich die britische Einwanderungs- und Integrationspolitik der Nachkriegszeit ansieht, dann wird man nämlich zu dem Schluss kommen müssen, dass es ihr über lange Zeit – und eigentlich bis heute – an einem tragfähigen Konzept und einem Leitbild fehlte.

Einwanderungswellen hatte es in der englischen Geschichte schon immer gegeben. Ob Römer, Dänen oder Normannen: sie alle hatten in England ihre Spuren hinterlassen. Auch nach der Einnahme Englands durch Wilhelm den Eroberer in der Schlacht von Hastings des Jahres 1066 gab es immer wieder größere Einwanderergruppen, die sich in England niederließen. Am Ende des 17. Jahrhunderts nahm das Land an die 50.000 Hugenotten auf, die in Frankreich verfolgt wurden, und zwischen dem 16. bis zum 20. Jahrhundert kamen etwa 150.000 Juden nach England. Aber obwohl dies für die damaligen Zeiten durchaus signifikante Größenordnungen waren, so unterschieden sich die früheren Einwanderungswellen doch in mehreren Punkten deutlich von jenen, die England nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte. Zum einen kamen frühere Einwanderer vor allem aus dem europäischen Kulturraum, zum anderen war Einwanderung aber auch nicht der entscheidende Treiber des englischen Bevölkerungswachstums. Damit stand England etwa im Gegensatz zu klassischen Einwanderungsländern wie den Vereinigten Staaten oder Australien, die sich durch Einwanderung erst bevölkert haben. Die ethnische Zusammensetzung Englands war 1945 jedoch fast dieselbe wie jene im England des späten Mittelalters.

Dies sollte sich dramatisch nach dem Zweiten Weltkrieg ändern, als das Vereinigte Königreich seine Einwanderungspolitik quasi über Nacht radikal neu ausrichtete. Es war es ein Gesetz der Labour-Regierung unter Clement Attlee, das dafür verantwortlich war, nämlich der *British Nationality Act* von 1948. Er bestimmte, dass fortan alle Staatsangehörigen des Commonwealth das Recht hatten, sich im Vereinigten Königreich niederzulassen – an die 800 Millionen Menschen. Doch hielt man dies nur für eine theoretische Möglichkeit, denn zum einen waren die Mitgliedsstaaten des Commonwealth weit entfernt und Reisen teuer; zum anderen glaubte man, dass kaum jemand freiwillig in ein England ziehen wollte, das immer noch mit den Folgen des Krieges zu kämpfen hatte.

Es sollte ganz anders kommen als erwartet. In den ersten Jahren nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes waren es in der Tat nur einige Tausend Einwanderer pro Jahr, die den Weg nach England fanden. Aber bis 1958 lebten in Großbritannien bereits 210.000 Commonwealth-Angehörige. Über die Hälfte von ihnen (115.000) kamen aus der Karibik, 55.000 waren Inder oder Pakistaner, 25.000 Afrikaner und ungefähr 10.000 stammten aus Zypern. Der bei weitem größte Teil der Einwanderer siedelte sich übrigens in England an und nicht in den anderen Landesteilen Wales, Schottland und Nordirland. Dabei ist es bis heute geblieben. Die britische Einwanderung ist fast ausschließlich eine Einwanderung nach England.

Für England war dies eine Entwicklung, wie es sie zuvor nie erlebt hatte, und das Tempo der Immigration beschleunigte sich weiter. Allein 1961 kamen über 130.000 Einwanderer nach Großbritannien. Die Tür, die mit dem Gesetz von 1948 weit aufgerissen worden war, versuchte man zwar nun eilig wieder zu schließen. Aber dies gelang nur mit mäßigem Erfolg. Die

Einwanderung ging weiter, wenn auch leicht reduziert. In den 1960er und 1970er Jahren kamen so jährlich etwas mehr als 70.000 Menschen in England an. Die meisten von ihnen stammten wiederum aus den anderen Commonwealth-Ländern. Auch wenn sich der weitere Zuzug in den 1980er und 1990er Jahren vorübergehend etwas abschwächte, so erreichte er unter den Labour-Regierungen unter Tony Blair und Gordon Brown neue Höchststände. Allein 2007 fanden so 710.000 Migranten den Weg ins Vereinigte Königreich – 2.000 pro Woche. Abzüglich der Auswanderer blieb damit immer noch ein Bevölkerungszuwachs von deutlich über 200.000 Personen in einem Jahr.

Doch all diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, und zwar vor allem aus zwei Gründen. Erstens enthalten die Statistiken selbstverständlich nicht die illegalen Einwanderer, und zweitens hat es sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass die amtlichen Einwanderungsstatistiken nicht besonders zuverlässig sind. So musste die Regierung kürzlich ihre eigene Schätzung zur Zahl der Einwanderer innerhalb von 24 Stunden gleich zweimal um insgesamt nicht weniger als 700.000 nach oben korrigieren. Noch schlechter als beim Zählen der Einwanderer ist die Regierung nur bei der Vorhersage zukünftiger Einwanderung. Als Polen der Europäischen Union beitrug, war das Vereinigte Königreich eines der wenigen Länder, das seinen Arbeitsmarkt für die Neu-EU-Bürger vollständig öffnete. Man erwartete offiziell eine polnische Einwanderung im unteren fünfstelligen Bereich. Tatsächlich dürften es aber fast eine Million Polen gewesen sein, die den Weg über den Ärmelkanal gefunden haben. Sie werden dort übrigens als hochmotivierte und gut ausgebildete Handwerker sehr geschätzt. Gerade in London wünscht man sich

inzwischen, dass man an einen polnischen Klempner gerät, wenn die Heizung nicht funktioniert oder der Wasserhahn tropft.

Irritation über die eigene Identität

Obwohl die Zahlen ein wichtiger Teil der britischen Einwanderungsdebatte sind, so ist dies doch noch nicht einmal der entscheidende Aspekt. Wichtiger als die nackten Statistiken sind in der öffentlichen Wahrnehmung wohl eher die kulturellen und sozialen Veränderungen, die sich durch die Anwesenheit großer Gruppen von Einwanderern ergeben haben. Die Herausforderung, die daraus folgt, ist aber lange – Enoch Powell sei Dank – nicht thematisiert worden. Stattdessen gab man sich der Fiktion hin, dass sich Inder, Pakistaner, Chinesen, Afrikaner und Westinder schon irgendwie von selbst in die britische Gesellschaft einfügen würden. Doch dies war ein folgenschwerer Irrtum.

Die Irritation über die kulturellen Folgen der Einwanderung beginnt mit winzigen Kleinigkeiten. Wenn man etwa das Rathaus von Hammersmith aufsucht, so wird man auf einer Tafel in nicht weniger als sechzehn Sprachen willkommen heißen, von denen neun nicht einmal das lateinische Alphabet benutzen. Auch sind englische Kommunalverwaltungen dazu übergegangen, Dokumente und Broschüren in Dutzenden von Sprachen verfügbar zu machen. „Sie sprechen Suaheli und verstehen die Piktogramme auf den Recycling-Containern nicht? Please don't hesitate to contact us.“ Der Übersetzungsdienst englischer Behörden kann wahrscheinlich längst mit jenem der Vereinten Nationen mithalten. Aber von den Kosten einmal abgesehen, die dadurch verursacht werden, die Finessen

der englischen Kommunalbesteuerung in Hindi, Arabisch und Bantu zu erläutern, so ist es doch vor allem ein Signal an die Einwanderergruppen: „Wenn Ihr Englisch sprechen wollt, schön und gut, aber zwingend notwendig ist das nicht – und wir verlangen es von Euch auch gar nicht.“

Während von den Einwanderern offenbar nicht einmal ein Mindestmaß an Integrationsbereitschaft erwartet wird, so sind die Erwartungen an die Mehrheitsbevölkerung hingegen sogar gesetzlich sanktioniert. Keine Form der wie auch immer gearteten Diskriminierung ist erlaubt, und darüber wachen die strengsten und ältesten Antidiskriminierungsgesetze Europas. Schon seit 1965 ist die Anstachelung zum Rassenhass eine Straftat nach dem *Race Relations Act*. Gleichzeitig wurde damit jede Form der Diskriminierung auf öffentlichen Plätzen verboten. Einige Jahre später, im *Race Relations Act* von 1976, wurde dann auch jede Diskriminierung im privaten Bereich untersagt. Ob es um das Vermieten einer Wohnung ging oder um einen Arbeitsvertrag: nirgendwo sollte nach dem Willen des Gesetzgebers zwischen Angehörigen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen unterschieden werden.

Später wurde das Gesetz derart verschärft, dass nicht nur keine Unterschiede gemacht werden durften, sondern im Gegenteil öffentliche Einrichtungen Anstrengungen unternehmen müssen, um die sogenannte „Diversität“ zu fördern. Wobei dies natürlich das Gegenteil einer Politik der nichtvorhandenen Unterscheidung ist, denn hier wird sehr wohl unterschieden, nur eben systematisch zugunsten der Bevölkerungsminderheit.

Dass so eine Politik kaum geeignet ist, in der Mehrheitsbevölkerung Begeisterungstürme auszulösen, ist kaum verwunderlich. Besonders dann nicht, wenn die Medien immer

wieder von Fällen positiver Diskriminierung berichten, die nur noch absurd genannt werden können.

Da ist zum Beispiel das kleine Städtchen Corby im Norden von Northamptonshire, etwa hundert Kilometer nördlich von London, und dort hat man ein ethnisches Problem: Corby ist nämlich zu weiß und zu britisch. 98,3 Prozent der Einwohner sind Weiße, und auch die knapp zwanzig Prozent Schotten unter der weißen Bevölkerung sorgen nicht für das richtige Multikultifeeling. Der mangelnde Migrationshintergrund sollte Corby zum Verhängnis werden, denn die staatliche Gefängnisbehörde kündigte an, 80 ihrer Mitarbeiter von Corby nach Leicester zu verlegen. Damit sollte es möglich werden, auch nicht-weiße Mitarbeiter für die Behörde zu rekrutieren, verlautete aus dem Innenministerium. Man glaubte dort anscheinend, Nicht-Weißen eine Stadt wie Corby als Arbeitsort nicht zumuten zu können. Doch nach einem Aufschrei der örtlichen Bevölkerung über diese Begründung, die letztlich nur den Empfehlungen einer Studie des Arbeitsministeriums folgte, ruderte man schnell zurück und versuchte, die Entscheidung für den Umzug nach Leicester mit anderen Argumenten zu retten. Leicester habe schließlich auch eine bessere Infrastruktur, das jetzige Gebäude der Behörde in Corby stehe einem Stadterneuerungsprojekt im Weg und so weiter. Die Möglichkeit, mehr nicht-weiße Mitarbeiter einzustellen, sei demgegenüber nur "sekundär", sagte ein Sprecher der Gefängnisbehörde – aber war damit doch immer noch ein Argument, das für Leicester und gegen Corby sprach. Die Grenzen zwischen den Bemühungen um Nichtdiskriminierung und Diversitätsförderung einerseits und reinem britischen Selbsthass sind fließend. Wie sonst könnte man erklären, dass die Tatsache,

überwiegend weiß und britisch zu sein, inzwischen gegen eine Stadt zu sprechen scheint?

Auch der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone ist bekannt dafür, dass er Fälle mangelnder Diversität zur Chefsache erklärt. Als er feststellte, dass nur fünf Prozent der Londoner Taxifahrer einer ethnischen Minderheiten angehörten, legte er schnell ein Förderprogramm auf, um für einen höheren Diversitätsgrad in den berühmten schwarzen Taxis zu sorgen. Die Kosten dafür trägt selbstverständlich der Londoner Steuerzahler, dem es im Zweifelsfall herzlich egal sein dürfte, von wem er durch die Stadt gefahren wird.

Dass es noch ein eine Spur absurder geht, musste die 18-jährige Abigail Howarth erfahren. Sie hatte eine Stellenanzeige der der Umweltbehörde von Bedfordshire gesehen, in der darauf hingewiesen wurde, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgefordert sind, sich zu bewerben, da sie unter den Beschäftigten der Umweltbehörde unterrepräsentiert seien. Unter anderem würde man sich freuen, von Asiaten, Indern, Afrikanern, Walisern, Schotten und Nordiren zu hören - von weißen Engländern wie Ms. Howarth war hingegen keine Rede. Sie erkundigte sich daraufhin, ob sie überhaupt eine Chance in dem Bewerbungsverfahren hätte, und wurde belehrt, dass die Stelle in der Tat nur für ethnische Minderheiten ausgeschrieben sei. Mit ihrer Hautfarbe hätte dies aber nichts zu tun, denn weiße Waliser, Schotten und Nordiren hätten sich schließlich als Angehörige „ethnischer Minderheiten“ bewerben können.

Die Praxis der positiven Diskriminierung ist in England sowohl für die Mehrheitsbevölkerung als auch für die Einwanderer letztlich ein Ärgernis. Während den weißen Engländern nämlich suggeriert wird, dass sie plötzlich nur noch Bürger zweiter Klasse sind, da sie sich (noch) in der Mehrheit

in ihrem Land befinden, wird keine Gelegenheit ausgelassen, die ethnischen Minderheiten daran zu erinnern, dass sie dann doch nicht ganz dazu gehören. Denn wenn sie so gut integriert und akzeptiert wären, wozu bräuchte es dann die ständigen Vorzugsbehandlungen? Als in England geborener „Inder“ oder „Pakistaner“ kann man so zwar dieselben Schulen besuchen und auf dieselben Universitäten gehen wie weiße Engländer, aber spätestens wenn es daran geht, einen Arbeitsplatz zu finden, wird man wieder in eine ethnische Schublade gesteckt. So schafft es die englische „Integrations“-Praxis, in beiden Gruppen Unzufriedenheit auszulösen, wenn auch natürlich mit den besten Vorsätzen.

Das grundlegende Problem besteht jedoch darin, dass es keine Vorstellung davon gibt, wie eine gelungene Integration überhaupt aussehen könnte. Reicht es aus, wenn indische Busfahrer und Polizisten im Dienst einen Turban tragen dürfen? Müssen Einwanderer die Sprache beherrschen oder soll man ihnen wie bisher durch offizielle Übersetzungen entgegenkommen? Sollen englische Gesetze für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen gelten oder muss es Sonderrechte für einzelne Ethnien und Religionen geben? Und wie tolerant kann England gegenüber jenen Einwanderern sein, die mit dem urenglischen Konzept der Toleranz nichts anzufangen wissen? Das sind die Fragen, die in England bis heute nicht beantwortet sind.

Zum Teil liegt dies daran, dass die Engländer nicht wissen, was sie sind und was sie sein wollen. Demgegenüber haben die Angehörigen der Minderheiten häufig ein viel klarer definiertes Selbstbewusstsein und deutlich geringere Probleme, ihre eigene Identität zu definieren. Gerade dadurch, dass sich die Aufnahmegesellschaft als unfähig oder unwillig erweist, ihnen

ein ähnlich klar entwickeltes Selbstbild entgegenzuhalten, wird die Integration umso unattraktiver. Wer will schon einer Gruppe beitreten, die nicht weiß, was sie will?

Die Verwirrung um die englische und britische Identität ist dabei mit Händen zu greifen und sie zeigt sich zum Beispiel in der Unsicherheit, mit nationalen Traditionen umzugehen. Das englische Weihnachtsfest war zum Beispiel einmal mit *Christmas Carols*, Krippenspielen und der Weihnachtsansprache der Queen verbunden. Auch schickte man sich Weihnachtsgrußkarten und dekorierte die Straßen mit festlicher Beleuchtung.

Doch von all diesen Traditionen ist man in den letzten Jahren immer mehr abgerückt. Umfragen zufolge verzichten drei Viertel aller britischen Arbeitgeber inzwischen auf Weihnachtsschmuck in ihren Büros, weil sie ihren nicht-christlichen Angestellten nicht zu nahe treten wollen. Der Fernsehsender *Channel 4* ließ seine „alternative Weihnachtsansprache“ von einer vollverschleierte Muslimin sprechen. An einer Grundschule im südenglischen Bournemouth wurden die Kinder nur zu einer „Winterparty“ eingeladen, denn Weihnachten mochte man den Migrantenkindern nicht zumuten, während in Birmingham das gesamte ehemalige Weihnachtsprogramm nur noch unter der Überschrift „Winterval“ läuft. Dass auf Weihnachtskarten inzwischen keine christlichen Motive mehr abgebildet werden und man sich auch nicht mehr „frohe Weihnachten“, sondern eine „frohe Jahreszeit“ wünscht, rundet das Bild von den verschwundenen englischen Weihnachten ab.

Da darf man sich nicht wundern, dass aus einer der Labour-Regierung nahestehenden Denkfabrik Überlegungen bekannt wurden, man könnte doch Weihnachten in Zukunft am besten fast ganz abschaffen. Andere Religionen hätten schließlich auch

Feste zu feiern, und das christliche Weihnachtsfest dominiere den Kalender viel zu sehr. Die Proteste gegen diese Überlegungen waren aber dann doch zu laut – und niemand war in der Verurteilung dieser Gedankenspiele schärfer als Sayeeda Warsi, die konservative Sprecherin für Integrationspolitik, selbst eine Muslimin. Man könne doch nicht für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen, indem man die Geschichte und Tradition des Landes verneine, in dem das Christentum eine entscheidende Rolle gespielt habe und weiter spiele, sagte sie.

Doch nicht nur mit der christlichen Tradition hat das heutige England mittlerweile ein Problem, sondern auch mit ganz profanen Bräuchen. Da sind zum Beispiel die berühmten Promenadenkonzerte, die alljährlich von der BBC veranstaltet werden. Die „Proms“ enden dabei stets mit einem Abschlusskonzert in der Londoner Royal Albert Hall, der berühmten „Last Night of the Proms“. Da werden *Union Jacks* geschwenkt und Edward Elgars berühmter „Pomp and Circumstance March“ gespielt, um das „Land of Hope and Glory“ zu feiern, wie es in der inoffiziellen britischen Nationalhymne heißt. Aber selbst damit haben die Vertreter der links-liberalen Intelligentsia offenbar Probleme. Die Kultusministerin Margaret Hodge jedenfalls monierte kürzlich, dass die „Proms“ nicht „inklusiv“ genug wären, weil sich Menschen mit Migrationshintergründen darin nicht wiederfinden könnten. Man fragt sich, was sich Mrs. Hodge wohl anstelle der „Proms“ wünschen würde: ein Festival mit Weltmusik? Afrikanische Trommler, die indischen Sitar-Spieler begleiten? Dabei hätte es Mrs. Hodge sogar auffallen müssen, dass die „Proms“ längst zu einem Ereignis geworden sind, das nicht nur von Angehörigen ethnischer Minderheiten besucht wird, sondern auch zahlreiche Touristen nach London

lockt. Sie alle fühlen sich durch britischen Patriotismus augenscheinlich nicht marginalisiert oder belästigt.

Ein noch radikalerer Vorschlag, wie mit Identität und Integration im heutigen Großbritannien zu verfahren sei, kam ausgerechnet aus der anglikanischen Kirche. Deren geistliches Oberhaupt, der Erzbischof von Canterbury Dr. Rowan Williams, schlug in einem Radiointerview und später auch in einer längeren Rede vor, dass neben dem englischen Recht auch weitere Rechtsordnungen in Großbritannien zur Anwendung kommen sollten. Die Briten, so sagte er, müssten sich endlich daran gewöhnen, dass manche ihrer Mitbürger mit dem englischen Recht nichts anzufangen wüssten. Das Prinzip „Ein Recht für alle“ sei „a bit of a danger“, so der Erzbischof wörtlich. Überhaupt wäre die Einführung islamischen Rechts „nicht nur unvermeidlich, sondern sogar auch wünschenswert“. Zwar lösten diese Äußerungen große Proteste aus, und auch Rücktrittsforderungen an die Adresse des Erzbischofs waren zu vernehmen. Aber dabei wurde übersehen, dass Dr. Williams nur etwas forderte, was in England schon heute teilweise praktiziert wird. Tatsächlich gibt es nämlich bereits Regelungen etwa im Sozialrecht, nach denen mit mehreren Frauen verheiratete muslimische Männer für alle ihre Frauen Sozialleistungen beziehen können. Die Polygamie ist damit grundsätzlich anerkannt. Auch wird es muslimischen Frauen zugestanden, sich in der Öffentlichkeit und selbst vor Gericht voll zu verschleiern. Ein Richter, der sich weigerte, einen Fall zu entscheiden, weil er die Identität der verschleierten Angeklagten nicht zweifelsfrei bestimmen konnte, wurde seines Amtes enthoben.

All diese Episoden aus der englischen Integrationswirklichkeit zeigen deutlich auf, dass es an der Bereitschaft fehlt, klare Maßstäbe für das Zusammenleben in Großbritannien

zu definieren und diese dann auch durchzusetzen. Im Gegenzug kann dabei festgestellt werden, dass sich Teile insbesondere der muslimischen Minderheit radikalieren und sich immer weniger als Teil der englischen Gesellschaft verstehen. Der Fernsehsender *Channel 4* veröffentlichte zum Beispiel die Ergebnisse einer Umfrage unter britischen Muslimen. Daraus ging hervor, dass ein knappes Viertel glaubte, die Londoner Anschläge vom 7. Juli 2005 seien ein Komplott der britischen Regierung gewesen, um Stimmung gegen Muslime in Großbritannien zu machen. Der *Sunday Telegraph* wiederum ermittelte in einer weiteren Befragung, dass sich 40 Prozent der britischen Muslime die Einführung der Scharia in überwiegend muslimischen Teilen Großbritanniens wünschten, während dies von 41 Prozent abgelehnt wurde. Die Entfremdung zwischen britischen Muslimen und dem Rest der Gesellschaft zeigte sich auch in weiteren Umfragen, von denen die Londoner *Times* berichtete: Demzufolge vertrauten 68 Prozent der Muslime bei der Berichterstattung über den Nahen Osten englischsprachigen Fernsehprogrammen für Muslime, aber nur 58 Prozent vertrauten der BBC. Doch das vielleicht schockierendste Ergebnis: Selbstmordanschläge in Großbritannien wurden von immerhin 7 Prozent der britischen Muslime befürwortet. Die Vorstellung, dass in England mittlerweile Zehntausende Menschen leben, die bereit sind, ihre Mitbürger zu ermorden, überträfe wahrscheinlich selbst die schlimmsten Befürchtungen eines Enoch Powell. Angesichts eines solchen Meinungsbildes kann man die Integration der muslimischen Minderheit in Großbritannien wohl kaum als geglückt bezeichnen.

Das Scheitern der englischen Integrationspolitik hat mehrere Gründe, die miteinander verbunden sind. Da ist zum einen das Versagen der Politik, die Einwanderungspolitik zu

steuern und zu gestalten. Rückblickend ist kaum ein Konzept zu erkennen, mit dem die Zuwanderung nach Großbritannien jemals effektiv gelenkt worden wäre. Zweitens war auch noch keine Regierung willens und in der Lage, mit der Bevölkerung in einen Dialog über das wünschenswerte Ausmaß, die Vor- und Nachteile der Immigration zu treten. Spätestens nach Enoch Powells Rede von 1968 war das Thema tabuisiert und blieb es über Jahrzehnte. Und drittens traf die historisch beispiellose Zuwanderung die Briten in einem Moment, als sie sich selbst ihrer Identität nicht sicher waren. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war in jeder Hinsicht eine Zeit großer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Umbrüche. Es war auch eine Zeit des relativen britischen Niedergangs. In dieser Situation von den Briten zu verlangen, einem Strom von Einwanderern ein positives, optimistisches Selbstbild zu vermitteln, das diesen die Integration als erstrebenswert hätte erscheinen lassen, erwies sich als unmöglich.

Dass England in seiner Geschichte einmal in der Lage gewesen war, Einwanderer aufzunehmen und zu integrieren, das lag natürlich auch daran, dass dies angesichts ihres kulturellen Hintergrund leichter war. Aber es gab damals zumindest auch eine britische Identität, die den Einwanderern als Orientierungshilfe dienen konnte. In dem Maße, in dem den Briten diese Identität abhanden gekommen ist, wurde die Integration Fremder immer schwieriger. Das Ergebnis ist eine fragmentierte Gesellschaft, von der ausgerechnet der Vorsitzende der Commission for Racial Equality Sir Trevor Phillips warnt, sie schlafwandle in die Segregation. Dies ist die Folge des jahrzehntelangen Versäumnisses, sich den Fragen der Einwanderung und der Integration zu stellen.

„There'll always be an England“

Was ist England? Vor einigen Generationen wäre diese Frage noch einfacher zu beantworten als heute. England war ein Land, das sich vom Rest der Welt in einigen Punkten grundsätzlich unterschied. Früher und viel konsequenter als andere Länder hatte sich in England eine parlamentarische Demokratie etabliert, vor der selbst Könige nicht sicher waren. Früher als anderswo gab es in England ein Rechtssystem, das sich vor allem darauf konzentrierte, individuelle Freiheitsrechte zu verteidigen. England hatte der Welt zudem gezeigt, wie Marktwirtschaft und Arbeitsteilung funktionierten. Es war seiner Zeit in jeder Beziehung voraus. Das war es auch, was es leicht machte, eine Antwort auf die Frage nach der englischen Identität zu geben. Es war nicht nur anders als andere Länder, sondern es war einfach besser: freier, fortschrittlicher, optimistischer.

Gleich ob vor dem Ersten Weltkrieg oder unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hätte ein Engländer beim Blick über den Kanal zu dem Schluss kommen müssen, dass er sich doch auf der richtigen Seite befinde. Während andere Länder Europas gerne Kriege begannen, die sie doch nicht gewinnen konnten, und während man dort gerade erst anfing, erste Erfahrungen mit Parlamenten und Demokratien zu machen, war England zwar vielleicht keine Insel der reinen Glückseligkeit, aber doch ein Land, das sich seiner Einzigartigkeit wohl bewusst war.

„Splendid isolation“ war nicht nur ein Terminus der Außenpolitik, sondern er gab das Lebensgefühl der Engländer wieder.

Verglichen mit diesen Zeiten hat England doch an Strahlkraft verloren. Man könnte nun einwenden, dass dies nicht so sehr an England liege, sondern mehr am Rest der Welt. Nicht England habe sich verändert, sondern der Kontinent – so wie einige englische Zeitungen die Eröffnung des Tunnels zu Frankreich trocken mit den Worten kommentierten „the Continent is no longer isolated“. In gewisser Weise ist das sogar richtig, denn das, was England einst so einzigartig erscheinen ließ, das hat es wenn schon nicht in alle Welt, aber doch in weite Teile davon exportiert: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine freie Presse, Marktwirtschaft – all dies findet sich heute in Variationen in vielen anderen europäischen Ländern und darüber hinaus. In mancherlei Hinsicht mag es in diesem oder jenem Bereich in England nach wie vor etwas anders zugehen als beispielsweise in Deutschland, Frankreich oder Italien, aber einen grundsätzlichen systematischen Unterschied wird man kaum mehr feststellen können. Das britische Erfolgsmodell ist damit exportiert worden, und nicht England ist europäischer geworden, sondern der Kontinent englischer.

Wenn es denn so wäre, dann müsste man sich um England keine Sorgen machen. Die Engländer wären schließlich großzügig genug, ihre historischen Errungenschaften mit anderen Ländern zu teilen. England hätte zwar seine Distinguiertheit verloren, aber es hätte sich damit doch nicht verändert. Es hätte nur bewirkt, dass von England aus ein Impuls des Fortschritts in die Welt gesandt wurde.

Aber leider ist dies nur die halbe Wahrheit. Es ist wohl richtig, dass sich andere Länder von den besonderen Errungenschaften Englands beeindruckt und auch beeinflussen ließen.

Aber es ist leider auch so, dass diese Errungenschaften nicht nur in einer fernen Vergangenheit liegen, sondern dass sich England von ihnen nach und nach entfernt hat. Ja, der Rest der Welt ist in mancherlei Hinsicht englischer geworden und er hat gut daran getan. Aber gleichzeitig ist England immer unenglischer geworden, und dies sehr zu seinem Nachteil.

Das überragende Prinzip, das Englands Geschichte über Jahrhunderte getragen hatte, war das Prinzip der Freiheit. England war der Inbegriff eines freien Landes. Während in den patriotischen Liedern manch anderer Nation oft eine besondere Stärke oder eine wie auch immer geartete Überlegenheit beschworen werden, so zeugen Englands patriotische Lieder doch oft genug von einer eigensinnigen Freiheit. „There’ll always be an England, and England shall be free. If England means as much to you as England means to me“, sangen die englischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Und im patriotischsten aller Lieder „Land of Hope and Glory“ heißt es „Thine Equal laws, by Freedom gained, have ruled thee well and long. By Freedom gained, by truth maintained, thine Empire may be strong. Land of Hope and Glory, Mother of the Free.“ Es gibt zweifellos unangenehmere Arten von Nationalismus und Chauvinismus, als sich auf Freiheit, Wahrheit und Rechtsstaatlichkeit zu berufen, auch wenn dies heutigen Ministern als nicht migrantenkompatibel genug erscheint.

Wenn man den Verlust an Englands Einzigartigkeit auf den Punkt bringen will, dann ist es sein schleichender Abschied vom Prinzip der Freiheit. Er zeigt sich ganz praktisch in Art und Umfang der Staatstätigkeit, die sich im Verlauf des letzten Jahrhunderts massiv ausgeweitet hat. Dass der britische Staat heute selbst von Durchschnittsverdienern etwa die Hälfte des

Einkommens als Steuer verlangt, hätten Engländer früherer Zeiten nicht klaglos hingenommen. Auch hätte es sie doch zumindest irritiert, in welcher Form der Staat in die Angelegenheiten seiner Bürger eingreift, und dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Nach einer Untersuchung des Centre for Policy Studies gibt es mittlerweile 266 Möglichkeiten für staatliche Behörden, sich Zutritt zu Privatwohnungen zu verschaffen. Auch dass es den Strafverfolgungsbehörden Englands erlaubt ist, Bürger für 28 Tage in Haft zu nehmen, ohne dass es dafür eines richterlichen Beschlusses bedarf, würde man wohl kaum in dem Land vermuten, das einst das Prinzip des Habeas Corpus erfand. Noch weniger würde man erwarten, dass dessen Regierung diese Frist sogar noch auf 42 Tage zu verlängern versucht.

So hat dieses England nach und nach das aufgegeben, was es einst zu so einem besonderen Land gemacht hat: seine einzigartige Freiheitsliebe. Jene Freiheit, die sich durch die englische Geschichte wie ein roter Faden zieht: von der Magna Carta über Habeas Corpus, von Blackstones *Commentaries* bis zur Bill of Rights, von John Locke bis David Ricardo.

Natürlich ist England heute noch ein überwiegend freies Land, wenn man es mit anderen Nationen vergleicht. Aber gemessen an seiner Geschichte hat es sich doch von den Idealen früherer Zeit deutlich entfernt. Dabei hat es nicht nur relativ an Wohlstand und Lebensqualität verloren, sondern vor allem auch den Optimismus früherer Generation eingebüßt. Die Engländer heute denken eben nicht mehr wie noch von John Maynard Keynes beschrieben, dass alles nur besser werden könnte.

Dabei wäre es ihnen zu wünschen. Denn England, dem die Welt so viel zu verdanken hat, hätte es selbst besser verdient. Es müsste sich nur trauen, wieder etwas englischer zu werden.